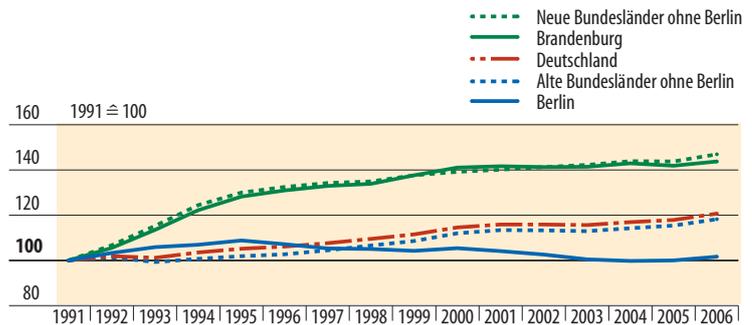


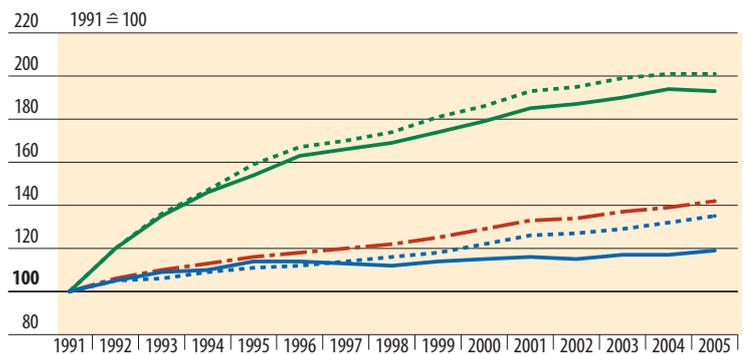
Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg

3 2007

**Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt
in Berlin, Brandenburg,
Deutschland und den Bundesländern
1991 bis 2006**



**Verfügbares Einkommen
der privaten Haushalte je Einwohner
in Berlin, Brandenburg,
Deutschland und den Bundesländern
1991 bis 2005**



Wirtschaftsentwicklung und
Strukturwandel in Berlin
und Brandenburg 1991 bis 2006 aus
der Sicht der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen

Die Dauerstichprobe befragungs-
bereiter Haushalte in den Ländern
Berlin und Brandenburg
– Haushalt heute –

Die allgemeinbildenden Schulen
in Berlin und Brandenburg
– Auswirkungen des Geburten-
rückgangs 1991 bis 1994
in Ostdeutschland –

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin, Cottbus und Frankfurt (Oder).

Auskunft und Beratung

erhalten Sie
in Potsdam
Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
info@statistik-bbb.de

und in Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

Telefon: 030 9021 - 3434
Fax: 030 9021 - 3655
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regional-statistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- nichts vorhanden
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,



im dritten Heft der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg enthalten alle Beiträge gemeinsame Darstellungen von Berlin und Brandenburg.

Zuerst sind es die wirtschaftlichen Entwicklungen und der Strukturwandel in beiden Ländern, die aus Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von 1991 bis 2006 betrachtet werden.

Der zweite Beitrag behandelt die Rolle der Dauerstichprobe im System der amtlichen Haushaltsstatistiken und die methodische Konzeption sowie die Einsatzmöglichkeiten.

Ende August hat ein neues Schuljahr begonnen. Aus diesem Grund beleuchtet der dritte Beitrag die Folgen der nach der Wiedervereinigung in Ost-Berlin und im Land Brandenburg stark gesunkenen Geburten für die allgemeinbildenden Schulen der beiden Länder.

Potsdam, im August 2007

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'U. Rock' with a long, sweeping underline.

Prof. Dr. Ulrike Rockmann
Vorstand des
Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst ...

4 ... aus Berlin und Brandenburg

Landwirtschaft

2007:

Getreide und Futterpflanzen bestimmen den Anbau in Berlin

Landwirtschaft

2007:

In Brandenburg wächst Roggen auf einem Fünftel des Ackerlandes

Erwerbstätigkeit

2007:

Berlin und Brandenburg mit höchstem Anstieg der Erwerbstätigenzahl

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

2006:

Positive Wirtschaftsentwicklung

Verkehr

1. Quartal 2007:

8,5 Prozent mehr Fluggäste

Verkehr

April 2007:

Deutlich weniger schwer wiegende Unfälle mit Sachschaden in Berlin

Umwelt

2005:

518,9 Millionen EUR Umsatz mit Umweltschutz Berlin und Brandenburg erzielt

Tourismus

Mai 2007:

Gästepwuchs im Berlin-Tourismus ausschließlich aus dem Ausland

Binnenhandel

Mai 2007:

Umsatzrückgang beim Berliner Einzelhandel

Bautätigkeit

2006:

Wohnungsbestand in Berlin blieb konstant

9 ... aus Deutschland

Dienstleistungen

2005:

Über 6,0 Millionen Beschäftigte in ausgewählten Dienstleistungsbereichen

Preise

Juni 2007:

Importpreise + 1,3 Prozent gegenüber Juni 2006

Verkehr

Mai 2007:

Zahl der Verkehrstoten stark gestiegen

Finanzen

2006:

Schulden der öffentlichen Haushalte bei 17 975 EUR je Einwohner

Bauhauptgewerbe

Mai 2007:

Aufträge real – 3,1 Prozent gegenüber Mai 2006

Preise

Mai 2007:

Verbraucherpreise + 1,9 Prozent gegenüber Mai 2006

13 ... aus Europa

Arbeitsmarkt

Mai 2007:

Arbeitslosenquote der Eurozone und der EU27 auf 7,0 Prozent gesunken

Bruttoinlandsprodukt

2006:

Unterschiede bis zu mehr als dem Siebenfachen beim BIP pro Kopf

Außenhandel

I. Quartal 2007:

EU27 verzeichnet Leistungsbilanzdefizit von 32,0 Millionen EUR

Löhne und Gehälter

Januar 2007:

Mindestlöhne in EUR variieren von eins zu siebzehn in der EU

Wirtschaftstrends im Überblick

16 Berlin April 2007

Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug 18,5 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden lag bei der Beschäftigtenanzahl eine unvermindert fallende Tendenz vor. Der Umsatz war langfristig fast konstant. Der Auftragseingang-index des Verarbeitenden Gewerbes hatte eine stabil steigende Tendenz. Für das Bauhauptgewerbe war bei den Beschäftigten und beim baugewerblichen Umsatz ein fallender Trend erkennbar. Beim Berliner Einzelhandel waren die Beschäftigtenzahlen und der nominale Umsatz steigend. Im Gastgewerbe verzeichnete der nominale Umsatz einen zunehmenden Trend, während die Beschäftigtenanzahl einen abnehmenden Trend aufwies. Die Berliner Aus- und Einfuhren stiegen weiter kontinuierlich an. Sowohl bei der Anzahl der Gäste, als auch bei den Übernachtungen, war eine insgesamt positive Tendenz erkennbar. Die Inflationsrate lag bei +1,5 Prozent.

20 Brandenburg April 2007

Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug 17,5 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Gesamtumsatz und die Beschäftigtenzahlen eine weiterhin steigende Tendenz. Für das Bauhauptgewerbe war ein steigender Trend beim Umsatz, beim Auftragseingang und bei den Beschäftigten erkennbar. Im brandenburgischen Einzelhandel stiegen die Beschäftigtenzahlen und der nominale Umsatz gering an, während im Gastgewerbe der nominale Umsatz eine steigende und die Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz zeigten. Die gesamten brandenburgischen Aus- und Einfuhren stiegen sehr stark. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen, war ein langfristig-steigender Trend erkennbar. Die Inflationsrate betrug 1,7 Prozent.

Aufsätze

24 **Wirtschaftsentwicklung und Strukturwandel in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2006 aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen**

Berlin - der Stadtstaat - und Brandenburg - ein Flächenland - haben sich nach der deutschen Wiedervereinigung wirtschaftlich sehr unterschiedlich entwickelt. Das betrifft fast alle Bereiche der Wirtschaft. Beide starteten mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen.

33 **Die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte in den Ländern Berlin und Brandenburg – Haushalte heute –**

Die Dauerstichprobe wurde seit dem Jahr 2004 aufgebaut. Die teilnehmenden Haushalte entscheiden sich dafür, von Zeit zu Zeit auf freiwilliger Basis an Erhebungen der amtlichen Statistik teilzunehmen. Diese Dauerstichprobe bildet eine Auswahlgrundlage für die Stichprobenziehung freiwilliger Haushalts- und Personenbefragungen. Im Beitrag werden die Rolle der Dauerstichprobe im System der amtlichen Haushaltsstatistiken dargestellt und die methodische Konzeption sowie ihre Einsatzmöglichkeiten beschrieben.

38 **Die allgemeinbildenden Schulen in Berlin und Brandenburg – Auswirkungen des Geburtenrückgangs 1991 bis 1994 in Ostdeutschland –**

Die wirtschaftliche und politische Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990 hat einen Einbruch der Geburtenzahlen im Beitrittsgebiet ausgelöst. Der vorliegende Beitrag beschreibt Folgen dieses demografischen Umbruchs für die allgemeinbildenden Schulen. Wie gehen die beiden Länder mit sinkenden Schülerzahlen um? Welche Anpassungen erfolgten? Ein Schwerpunkt wird dabei auf die regionale Betrachtung gelegt. Der Ausblick auf den Ausbildungsstellenmarkt und die ab 2007 sinkende Erstanfrage nach Lehrstellen sind eingeschlossen.

Rubriken

- 49** **Aus der amtlichen Statistik**
Methodische und gesetzliche Änderungen in der amtlichen Statistik
- 51** **Veröffentlichungen**
Berlin
Brandenburg

Umschlag-
seite **3**

- Karte**
Schüler der allgemeinbildenden Schulen in Berlin und Brandenburg im Schuljahr 2006/07 nach Verwaltungsbezirken
– Veränderung der Schülerzahl zu 1996/97 –

- 4** **Karte**
Schüler der allgemeinbildenden Schulen in Brandenburg im Schuljahr 2006/07 nach Verwaltungsbezirken sowie nach engerem Verflechtungsraum und äußerem Entwicklungsraum
– Veränderung der Schülerzahl zu 1996/97 –

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg

1. Jahrgang

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Dortustraße 46

14467 Potsdam

Tel.: 0331 39 - 444

Tel.: 030 9021 - 3434

Preis

Einzelhefte EUR 6,00

ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck

Brandenburgische Universitätsdruckerei

und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2007

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg

Landwirtschaft 2007: Getreide und Futterpflanzen bestimmen den Anbau in Berlin

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung 2007 bewirtschaften die Berliner Landwirte ein Ackerland von 1 560 Hektar.

Auf 48 Prozent des Ackerlandes wächst Getreide. Die wichtigsten Getreidearten sind Roggen mit knapp 380 Hektar und Winterweizen mit mehr als 110 Hektar. Die Sommergetreidearten Hafer und Sommergerste stehen auf 120 Hektar.

Die Ernte der Ölfrüchte erfolgt 2007 auf über 90 Hektar. Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um Winterraps. Zwei Jahre zuvor waren es 70 Hektar.

Futterpflanzen auf dem Ackerland wachsen in diesem Jahr auf 280 Hektar und nehmen damit 18 Prozent des Ackerlandes ein. Auf dem größten Teil dieser Fläche (250 Hektar) erfolgt Grasanbau.

Auf 10 Prozent des Ackerlandes werden Gemüse und Blumen erzeugt. Mit rund 130 Hektar spielt Gemüse im Freiland die größte Rolle.

Mit 260 Hektar sind 17 Prozent des Ackerlandes stillgelegt oder aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen.

Landwirtschaft 2007: In Brandenburg wächst Roggen auf einem Fünftel des Ackerlandes

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung 2007 bauten die brandenburgischen Landwirte auf 513 400 Hektar Getreide (einschließlich Körnermais und Corn-Cob-Mix) an. Damit vergrößerte sich die Getreideanbaufläche gegenüber dem Vorjahr um 3 600 Hektar. Getreide steht auf über 49 Prozent des Ackerlandes.

Beim Roggenanbau gab es erstmals nach 2004 eine deutliche Anbauausdehnung (+26 Prozent). Dieses Wintergetreide wächst auf 207 200 Hektar, ein Fünftel des brandenburgischen Ackerlandes. Diese Entwicklung ist unter anderem auf die zunehmende Erzeugung von Bioenergie im Land zurückzuführen.

Winterweizen, die zweitwichtigste Anbaufrucht nach Roggen, ist in diesem Jahr von 132 000 Hektar vom Halm zu holen. Ein Jahr zuvor waren es noch 150 800 Hektar. Weiterhin rückläufig ist der Anbau von Triticale (einer Kreuzung aus Weizen und Roggen). Dieses Getreide wächst in diesem Jahr auf 52 200 Hektar (–16 Prozent). Ebenfalls verringert hat sich der Wintergerstenanbau (–11 Prozent). In diesem Jahr mussten hier 76 100 Hektar gedroschen werden.

Die Ernte der Ölfrüchte erfolgt 2007 von 149 000 Hektar, das sind 14 Prozent des Ackerlandes. Der Rapsanbau nahm um 6 Prozent auf 132 600 Hektar zu. Die bestimmende Kultur ist der Winterraps mit 131 900 Hektar. Deutlich reduziert hat sich die Fläche mit Körner Sonnenblumen. Diese wachsen 2007 nur auf 12 000 Hektar (–36 Prozent).

Futterpflanzen auf dem Ackerland wachsen 2007 auf 212 200 Hektar (+6 Prozent) und nehmen damit gut 20 Prozent des Ackerlandes ein. Die wichtigste Futterpflanze, Silomais, steht auf 120 900 Hektar (+15 Prozent).

Bei den Hülsenfrüchten dominieren die Futtererbsen mit 12 000 Hektar und die Lupinen mit 14 300 Hektar. Hackfrüchte werden auf 20 600 Hektar angebaut (+5 Prozent). Die Rodungen der Kartoffeln erfolgen auf 11 300 Hektar. Bei der Fläche mit Zuckerrüben kam es zu einer Anbauausdehnung um fast 800 Hektar auf 9 000 Hektar. Mit 104 000 Hektar sind 10 Prozent des Ackerlandes stillgelegt beziehungsweise aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen.

Erwerbstätigkeit
2007:
Berlin und Brandenburg
mit höchstem Anstieg
der Erwerbstätigenzahl

Die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg übertraf im 1. Vierteljahr dieses Jahres von allen Bundesländern am deutlichsten das Niveau der Erwerbstätigkeit zu Beginn des vergangenen Jahres. In beiden Ländern wurde ein Anstieg um 2,3 Prozent erzielt. Das bedeutet, dass in Berlin rund 35 Tausend und in Brandenburg rund 23 Tausend Personen mehr erwerbstätig waren. Damit erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin auf über 1 570 Tausend und in Brandenburg auf über 1 010 Tausend. In Berlin war dies die höchste Zahl zu Beginn eines Jahres seit 2000.

Wie das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg weiter mitteilt, nahm in Berlin mittelfristig die Erwerbstätigkeit sogar schon seit Beginn des Jahres 2004 einen günstigeren Verlauf als im Durchschnitt in Deutschland. Nach den überdurchschnittlichen Zuwächsen in Berlin im Laufe des letzten Jahres (1. Vierteljahr: +0,7 Prozent, 2. Vierteljahr: +1,7 Prozent, 3. Vierteljahr: +2,0 Prozent, 4. Vierteljahr: +1,7 Prozent) konnte Anfang 2007 mit +2,3 Prozent eine weitere Beschleunigung erreicht werden.

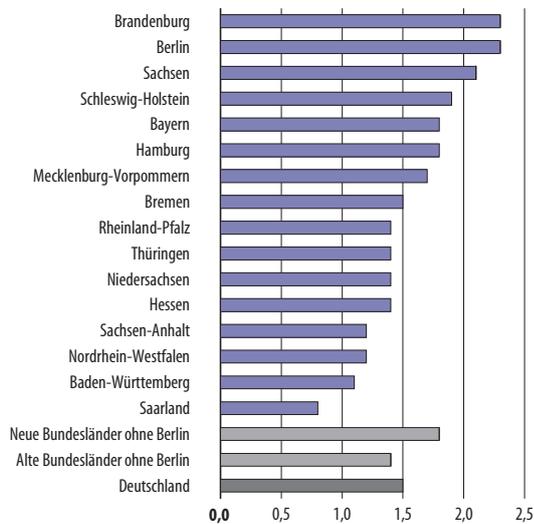
Für die Erwerbstätigkeit in Brandenburg, die im Jahresverlauf 2006 mehr der bundesweiten Entwicklung verhaftet war, bedeutet der Anstieg im 1. Vierteljahr dieses Jahres um 2,3 Prozent einen rasanten Aufschwung, denn noch im 1. Vierteljahr des Vorjahres war hier ein Rückgang um 0,4 Prozent hinzunehmen.

Maßgeblichen Einfluss auf die positive Entwicklung im 1. Vierteljahr 2007 hatte die Zunahme der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung als Ausdruck einer sich festigenden Konjunktur. Die neuen Bundesländer

profitierten davon stärker als die alten Bundesländer. In Berlin und Brandenburg stieg die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter überdurchschnittlich an, in Brandenburg sogar wie in keinem anderen Bundesland.

Die vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ vorgelegten Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung basieren auf einer erstmaligen Berechnung des 1. Vierteljahres 2007 sowie einer Neuberechnung der Vierteljahre des Jahres 2006. Sie entsprechen dem Rechenstand des Statistischen Bundesamtes vom 22. Mai 2007. Die neuen Länderergebnisse wurden gegenüber denen im März dieses Jahres veröffentlichten nach unten korrigiert.

Erwerbstätige am Arbeitsort in Deutschland
im 1. Vierteljahr 2007 nach Bundesländern
 Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



Bundesland	2006				2007	
	1.	2.	3.	4.	1.	Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %
	Vierteljahr				Personen in 1 000	
Baden-Württemberg.....	5 370,1	5 423,1	5 451,3	5 496,7	5 430,6	+1,1
Bayern.....	6 289,7	6 392,6	6 450,0	6 503,9	6 401,2	+1,8
Berlin.....	1 537,6	1 561,3	1 575,2	1 593,3	1 572,3	+2,3
Brandenburg.....	987,1	1 010,7	1 025,5	1 033,7	1 009,9	+2,3
Bremen.....	380,6	383,6	385,4	390,5	386,5	+1,5
Hamburg.....	1 046,9	1 057,5	1 063,9	1 076,0	1 065,4	+1,8
Hessen.....	3 004,9	3 033,2	3 051,5	3 080,3	3 045,5	+1,4
Mecklenburg-Vorpommern	687,9	708,1	722,1	727,4	699,7	+1,7
Niedersachsen.....	3 491,2	3 547,0	3 578,6	3 599,8	3 538,8	+1,4
Nordrhein-Westfalen.....	8 357,0	8 438,7	8 499,5	8 580,1	8 456,4	+1,2
Rheinland-Pfalz.....	1 764,8	1 793,0	1 806,4	1 818,0	1 789,1	+1,4
Saarland.....	504,8	506,7	507,8	513,3	508,8	+0,8
Sachsen.....	1 853,8	1 896,2	1 927,7	1 947,8	1 893,0	+2,1
Sachsen-Anhalt.....	967,8	987,2	1 001,3	1 021,5	979,4	+1,2
Schleswig-Holstein.....	1 207,2	1 231,3	1 246,4	1 254,4	1 230,7	+1,9
Thüringen.....	976,5	1 000,9	1 015,5	1 022,5	989,8	+1,4
Deutschland	38 428,0	38 971,0	39 308,0	39 659,0	38 997,0	+1,5
Nachrichtlich:						
Alte Länder ohne Berlin.....	31 417,2	31 806,6	32 040,8	32 312,8	31 853,0	+1,4
Alte Länder mit Berlin.....	32 954,8	33 367,9	33 616,0	33 906,1	33 425,3	+1,4
Neue Länder ohne Berlin.....	5 473,2	5 603,1	5 692,0	5 752,9	5 571,7	+1,8
Neue Länder mit Berlin.....	7 010,8	7 164,4	7 267,2	7 346,2	7 144,0	+1,9

Erwerbstätige (am Arbeitsort)
in Deutschland 2006 und 2007
nach Bundesländern

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Berechnungsstand: Mai 2007

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 2006: Positive Wirtschaftsentwicklung

Die Länder Berlin und Brandenburg haben für das vergangene Jahr eine positive Bilanz für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu verzeichnen. Die Länder Berlin und Brandenburg erwirtschafteten gemeinsam im Jahr 2006 ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von rund 130 Milliarden EUR. Das entspricht einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent. Von dieser nominalen Wirtschaftsentwicklung wurden in Berlin 2,2 Prozent und in Brandenburg 3,0 Prozent erreicht. Damit haben beide Länder zusammen einen Anteil von 5,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland.

Bereinigt um Preisveränderungen ist für Berlin ein reales Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent und für Brandenburg von 1,9 Prozent zu verzeichnen. Die positive Wirtschaftsentwicklung 2006 wurde insbesondere von der deutschlandweiten konjunkturellen Belebung beeinflusst. Deutschlands Wirtschaft wuchs in diesem Zeitraum preisbereinigt um 2,7 Prozent.

Die mittelfristige Betrachtung der preisbereinigten Wirtschaftsentwicklung zeigt, dass sich das Land Berlin seit dem Jahre 2004 stetig, wenn auch geringfügig, aufwärts entwickelt. Brandenburg hingegen ist in seiner wirtschaftlichen Entwicklung etwas größeren Schwankungen unterworfen.

Für die Wirtschaftsbereiche der Länder Berlin und Brandenburg ergibt sich folgendes Bild:

Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen in Berlin und Brandenburg 2006 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung		
	Berlin	Brandenburg	Berlin-Brandenburg
	Mill. EUR		
Insgesamt	72 647,0	44 595,0	117 242,0
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	96,9	953,0	1 049,9
Produzierendes Gewerbe	13 290,8	11 436,7	24 727,5
darunter			
Verarbeitendes Gewerbe	8 810,2	7 119,2	15 929,3
Baugewerbe	2 211,9	2 328,2	4 540,1
Dienstleistungsbereiche	59 259,1	32 205,1	91 464,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr ...	12 449,5	8 457,4	20 906,9
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	24 559,4	11 403,5	35 963,0
Öffentliche und private Dienstleister	22 250,2	12 344,2	34 594,4
	Veränderung zum Vorjahr in Prozent		
Insgesamt	+2,2	+3,0	+2,3
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-0,1	+2,7	+2,4
Produzierendes Gewerbe	+1,5	+5,9	+3,5
darunter			
Verarbeitendes Gewerbe	+1,3	+6,7	+3,6
Baugewerbe	-1,6	+3,1	+0,8
Dienstleistungsbereiche	+2,2	+1,7	+2,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr ...	+6,2	+2,7	+4,8
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+2,4	+2,5	+2,4
Öffentliche und private Dienstleister	-0,1	+0,5	+0,1

Im Jahr 2006 sind für Berlin in den Bereichen Handel und Gastgewerbe Wachstumsimpulse zu erkennen (Handel, Gastgewerbe und Verkehr preisbereinigt +5,7 Prozent), die möglicherweise auf die Fußballweltmeisterschaft zurück zu führen sind. Außerdem ist auch davon auszugehen, dass vorgezogene Käufe, die aufgrund der ab 2007 gültigen Mehrwertsteuererhöhung getätigt wurden, in Berlin zu einem zusätzlichen Schub im Wirtschaftsbereich Handel geführt haben dürften. Die Berliner Baubetriebe konnten im Jahr 2006 noch nicht von der bundesweit zu beobachtenden Trendwende profitieren. So sank die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Berliner Baugewerbe um 1,6 Prozent, wohingegen bundesweit dieser Bereich um 4,6 Prozent zulegen konnte.

Brandenburgs Gastgewerbe hat ebenfalls eine überdurchschnittliche Entwicklung zu verzeichnen. Diese Entwicklung kann ebenfalls von den positiven Effekten der Fußballweltmeisterschaft herrühren.

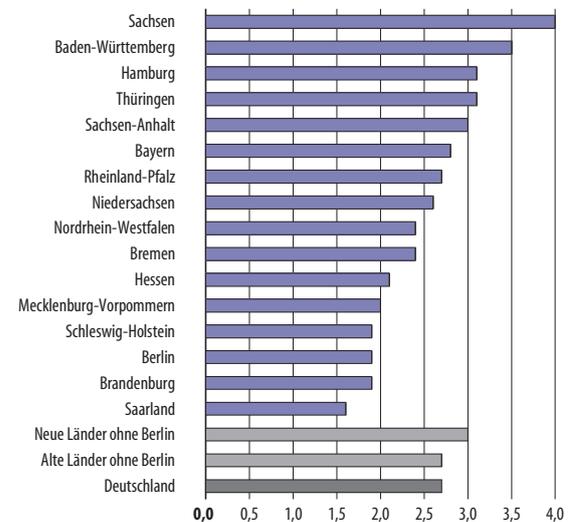
Das Verarbeitende Gewerbe Brandenburgs hat mit einer realen Entwicklung von +6,4 Prozent einen weiteren positiven Beitrag auf die Entwicklung der Gesamtwirtschaft geleistet.

Allerdings sind in der brandenburgischen Wirtschaft auch rückläufige Tendenzen, wie zum Beispiel im Bergbau und Energiebereich, zu verzeichnen. Im Baugewerbe des Landes Brandenburg scheint endlich der jahrelange Abwärtstrend gestoppt zu sein. Im brandenburgischen Baugewerbe hat sich die Bruttowertschöpfung im Jahre 2006 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres preisbereinigt um 3,1 Prozent gesteigert.

Im Regionalvergleich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aller Bundesländer finden sich die Länder Berlin und Brandenburg in der unteren Hälfte der Rankingskala. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den letzten 6 Ländern nicht besonders groß.

Diese Angaben wurden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (www.vgrdl.de) ermittelt und stellen vorläufige Ergebnisse für das Jahr 2006 dar.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt nach Bundesländern 2006 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Verkehr
1. Quartal 2007:
8,5 Prozent mehr Fluggäste

Nach den Ergebnissen der amtlichen Luftfahrtstatistik starteten und landeten im 1. Quartal 2007 auf den Flughäfen in Berlin und Brandenburger 52 104 Flugzeuge, das waren 2,9 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Rund 91 Prozent der Flüge zählten zum Linienverkehr (+1,8 Prozent). Bei einer durchschnittlichen Flugzeugbesetzung von 80 Personen wurden insgesamt fast 4,2 Millionen Fluggäste befördert, im Vergleich zum Vorjahresquartal ist das eine Zunahme um 8,5 Prozent. Im Inland flogen fast 1,8 Millionen

(+4,3 Prozent) und im Auslandsflugverkehr fast 2,4 Millionen (+11,9 Prozent) Passagiere. Allein im Linienverkehr wurden über 4 Millionen Personen befördert; 8,6 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den drei Flughäfen in Berlin und Brandenburg wurden bisher insgesamt 4 409 Tonnen Fracht und 2 395 Tonnen Luftpost befördert, was einer Zunahme bei der Fracht von 4,6 Prozent und einer Abnahme bei der Luftpost von 22,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal entspricht.

Quartal/ prozentuale Veränderung	Flüge		Fluggäste				Fracht	Luftpost	
	insgesamt	darunter Linienverkehr	insgesamt	Inland	Ausland	darunter im Linienverkehr			Tonnen
Berlin-Tegel									
1. Quartal 2006	32 129	31 461	2 508 435	1 344 108	1 164 327	2 468 381	3 179	1 982	
1. Quartal 2007	33 530	32 780	2 743 911	1 442 654	1 301 257	2 694 237	3 415	1 273	
prozentuale Veränderung	+4,4	+4,2	+9,4	+7,3	+11,8	+9,1	+7,4	- 35,8	
Berlin-Tempelhof									
1. Quartal 2006	6 801	4 626	158 997	119 088	39 909	154 952	74	0	
1. Quartal 2007	5 612	3 072	90 690	35 876	54 814	85 442	132	0	
prozentuale Veränderung	- 17,5	- 33,6	- 43,0	- 69,9	+37,3	- 44,9	+78,4	x	
Schönefeld									
1. Quartal 2006	11 701	10 514	1 188 028	257 874	930 154	1 133 675	961	1 094	
1. Quartal 2007	12 962	11 609	1 347 536	315 910	1 031 626	1 299 494	862	1 122	
prozentuale Veränderung	+10,8	+10,4	+13,4	+22,5	+10,9	+14,6	- 10,3	+2,6	
Berlin - Brandenburg insgesamt									
1. Quartal 2006	50 631	46 601	3 855 460	1 721 070	2 134 390	3 757 008	4 214	3 076	
1. Quartal 2007	52 104	47 461	4 182 137	1 794 440	2 387 697	4 079 173	4 409	2 395	
prozentuale Veränderung	+2,9	+1,8	+8,5	+4,3	+11,9	+8,6	+4,6	- 22,1	

**Gewerblicher
 Flugverkehr
 in Berlin -
 Brandenburg
 im 1. Quartal 2006
 und 2007**

Verkehr
**April 2007: Deutlich
 weniger schwer wiegende
 Unfälle mit Sachschaden
 in Berlin**

Die Polizei registrierte im April 2007 auf Berlins Straßen 9 541 Straßenverkehrsunfälle, das sind 5,7 Prozent mehr als im April 2006. Bei 1 236 (+30,5 Prozent) Unfällen mit Personenschaden wurden sechs Personen getötet sowie 138 (+13,1 Prozent) schwer und 1 309 (+29,2 Prozent) leicht verletzt. Die schwer wiegenden Unfälle mit Sachschaden konnten gegenüber dem Vorjahr um 22,1 Prozent gesenkt werden. Die Zahl der Unfälle mit sonstigem Sachschaden betrug 8 145, im Vergleich zum Vorjahresmonat ist das

eine Zunahme um 3,2 Prozent. Die sonstigen Sachschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung stiegen um 7,5 Prozent. In den Monaten Januar bis April 2007 erfasste die Berliner Polizei insgesamt 38 429 Straßenverkehrsunfälle: 5,3 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Bei 4 026 (+29,9 Prozent) Unfällen mit Personenschaden verunglückten 4 826 Personen (+27,3 Prozent), davon wurden 4 804 (+27,4 Prozent) verletzt und 22 (+10,0 Prozent) getötet.

Unfälle und deren Folgen	April			Januar bis April		
	2006	2007	Veränderung in %	2006	2007	Veränderung in %
Unfälle insgesamt	9 023	9 541	+5,7	36 481	38 429	+5,3
Unfälle mit Personenschaden	947	1 236	+30,5	3 100	4 026	+29,9
Unfälle mit reinem Sachschaden.....	8 076	8 305	+2,8	33 381	34 403	+3,1
davon						
Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden ¹	113	88	-22,1	386	390	+1,0
Sonstige Sachschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung.....	67	72	+7,5	274	318	+16,1
Sonstige Sachschadensunfälle.....	7 896	8 145	+3,2	32 721	33 695	+3,0
Verunglückte insgesamt.....	1 139	1 453	+27,6	3 792	4 826	+27,3
davon						
Getötete.....	4	6	+50,0	20	22	+10,0
Verletzte.....	1 135	1 447	+27,5	3 772	4 804	+27,4

**Straßenverkehrs-
 unfälle und dabei
 verunglückte
 Personen in Berlin
 im April 2007**

1 im engeren Sinne

2005: 518,9 Millionen EUR Umsatz mit Umweltschutz in Berlin und Brandenburg erzielt

Umwelt Der Gesamtumsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz betrug im Jahr 2005 in den Ländern Berlin und Brandenburg rund 518,9 Millionen EUR (Berlin rund 163,5 und Brandenburg rund 355,4 Millionen EUR). Davon wurden in Berlin 52 Prozent im Inland und 48 Prozent mit dem Ausland, darunter 33 Prozent mit Ländern der EU, erzielt. In Brandenburg wurden 90 Prozent im Inland und 10 Prozent mit dem Ausland, darunter 9 Prozent mit Ländern der EU, ausgewiesen.

Den größten Anteil am Gesamtumsatz hat der Umsatz mit Umweltschutzwaren. Er belief sich in Berlin auf rund 138,5 Millionen EUR beziehungsweise 85 Prozent vom Gesamtumsatz, in Brandenburg auf rund 180,7 Millionen EUR beziehungsweise 51 Prozent. Das größte Volumen entfiel davon auf Chemische Erzeugnisse, es lag in Berlin bei rund 52,3 Millionen EUR und in Brandenburg bei rund 88,4 Millionen EUR. Dazu gehören unter anderem Chemikalien, Grundstoffe, Zubereitungen für die Abfallwirtschaft beziehungsweise für die Luftreinhaltung.

Die nächstgrößere Gruppe waren in Berlin mess- und regeltechnische Geräte mit einem Anteil am Umsatz mit Umweltschutzwaren von 46 Prozent beziehungsweise in Brandenburg die Gummi- und Kunststoffwaren mit einem Anteil am Umsatz von 30 Prozent. Hierzu gehören zum Beispiel Mess- und Analysegeräte für Abwasser

beziehungsweise Abfallbehälter, Abwasserrohre und Kanalisationsbauteile aus Kunststoff.

Von dem mit Umweltschutzwaren erzielten Umsatz entfielen in Berlin rund 62,1 Millionen EUR auf das Inland und rund 76,3 Millionen EUR auf das Ausland, darunter rund 53,3 Millionen EUR auf Länder der EU; in Brandenburg entfielen rund 145,4 Millionen EUR auf das Inland und rund 35,3 Millionen EUR auf das Ausland, darunter rund 33,3 Millionen EUR auf Länder der EU.

Mit rund 142,8 Millionen EUR stellt der Umsatz mit Bauleistungen für den Umweltschutz in Brandenburg den zweitgrößten Anteil am Gesamtumsatz (40 Prozent) dar. Dazu gehören unter anderem der Kanalbau, bauliche Maßnahmen zur Kanalisierung, Bau von Abwasserleitungen, Bau von Anlagen zur Wasserkreislaufführung, Bau von Deponien und Erdarbeiten für Rekultivierungsmaßnahmen von Deponien und Tagebauten. Der gesamte Umsatz wurde im Inland erzielt.

In Berlin nimmt der Umsatz mit Umweltschutzdienstleistungen die zweite Position ein. Er betrug rund 13,4 Millionen EUR und liegt damit bei 8 Prozent bezogen auf den Gesamtumsatz. Der größte Anteil entfiel auf Projektbetreuungen und Überwachungen für den Gewässerschutz gefolgt von umweltbereichsübergreifenden Untersuchungen und Analysen sowie Untersuchungen und Analysen für die Bodensanierung.

Mai 2007: Gästezuwachs im Berlin-Tourismus ausschließlich aus dem Ausland

Tourismus Rund 614 300 neu angekommene Gäste und damit 2,2 Prozent mehr als vor einem Jahr wurden nach vorläufigen Berechnungen im Mai 2007 in den 586 geöffneten Berliner Beherbergungsbetrieben und auf den fünf geöffneten Berliner Campingplätzen für Urlaubscamping in Empfang genommen.

Die Zahl der Übernachtungen stieg um 1,7 Prozent auf 1,62 Millionen. Während die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland (591 100; +12,7 Prozent) nochmals stark zulegte, war die Zahl der Übernachtungen von Inlandsgästen (1,03 Millionen; -3,7 Prozent) erstmals seit August 2006 rückläufig. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert (2,2 Tage).

Im Mai kamen aus dem Inland 480 700 Beherbergungsgäste (-1,3 Prozent) sowie 233 600 aus anderen

Ländern (+10,5 Prozent) nach Berlin. Der Anteil der Besucher aus dem Ausland stieg gegenüber Mai 2006 von 30,3 auf 32,7 Prozent. Von diesen wiederum kamen 72,2 Prozent aus europäischen Ländern. Die wichtigsten Herkunftsländer waren Großbritannien und die USA.

Die Auslastung der insgesamt rund 90 100 angebotenen Betten war mit 57,6 Prozent etwas niedriger als im Mai 2006 (60,0 Prozent), als allerdings noch rund 5 000 Betten weniger zur Verfügung standen. Die Hotelleriebetriebe (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen) stellten mit 76 400 Betten den größten Anteil am Angebot. Die Bettenauslastung betrug hier 57,3 Prozent und lag damit ebenfalls unter dem Vorjahreswert (59,3 Prozent). In den übrigen Beherbergungsstätten (Parahotellerie), die insgesamt 13 700 Betten anboten, betrug die Auslastung 59,4 Prozent (Vorjahr: 64,0 Prozent).

Herkunft	Mai 2007				Januar bis Mai 2007			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Inland.....	480 700	-1,3	1 026 300	-3,7	1 959 400	+4,8	4 058 400	+4,4
Ausland.....	233 600	+10,5	591 100	+12,7	952 900	+15,8	2 428 000	+15,8
darunter								
Großbritannien	28 900	+18,1	69 700	+19,3	126 300	+15,3	311 500	+14,7
Italien.....	13 700	+12,8	35 200	+6,5	82 700	+14,2	235 100	+11,0
USA.....	26 800	+18,1	70 900	+27,5	79 900	+15,0	208 500	+20,2
Niederlande.....	20 700	+3,3	59 700	+9,3	76 000	+6,2	197 800	+9,3
Spanien.....	12 900	+35,7	33 700	+39,2	62 900	+36,4	172 900	+38,9
Dänemark.....	13 500	+23,6	36 900	+26,5	53 000	+23,4	143 200	+24,1
Schweiz.....	12 900	+1,3	32 000	-3,0	46 400	+7,5	113 500	+3,9
Frankreich.....	10 500	+0,3	25 700	+0,7	46 600	+15,8	112 900	+17,0
Österreich.....	8 000	-9,4	19 700	-7,0	31 900	+6,6	75 600	+9,2
Schweden.....	8 300	-5,9	19 800	-2,7	26 800	+3,9	62 900	+4,5
Insgesamt	714 300	+2,2	1 617 400	+1,7	2 912 300	+8,2	6 486 500	+8,4

Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungsstätten Berlins im Mai 2007 nach Herkunft

Binnenhandel
Mai 2007:
Umsatzrückgang beim
Berliner Einzelhandel

Der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) setzte im Mai 2007 nach vorläufigen Berechnungen nominal 0,9 Prozent weniger um als zwölf Monate zuvor. Real, also unter Ausschaltung der Preisentwicklung, sank der Umsatz um 1,8 Prozent.

Allerdings hatte der Mai 2007 mit 24 Verkaufstagen einen Verkaufstag weniger als der Mai 2006. Ein Verkaufstag weniger entspricht rechnerisch einem Umsatzminus von 4 Prozent.

Deutliche nominale Umsatzsteigerungen konnte im bisherigen Jahresverlauf der Facheinzelhandel mit sonstigen Waren (+ 4,1 Prozent) erzielen, in dem zahlreiche

Fachgeschäfte zusammengefasst sind, die zum Beispiel Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Schreibwaren, Bürobedarf, Geschenkartikel, Blumen, Schmuck, Computer, optische Erzeugnisse, Spielwaren, Fahrräder, Sport- und Campingartikel und Brennstoffe anbieten. Dagegen ging der Umsatz im Facheinzelhandel mit Lebensmitteln (- 5,3 Prozent) zurück.

Die Zahl der Beschäftigten im Berliner Einzelhandel war im Mai 2007 um 1,6 Prozent höher als im Vorjahresmonat (Januar bis Mai 2007: +2,0 Prozent), dabei stieg sowohl die Zahl der Vollzeitbeschäftigten (+ 0,5 Prozent) als auch die der Teilzeitbeschäftigten (+ 2,5 Prozent).

Wirtschaftszweig	Mai 2007			Januar bis Mai 2007		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %						
Einzelhandel (ohne Kfz-Handel)						
in Verkaufsräumen	-0,9	-1,8	+1,6	+1,4	+0,5	+2,0
mit Waren verschiedener Art	-1,8	-3,5	+0,6	+0,3	-1,5	+0,8
Facheinzelhandel mit Lebensmitteln	-2,6	-4,5	-2,3	-5,3	-7,3	-7,0
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	+0,2	-1,1	+0,0	-0,1	-1,0	+0,1
Sonstiger Facheinzelhandel	-1,1	-1,0	+3,9	+4,1	+4,1	+5,2
nicht in Verkaufsräumen	+15,4	+19,5	+5,8	+3,4	+8,0	+6,6

Umsatz und Beschäftigte des Berliner Einzelhandels im Mai 2007 nach Wirtschaftsbereichen - Vorläufige Ergebnisse -

Bautätigkeit
2006: Wohnungsbestand in Berlin blieb konstant

Zum Jahresende 2006 gab es in Berlin 1 884 276 Wohnungen; das waren 2 439 (0,1 Prozent) mehr als Ende 2005. Die Ergebnisse resultieren aus Wohnungszugängen durch Neubau (2 850) und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (344) sowie aus Abgängen als Folge von Nutzungsänderung, Zusammenlegung und Abbruch.

Über die Hälfte der 309 630 Wohngebäude (54,0 Prozent) sind Ein- und Zweifamilienhäuser; knapp ein Prozent aller Wohnungen liegen in Nichtwohngebäuden.

In der Reihe der 12 Berliner Bezirke befinden sich in Pankow die meisten Wohnungen, gefolgt von Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf. Am Ende der Skala rangieren Spandau und Treptow-Köpenick.

Bis auf Marzahn-Hellersdorf erhöhte sich in allen anderen Berliner Bezirken der Wohnungsbestand; die meisten Wohnungen kamen in Pankow und Treptow-Köpenick hinzu.

Bautätigkeit	Bestand		Veränderung	
	am 31.12.2005	am 31.12.2006	absolut	in %
Mitte	190 489	190 527	+38	+0,0
Friedrichshain-Kreuzberg	145 483	145 530	+47	+0,0
Pankow	201 537	202 176	+639	+0,3
Charlottenburg-Wilmersdorf	190 286	190 359	+73	+0,0
Spandau	117 318	117 605	+287	+0,2
Steglitz-Zehlendorf	155 923	156 124	+201	+0,1
Tempelhof-Schöneberg	184 996	185 121	+125	+0,1
Neukölln	164 859	164 931	+72	+0,0
Treptow-Köpenick	126 941	127 535	+594	+0,5
Marzahn-Hellersdorf	130 609	130 564	-45	+0,0
Lichtenberg	141 405	141 641	+236	+0,2
Reinickendorf	131 991	132 163	+172	+0,1
Berlin	1 881 837	1 884 276	+2 439	+0,1

Wohnungsbestand in Berlin 2005 und 2006 nach Bezirken



aus Deutschland

Dienstleistungen 2005: Über 6,0 Millionen Beschäftigte in ausgewählten Dienstleistungsbereichen

Im Jahr 2005 beschäftigten rund 680 100 Unternehmen und Einrichtungen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen insgesamt über 6,0 Millionen Beschäftigte und erwirtschafteten einen Umsatz in Höhe von fast 700 Milliarden EUR.

Zu diesen ausgewählten Dienstleistungsbereichen zählen die sehr heterogenen Wirtschaftszweige Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung sowie sonstige unternehmensnahe Dienstleistungen.

Im Ergebnis der jährlich mittels einer 15-Prozent-Stichprobe durchgeführten Strukturhebung im Dienstleistungsbereich hatten im Jahr 2005 rund 202 600 Personen mehr (+3,5 Prozent) einen Arbeitsplatz in diesen Dienstleistungsbereichen als im Jahr 2004. Die Umsätze stiegen im Vorjahresvergleich um 46,6 Milliarden EUR (+7,1 Prozent).

Fast drei Viertel der Unternehmen und Einrichtungen (73,0 Prozent) hatten 2005 einen Jahresumsatz von weniger als 250 000 EUR. Nur 27 Prozent der Unternehmen erwirtschafteten einen Jahresumsatz von 250 000 EUR und mehr. Sie erzielten aber 94 Prozent des gesamten Umsatzes und beschäftigten 84,5 Prozent der insgesamt tätigen Personen.

Im Bereich Verkehr arbeiteten knapp 1,3 Millionen Personen in 84 150 Unternehmen, darunter mehr als zwei Drittel (68,6 Prozent) in Unternehmen im Landverkehr. Sie erzielten im Jahr 2005 einen Umsatz von 188,9 Milliarden EUR. Gegenüber 2004 waren damit im Verkehrsbereich rund 36 150 Personen (+2,9 Prozent) mehr beschäftigt. Der Umsatz stieg im Vorjahresvergleich um 15,3 Milliarden EUR (+8,8 Prozent).

Die 8 650 Unternehmen, die auf dem Gebiet der Nachrichtenübermittlung wirtschaftlich tätig waren, davon 7 650 oder 89 Prozent als Post- und Kurierdienstleister, beschäftigten im Jahr 2005 rund 625 850 Personen (2,5 Prozent mehr als im Vorjahr) und realisierten einen

Umsatz von 105,4 Milliarden EUR (3,7 Prozent mehr als im Vorjahr). Die knapp 1 000 Unternehmen der Fernmeldedienste erzielten 2005 mit einem Drittel der Beschäftigten (211 250 Personen) im Wirtschaftszweig Nachrichtenübermittlung fast drei Viertel des gesamten Umsatzes (77,8 Milliarden EUR).

Im Bereich der Datenbanken und Datenverarbeitung waren 2005 rund 47 100 Unternehmen tätig. In diesen gab es 395 900 Beschäftigte (25 550 Arbeitsplätze mehr als 2004); der Umsatz lag bei 61,6 Milliarden EUR und damit um 3,1 Milliarden EUR (+5,3 Prozent) über dem des Vorjahres. 62 Prozent des vom IT-Bereich erwirtschafteten Umsatzes wurden mit Entwickeln und Verlegen von Software, Softwareberatung sowie Entwicklung und Programmierung von Internetpräsentationen realisiert.

Im Rahmen der jährlichen Strukturhebung in ausgewählten Dienstleistungsbereichen werden auch Unternehmen und Einrichtungen aus dem Wirtschaftsbereich der unternehmensnahen Dienstleistungen befragt. In diesem Bereich werden Einheiten mit sehr heterogenen wirtschaftlichen Tätigkeiten zusammengefasst dargestellt, die von Freiberuflern wie Rechtsanwälten, Steuerberatern und Architekten bis zu Reinigungsfirmen, Detekteien und Inkassobüros reichen. Im Jahr 2005 gab es in diesem Wirtschaftsbereich mehr als 340 100 Unternehmen (16 400 mehr als im Jahr 2004), von denen 68 Prozent als Einzelunternehmen geführt werden. Die herausragende Bedeutung dieses Dienstleistungsbereichs spiegelt sich unter anderem in der Zahl der Beschäftigten wider. Mit knapp 3,2 Millionen Personen war hier mehr als die Hälfte (52,4 Prozent) der in den ausgewählten Dienstleistungsbereichen nachgewiesenen Beschäftigten tätig. Die unternehmensnahen Dienstleister erzielten einen Umsatz in Höhe von 206,2 Milliarden EUR, das entsprach durchschnittlich rund 606 100 EUR je Unternehmen. Im Vorjahresvergleich stieg die Anzahl der Arbeitsplätze um 104 300 (+3,4 Prozent); der erwirtschaftete Umsatz erhöhte sich um 15,0 Milliarden EUR (+7,8 Prozent).

Quelle: Statistisches Bundesamt

Preise
Juni 2007:
Importpreise +1,3 Prozent
gegenüber Juni 2006

Der Index der Einfuhrpreise lag im Juni 2007 um 1,3 Prozent über dem Vorjahresstand. Im Mai und im April 2007 hatte die Jahresveränderungsrate +0,6 Prozent beziehungsweise +0,5 Prozent betragen.

Besonders hoch war im Juni 2007 – wie schon in den Vormonaten – die Jahresteuerrate für Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (+21,4 Prozent) sowie für Nicht-Eisen-Metalle und deren Halbzeug (+11,1 Prozent). Dabei verteuerte sich vor allem die Einfuhr von Nickel in Rohform (+103,5 Prozent), das hauptsächlich für die Herstellung von rostfreiem Stahl verwendet wird, sowie von Blei, Zink und Zinn in Rohform (+21,9 Prozent).

Billiger als vor einem Jahr waren unter anderem Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (-29,2 Prozent) sowie elektronische Bauelemente (-15,6 Prozent).

Auch bei den Energieträgern gab es gegenüber Juni 2006 einen Preisrückgang (-1,0 Prozent). Während Steinkohleimporte im Vorjahresvergleich um 7,9 Prozent teurer wurden und die seit Februar kontinuierlich steigenden Rohölimportpreise zu einem Indexanstieg um 0,6 Prozent gegenüber Juni 2006 führten, sorgten besonders die Preissenkungen bei Erdgas (-12,2 Prozent) und Mineralölzeugnissen (-3,1 Prozent)

für die weiterhin negative Jahresveränderungsrate bei Energie insgesamt. Der Einfuhrpreisindex ohne Erdöl und Mineralölzeugnisse lag im Juni 2007 um 1,6 Prozent höher als vor einem Jahr.

Gegenüber Mai 2007 erhöhte sich der Einfuhrpreisindex um 0,6 Prozent. Energie wurde im Juni 2007 zum fünften Mal in Folge teurer (+4,2 Prozent, was einem Preisanstieg seit Januar 2007 von 16,8 Prozent entspricht. Die Preise für rohes Erdöl stiegen um 6,7 Prozent und waren damit 27,8 Prozent teurer als noch im Januar 2007. Steinkohleimporte verteuerten sich um 3,0 Prozent, nachdem im Mai und im April 2007 Preisrückgänge gegenüber dem jeweiligen Vormonat beobachtet worden waren (-0,4 Prozent und -1,2 Prozent). Auch beim Import von Mineralölzeugnissen war ein Preisanstieg gegenüber Mai 2007 zu verzeichnen (+1,8 Prozent). Erdgasimporte wurden dagegen im Vormonatsvergleich um 0,4 Prozent billiger. Damit setzte sich der Preisrückgang bei Erdgas weiter fort (Mai 2007: -0,1 Prozent, April 2007: -5,7 Prozent, März 2007: -3,7 Prozent).

Der Index der Ausführpreise lag im Juni 2007 um 2,0 Prozent höher als im Juni 2006. Im Mai und im April 2007 hatte die Jahresveränderungsrate +1,8 Prozent beziehungsweise +1,9 Prozent betragen. Gegenüber Mai 2007 erhöhte sich der Ausführpreisindex um 0,2 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Verkehr
Mai 2007:
Zahl der Verkehrstoten
stark gestiegen

500 Menschen starben nach vorläufigen Ergebnissen im Mai 2007 auf deutschen Straßen. Das waren 70 Getötete oder 16 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat. Auch die Zahl der Verletzten ist um 5,3 Prozent auf 41 800 gestiegen.

Insgesamt hat die Polizei im Mai 2007 in Deutschland rund 204 000 Straßenverkehrsunfälle aufgenommen: 4,6 Prozent mehr als im Mai 2006. Dabei hat die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um 5,9 Prozent auf 32 900 und die Zahl der Unfälle mit ausschließlich Sachschaden um 4,4 Prozent auf 171 000 zugenommen. Wie schon in den Vormonaten dürfte das vergleichsweise milde Wetter dieses Jahres zu höherer Verkehrsteilnahme – vor allem von Zweiradfahrern – und damit zu schwereren Unfällen beigetragen haben.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres kamen deutlich mehr Menschen ums Leben als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mit 2 006 Getöteten waren es 11 Prozent mehr als von Januar bis Mai 2006. Die Zahl der Verletzten erhöhte sich in diesem Zeitraum um 14 Prozent auf rund 170 300.

Insgesamt erfasste die Polizei 926 400 Straßenverkehrsunfälle in den Monaten Januar bis Mai 2007 – eine Steigerung um 2,5 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Darunter waren 132 800 Unfälle mit Personenschaden (+16 Prozent) und 793 600 Unfälle mit nur Sachschaden (+0,6 Prozent).

Bundesland	Verunglückte		Getötete	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum
	Anzahl	%	Anzahl	
Baden-Württemberg	21 225	+9,1	258	+15
Bayern.....	27 735	+6,2	367	+60
Berlin.....	6 560	+16,9	32	+7
Brandenburg.....	4 761	+8,6	99	+12
Bremen.....	1 477	+18,7	8	+6
Hamburg.....	4 159	+19,2	14	+4
Hessen.....	13 455	+15,5	161	+11
Mecklenburg-Vorpommern.....	3 193	+7,8	55	-14
Niedersachsen.....	18 417	+17,8	238	-3
Nordrhein-Westfalen	33 995	+12,8	308	+48
Rheinland-Pfalz.....	8 615	+15,1	80	-9
Saarland.....	2 574	+6,6	28	+11
Sachsen.....	7 703	+11,5	104	+8
Sachsen-Anhalt.....	5 158	+15,0	75	-11
Schleswig-Holstein...	6 141	+17,0	63	+19
Thüringen.....	4 483	+12,0	84	+7
Deutschland ¹	172 322	+13,9	2006	+203

Quelle: Statistisches Bundesamt

Bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückte und Getötete von Januar bis Mai 2007 nach Bundesländern – Vorläufiges Ergebnis –

¹ Einschließlich derzeit nach Ländern noch nicht auffindbarer Nachmeldungen.

Finanzen 2006: Schulden der öffentlichen Haushalte bei 17 975 EUR je Einwohner

Zum Jahresende 2006 waren die öffentlichen Haushalte (Bund und seine Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände sowie kommunale Zweckverbände) mit 1 480,6 Milliarden EUR am Kreditmarkt verschuldet.

Dies entspricht rechnerisch einer Schuldenlast von 17 975 EUR je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr (mit 1 442,7 Milliarden EUR) ist dies ein Anstieg um 2,6 Prozent oder 481 EUR je Bundesbürger.

Den größten Anteil an der Pro-Kopf-Verschuldung hatten der Bund und seine Sondervermögen mit 11 128 EUR, gefolgt von den Ländern mit 5 821 EUR. Die Schulden der Gemeinden/Gemeindeverbände und kommunalen Zweckverbände betragen 1 104 EUR je Einwohner.

Der Pro-Kopf-Wert der regional zurechenbaren öffentlichen Schulden (Haushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und kommunalen Zweckverbände) hatte 2006 bei den Flächenländern eine Spanne von 3 070 EUR in Bayern bis zu 9 262 EUR im Saarland. Die Pro-Kopf-Werte der Stadtstaaten lagen wie in den Vorjahren deutlich über denen der Flächenländer. Hier hatte der kleinste Stadtstaat Bremen mit 20 149 EUR den höchsten Schuldenstand pro Kopf, gefolgt von Berlin mit 17 354 EUR und Hamburg mit 12 367 EUR.

Nicht enthalten sind in den oben genannten Schuldenbeträgen die zur Deckung von kurzfristigen Finanzierungengaps aufgenommenen Kassenkredite in Höhe von 47,5 Milliarden EUR beziehungsweise 577 EUR je Einwohner.

Körperschaftsgruppe – Bundesland	Kreditmarkt-schulden	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Schulden je Einwohner
	Mill. EUR	%	EUR
Insgesamt	1 480 625	+2,6	17 975
davon			
Bund (einschließlich Sondervermögen)	916 610	+3,2	11 128
Länder.....	479 489	+2,4	5 821
Gemeinden/Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände			
Schulden der Länder	84 526	-2,2	1 104
Baden-Württemberg	48 109	+3,4	4 479
Bayern.....	38 310	-0,5	3 070
Brandenburg.....	18 782	+0,9	7 357
Hessen	37 824	-2,5	6 224
Mecklenburg-Vorpommern	12 559	-1,7	7 383
Niedersachsen	56 402	-1,5	7 053
Nordrhein-Westfalen.....	136 792	+2,6	7 583
Rheinland-Pfalz.....	30 174	+2,5	7 443
Saarland.....	9 696	+7,8	9 262
Sachsen.....	16 100	-7,9	3 778
Sachsen-Anhalt.....	22 487	-0,1	9 154
Schleswig-Holstein	24 262	+3,6	8 568
Thüringen	18 534	+3,6	7 978
Berlin.....	58 995	+2,8	17 354
Bremen	13 384	+8,8	20 149
Hamburg.....	21 604	+2,1	12 367

Schuldenstand der öffentlichen Haushalte am 31. 12. 2006 nach Körperschaftsgruppen und Bundesländer

Quelle: Statistisches Bundesamt

Bauhauptgewerbe Mai 2007: Aufträge real -3,1 Prozent gegenüber Mai 2006

Das Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten) verzeichnete im Mai 2007 in Deutschland preisbereinigt um 3,1 Prozent niedrigere Auftragsgänge als im Vorjahresmonat. Dabei nahm die Baunachfrage im Hochbau um 1,1 Prozent und im Tiefbau um 5,0 Prozent ab.

Ende Mai 2007 waren in den Betrieben des Hoch- und Tiefbaus 699 000 Personen tätig; das waren 21 000 weniger als vor einem Jahr (-3,0 Prozent). Der Gesamtumsatz belief sich im Berichtsmonat auf rund 6,5 Milliarden EUR (-8,2 Prozent gegenüber Mai 2006).

Im Vergleich der Ergebnisse der Monate Januar bis Mai 2007 mit denjenigen des entsprechenden Vorjahreszeitraums sind die Auftragsgänge preisbereinigt um 4,3 Prozent gestiegen. Der Gesamtumsatz belief sich auf rund 26 Milliarden EUR und lag damit um 7,9 Prozent über dem Niveau der ersten fünf Monate 2006. Die Beschäftigung ist in diesem Zeitraum um 1,6 Prozent gestiegen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Ausgewählte wirtschaftliche Kennziffern des Hoch- und Tiefbaus einschließlich der vorbereitenden Baustellenarbeiten in Deutschland im Mai 2007

Merkmal	Einheit	Mai 2007	
		Absolut	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %
Beschäftigte.....	1 000	699	- 3,0
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. h	71,9	- 12,5
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	6 488	- 8,2
darunter			
Baugewerblicher Umsatz	Mill. EUR	6 388	- 8,2
Index des Auftragsgangs ¹			
Insgesamt	2000 \pm 100	82,6	- 3,1
Hochbau	2000 \pm 100	73,5	- 1,1
Tiefbau	2000 \pm 100	95,2	- 5,0

¹ Betriebe von 20 und mehr Beschäftigten, preisbereinigte Angaben

Mai 2007: Verbraucherpreise +1,9 Prozent gegenüber Mai 2006

Preise Der Verbraucherpreisindex für Deutschland ist von Mai 2006 bis Mai 2007 um 1,9 Prozent gestiegen. Im Vergleich zum Vormonat April 2007 erhöhte sich der Indexstand um 0,2 Prozent. Die Schätzung für Mai 2007 aufgrund der Ergebnisse aus sechs Bundesländern wurde damit bestätigt. Im März und April 2007 hatte die Jahresveränderungsrate ebenfalls bei jeweils +1,9 Prozent gelegen.

Die unveränderte Jahresteuersatzrate gegenüber den Vormonaten resultiert aus gegensätzlichen Preisentwicklungen: So haben sich unter anderem die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+1,8 Prozent), Bekleidung und Schuhe (+0,8 Prozent), Möbel und Einrichtungsgegenstände (+1,3 Prozent) unterdurchschnittlich entwickelt. Dagegen stiegen beispielsweise die Preise für Alkoholische Getränke und Tabakwaren (+3,9 Prozent), Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (+2,8 Prozent) sowie für andere Waren und Dienstleistungen (+2,1 Prozent; darunter Körperpflege: +2,3 Prozent; Versicherungsdienstleistungen: +2,7 Prozent) stärker als die Verbraucherpreise insgesamt.

Die Haushaltsenergie verteuerte sich insgesamt um 2,0 Prozent: Während die Preise für Strom (+6,1 Prozent), Gas (+3,1 Prozent) und Fernwärme (+3,7 Prozent) gegenüber dem Mai 2006 stiegen, verbilligte sich im Jahresvergleich das leichte Heizöl um 10,0 Prozent.

Wie in den Vormonaten haben sich die Preise für Unterhaltungselektronik (-8,8 Prozent; darunter Farbfernseher: -21,9 Prozent) und Informationsverarbeitungsgeräte (-13,8 Prozent; darunter Personalcomputer: -26,8 Prozent) im Jahresvergleich verbraucherfreundlich entwickelt.

Gegenüber April 2007 war vor allem ein saisonbedingter Anstieg der Preise für Pauschalreisen (+5,7 Prozent) sowie Beherbergungsdienstleistungen (+4,2 Prozent; darunter: Ferienwohnungen: +11,8 Prozent) festzustellen. Auch für Kraftstoffe (+1,9 Prozent) mussten die Verbraucher im Mai 2007 erneut mehr zahlen als im Vormonat. Seit November 2006 sind in diesem Bereich keine Rückgänge zu beobachten.

Typisch für diese Jahreszeit ist der saisonbedingte Preisrückgang bei einigen Gemüsesorten. So verbilligten sich im Mai 2007 vor allem die Tomaten (-21,8 Prozent) und der Kopfsalat (-15,1 Prozent). Die Kartoffelpreise zogen jedoch erneut an (+10,0 Prozent).

Der für europäische Zwecke berechnete harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland hat sich im Mai 2007 gegenüber Mai 2006 um 2,0 Prozent erhöht. Im Vormonatsvergleich erhöhte sich der Index um 0,2 Prozent. Die Schätzung vom 29. Mai 2007 wurde damit bestätigt.

Gesamtindex / Gütergruppen Jahr / Monat	2000 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	Veränderung gegenüber dem Vormonat
		%	
Gesamtindex im Mai 2007	112,2	+1,9	+0,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	109,7	+1,8	-0,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	137,7	+3,9	+0,1
Bekleidung und Schuhe	98,5	+0,8	-0,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und so weiter	114,3	+1,4	+0,0
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte und ähnliches	102,9	+1,0	+0,1
Gesundheitspflege	127	+1,4	+0,2
Verkehr	121,4	+2,8	+0,4
Nachrichtenübermittlung	91,9	+0,3	+0,1
Freizeit, Unterhaltung und ähnliches	99,3	+0,7	+0,9
Bildungswesen	146,8	+28,5	+0,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	111,7	+2,8	+0,9
Andere Waren und Dienstleistungen	112,5	+2,1	-0,1
Gesamtindex			
2005 Jahresdurchschnitt	108,3	+2,0	-
2006 Jahresdurchschnitt	110,1	+1,7	-
2006 Mai	110,1	+1,9	+0,2
Juni	110,3	+2,0	+0,2
Juli	110,7	+1,9	+0,4
August	110,6	+1,7	-0,1
September	110,2	+1,0	-0,4
Oktober	110,3	+1,1	+0,1
November	110,2	+1,5	-0,1
Dezember	111,1	+1,4	+0,8
2007 Januar	110,9	+1,6	-0,2
Februar	111,3	+1,6	+0,4
März	111,6	+1,9	+0,3
April	112,0	+1,9	+0,4
Mai	112,2	+1,9	+0,2

Verbraucherpreisindex für Deutschland 2005 bis 2007 nach Gütergruppen und Monaten

Quelle: Statistisches Bundesamt



aus Europa

Arbeitsmarkt Mai 2007: Arbeitslosenquote der Eurozone und der EU27 auf 7,0 Prozent gesunken

In der Eurozone lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Mai 2007 bei 7,0 Prozent, gegenüber 7,1 Prozent im April. Im Mai 2006 betrug sie 7,9 Prozent. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote auch im Mai 2007 bei 7,0 Prozent, gegenüber 7,1 Prozent im April. Im Mai 2006 hatte sie 8,0 Prozent betragen.

Die niedrigsten Quoten verzeichneten im Mai 2007 die Niederlande (3,2 Prozent), Dänemark (3,3 Prozent), Irland (4,1 Prozent) und Zypern (4,2 Prozent). Die höchsten Arbeitslosenquoten meldeten die Slowakei (10,8 Prozent) und Polen (10,5 Prozent).

Zweieundzwanzig der Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Rückgang ihrer Arbeitslosenquote, vier einen Anstieg. In Rumänien blieb die Quote stabil. Die stärksten relativen Rückgänge wurden in Polen (von 14,2 Prozent auf 10,5 Prozent), Dänemark (von 4,2 Prozent auf 3,3 Prozent) und Bulgarien (von 9,2 Prozent auf 7,2 Prozent) beobachtet. Den stärksten relativen Anstieg verzeichneten Ungarn (von 7,3 Prozent auf 7,7 Prozent) und Luxemburg (von 4,6 Prozent auf 4,8 Prozent).

Vergleicht man den Mai 2006 mit dem Mai 2007, so sank die Arbeitslosenquote der Männer in der Eurozone von 6,8 Prozent auf 5,9 Prozent und in der EU27 von 7,3 Prozent auf 6,2 Prozent. Die Arbeitslosenquote der Frauen verringerte sich in der Eurozone von 9,3 Prozent auf 8,4 Prozent und in der EU27 von 8,9 Prozent auf 8,0 Prozent.

Die Arbeitslosenquote für die unter 25-Jährigen lag im Mai 2007 in der Eurozone bei 15,3 Prozent und in der EU27 bei 15,9 Prozent. Im Mai 2006 hatte sie 16,6 Prozent beziehungsweise 17,5 Prozent betragen. Die niedrigsten Quoten für die unter 25-Jährigen verzeichneten die Niederlande (5,7 Prozent), Dänemark (6,4 Prozent) und Irland (7,7 Prozent), die höchsten Griechenland (24,6 Prozent im ersten Quartal 2007), Polen (22,1 Prozent), Frankreich und Rumänien (je 21,9 Prozent).

Eurostat schätzt, dass im Mai 2007 in der EU27 insgesamt 16,4 Millionen Männer und Frauen, davon in der Eurozone 10,4 Millionen, arbeitslos waren. Im Mai 2006 waren in der EU27 insgesamt 18,6 Millionen Männer und Frauen arbeitslos, davon in der Eurozone 11,8 Millionen.

In den USA lag die Arbeitslosenquote im Mai 2007 bei 4,5 Prozent, in Japan bei 3,8 Prozent.

Quelle: Eurostat

Bruttoinlandsprodukt 2006: Unterschiede bis zu mehr als dem Siebenfachen beim BIP pro Kopf

Auf Grundlage der ersten vorläufigen Schätzungen für 2006 ergaben sich für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) Unterschiede von 37 Prozent bis 280 Prozent des EU27 Durchschnitts der Mitgliedstaaten.

Das BIP pro Kopf betrug in Luxemburg im Jahr 2006 mehr als das zweieinhalbfache des Mittelwertes der EU27. Es lag in Irland, in den Niederlanden, in Österreich und in Dänemark zwischen 25 Prozent und 45 Prozent über diesem Mittelwert, während für Belgien, Schweden, das Vereinigte Königreich, Finnland, Deutschland und Frankreich die Werte von 10 Prozent bis 25 Prozent über dem Mittelwert lagen. Italien und Spanien lagen knapp über dem Mittelwert der EU27.

Zypern, Griechenland und Slowenien lagen zwischen 5 Prozent und 15 Prozent unter dem Durchschnitt, in der Tschechischen Republik, Malta und Portugal lag der Wert zwischen 20 und 25 Prozent darunter. Estland, Ungarn, die Slowakei, Litauen, Lettland und Polen lagen zwischen 30 Prozent und 50 Prozent unter dem EU27 Mittelwert, während die zwei neuen Mitgliedstaaten, Rumänien und Bulgarien mehr als 60 Prozent unter dem Mittelwert lagen.

Quelle: Eurostat

Index¹ der BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards der EU-Mitgliedstaaten, Beitrittskandidaten und EFTA-Länder im Jahr 2006

Land	Index der BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards	Land	Index der BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards
Luxemburg	280	Malta	77
Irland	144	Portugal	75
Niederlande	131	Estland	67
Österreich	129	Ungarn	66
Dänemark	127	Slowakei	63
Belgien	123	Litauen	58
Schweden	121	Lettland	56
Vereinigtes Königreich	118	Polen	53
Finnland	117	Rumänien	38
Deutschland	113	Bulgarien	37
Frankreich	113	Kroatien	50
Italien	104	Türkei	29
EU25	104	Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	27
Spanien	102	Norwegen	187
EU27	100	Island	134
Zypern	94		
Griechenland	89		
Slowenien	87		
Tschechische Republik	79		

¹ EU27 = 100

Außenhandel
I. Quartal 2007:
EU27 verzeichnet
Leistungsbilanzdefizit von
32,0 Milliarden EUR

Nach den jüngsten Revisionen verzeichnete die EU27 im ersten Quartal 2007 ein Leistungsbilanzdefizit von 32,0 Milliarden EUR. Dem standen im ersten Quartal 2006 ein Defizit von 36,2 Milliarden EUR und im vierten Quartal 2006 ein Defizit von 18,1 Milliarden EUR gegenüber.

Geringer als im entsprechenden Quartal 2006 fiel das Defizit im ersten Quartal 2007 beim Saldo des Warenhandels aus (-49,5 Milliarden EUR gegenüber -50,6 Milliarden EUR), und der Überschuss bei der Dienstleistungsbilanz nahm zu (+15,2 Milliarden EUR gegenüber +11,2 Milliarden EUR). Auch der Überschuss bei der Einkommensbilanz erhöhte sich (+17,6 Milliarden EUR gegenüber +16,7 Milliarden EUR), während sich das Defizit bei der Bilanz der laufenden Übertragungen ausweitete (-15,3 Milliarden EUR gegenüber -13,5 Milliarden EUR).

Der Überschuss in der Dienstleistungsbilanz (+15,2 Milliarden EUR) ergibt sich hauptsächlich aus einem Überschuss bei den Positionen Finanzdienstleistungen (+8,1 Milliarden EUR), „sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen“ (+6,0 Milliarden EUR), EDV- und Informationsleistungen (+3,5 Milliarden EUR), sowie Transportdienstleistungen (+3,1 Milliarden EUR), teilweise kompensiert durch Defizite im Reiseverkehr (-5,9 Milliarden EUR) und bei Patenten und Lizenzen (-2,7 Milliarden EUR).

Im ersten Quartal 2007 verbuchte die EU27 Überschüsse im Handel mit den USA (+22,3 Milliarden EUR), Kanada (+2,6 Milliarden EUR) und Hongkong (+1,9 Milliarden EUR), während der Handel mit China (-37,7 Milliarden EUR), Russland (-10,8 Milliarden EUR) und Japan (-7,0 Milliarden EUR) ein Defizit aufwies.

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal
	2006				2007
Leistungsbilanzsaldo der EU27.....	-36,2	-10,8	-26,9	-18,1	-32,0
Saldo der Dienstleistungsbilanz der EU27.....	+11,2	+19,5	+17,3	19,4r	+15,2
Leistungsbilanzsaldo der EU27 in % des BIP..	-1,3	-0,4	-0,9	-0,6	-1,1

Zahlungsbilanz:
Euroindikatoren
für die EU27
 (in Mrd. EUR)

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal
	2006				2007
Leistungsbilanzsaldo der EU25.....	-30,0	-14,4	-20,5	-11,3	-27,2
Saldo der Dienstleistungsbilanz der EU25.....	+11,6	+19,4	+16,9	19,6r	+15,2
Leistungsbilanzsaldo der EU25 in % des BIP..	-1,1	-0,5	-0,7	-0,4	-0,9

Zahlungsbilanz:
Euroindikatoren
für die EU25
 (in Mrd. EUR)

Quelle: Eurostat

Löhne und Gehälter
Januar 2007: Gesetzliche
Mindestlöhne in EUR
variieren von eins
zu siebzehn in der EU

Im Januar 2007 waren in 20 der 27 Mitgliedstaaten der EU gesetzliche Mindestlöhne in Kraft. Bei der Höhe der Mindestlöhne waren große Unterschiede zu verzeichnen: Die Spanne reichte von 92 EUR pro Monat in Bulgarien bis hin zu 1 570 EUR pro Monat in Luxemburg. Nach einer Bereinigung um

Kaufkraftunterschiede verringern sich die zwischen den Mitgliedstaaten bestehenden Unterschiede vom Siebzehnfachen auf das Siebenfache (in KKS): Luxemburg (1 503 EUR in KKS pro Monat) lag an erster Stelle, Rumänien (204 EUR in KKS) an letzter. Ferner ist festzustellen, dass auch beim Anteil der Arbeitnehmer, die den Mindestlohn beziehen, zwischen den Mitgliedstaaten große Unterschiede bestehen: Er lag zwischen weniger als 1 Prozent in Spanien und 17 Prozent in Frankreich.

Wenn man die Höhe des Mindestlohns in EUR betrachtet, so lassen sich die Mitgliedstaaten drei großen Gruppen zuordnen. In Bulgarien (92 EUR pro Monat), Rumänien (114 EUR), Lettland (172 EUR), Litauen (174 EUR), der Slowakei (217 EUR), Estland (230 EUR), Polen (246 EUR), Ungarn (258 EUR) und der Tschechischen Republik (288 EUR) lagen die Mindestlöhne im Januar 2007 unter 300 EUR pro Monat.

Portugal (470 EUR), Slowenien (522 EUR), Malta (585 EUR), Spanien (666 EUR) und Griechenland (668 EUR im Juli 2006) gehörten der mittleren Gruppe an, in der Mindestlöhne zwischen 400 EUR und 700 EUR pro Monat gezahlt wurden.

In Frankreich (1 254 EUR), Belgien (1 259 EUR), den Niederlanden (1 301 EUR), dem Vereinigten Königreich (1 361 EUR), Irland (1 403 EUR) und Luxemburg (1 570 EUR) lagen die Mindestlöhne bei über 1 200 EUR pro Monat.

Zum Vergleich: In den USA belief sich der auf Bundesebene geltende Mindestlohn im Januar 2007 auf 676 EUR.

Der Anteil der Arbeitnehmer, die den Mindestlohn bezogen, lag 2005 unter 2 Prozent in Spanien (0,8 Prozent), Malta (1,5 Prozent), der Slowakei (1,7 Prozent), dem Vereinigten Königreich (1,8 Prozent) und betrug 2 Prozent in der Tschechischen Republik. Mehr als 10 Prozent erhielten den Mindestlohn in Frankreich (16,8 Prozent), Bulgarien (16,0 Prozent), Lettland (12,0 Prozent) Luxemburg (11,0 Prozent) und Litauen (10,3 Prozent).

In den USA bezogen 1,3 Prozent der Arbeitnehmer den auf Bundesebene geltenden Mindestlohn.

In den Mitgliedstaaten, aus denen Daten vorliegen, entsprachen die Mindestlöhne zwischen einem Drittel (Estland, Rumänien, Lettland, Polen und Slowakei) und der Hälfte (Irland, Luxemburg, Malta und Bulgarien) der durchschnittlichen monatlichen Bruttoverdienste in der Industrie und im Dienstleistungssektor.

In den USA entsprach der auf Bundesebene geltende Mindestlohn 32 Prozent der durchschnittlichen monatlichen Bruttoverdienste.

Quelle: Eurostat

Jürgen Hübner

Wirtschaftstrends im Überblick



Berlin April 2007

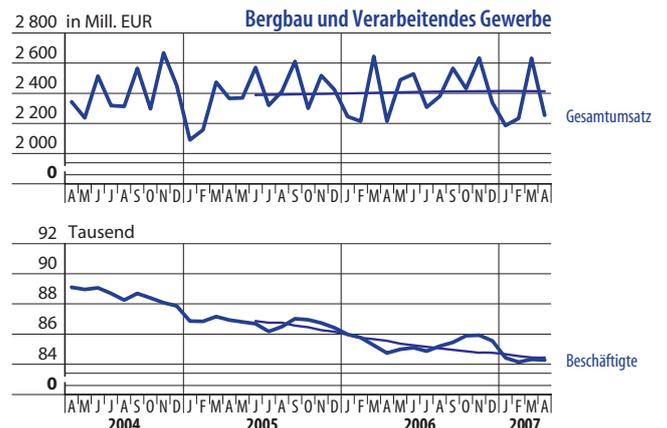
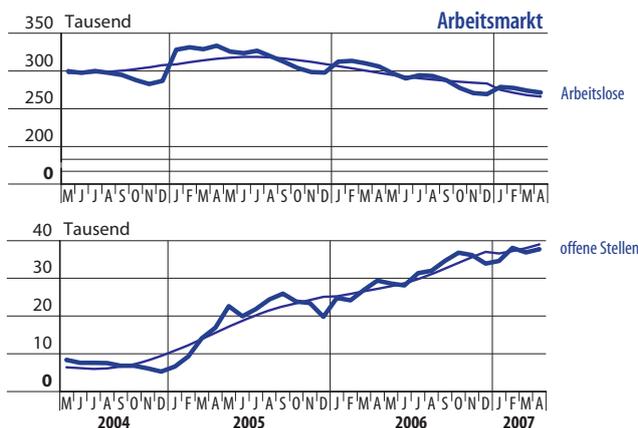
Die Anzahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich vom April 2006 bis zum April 2007 um 11,4 Prozent; das waren 34 785 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 18,5 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden lag bei der Beschäftigtenanzahl eine unvermindert fallende Tendenz vor. Der Umsatz war – bei starken monatlichen Schwankungen – langfristig fast konstant, während der Auslandsumsatz sich weiterhin sehr positiv entwickelte. Der Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes hatte eine stabil steigende Tendenz. Für das Bauhaupt-

gewerbe war kein einheitlicher Trend feststellbar – der Auftragseingang steigt, der Umsatz sinkt und die Beschäftigtenanzahl stagniert. Beim Berliner Einzelhandel waren die Beschäftigtenzahlen und der nominale Umsatz steigend. Im Gastgewerbe verzeichnete der nominale Umsatz einen zunehmenden Trend, während die Beschäftigtenanzahl einen abnehmenden Trend aufwies. Die Berliner Aus- und Einfuhren stiegen weiter kontinuierlich an – die Ausfuhren teilweise weit über zehnprozentig. Sowohl bei der Anzahl der Gäste, wie auch bei den Übernachtungen, war eine positive Tendenz erkennbar. Der Verbraucherpreisindex flachte nach längerem fast konstantem Anstieg etwas ab; die Inflationsrate lag nunmehr bei +1,5 Prozent.

entsprechenden ostdeutschen einschließlich der Berliner Werte. Insgesamt hatte sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Anzahl der Arbeitslosen – die fallende Tendenz weiter fortgesetzt. Die gemeldeten offenen Stellen erhöhten sich seit dem April des vorigen Jahres um 8 250 oder um 28,0 Prozent. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 7,2. Der fallende Trend bei den Arbeitslosen und der steigende bei den offenen Stellen hält – wie aus der Grafik ersichtlich – unvermindert an.

Die im Monat April 2007 im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden berichtspflichtigen 354 Berliner Betriebe – mit mehr als 50 Beschäftigten (seit dem Januar 2007) – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 2 255 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 40,0 Millionen EUR überboten; es erhöhte sich um 1,8 Prozent. Im bisherigen Jahreszeitraum 2007 konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 9,3 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber den ersten vier Monaten des Jahres 2006 bedeutete dies eine Verminderung des Gesamtumsatzes von 0,2 Prozent. Der Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes zeigte eine durchgängig positive Entwicklung, die sich auch noch zu beschleunigen scheint. Im Vergleich zum April 2006 betrug der Zuwachs 15,5 Prozent, beim Vergleich der ersten vier Monate 2007 mit 2006 waren es +11,8 Prozent und im Ein-Jahres-Vergleich +8,7 Prozent. Bei der Beschäftigtenanzahl dieses Bereiches setzte sich der fallende Trend fast unvermindert fort. Im April 2007 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden

In Berlin wurden Ende April mit 271 262 Arbeitslosen rund 1,0 Prozent weniger als im Vormonat, dem März 2007, registriert. Im Vergleich zum April 2006 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 11,4 Prozent, das entspricht 34 785 Personen, ab. Die Arbeitslosenquote Berlins betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 18,5 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 16,1 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 2,3 beziehungsweise 2,1 Prozentpunkte weniger. Damit lag die Berliner Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 7,9 Prozentpunkte und auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 6,6 Prozentpunkte über den bundesweiten Durchschnitt, aber auch 0,2 beziehungsweise 0,8 Prozentpunkte über den

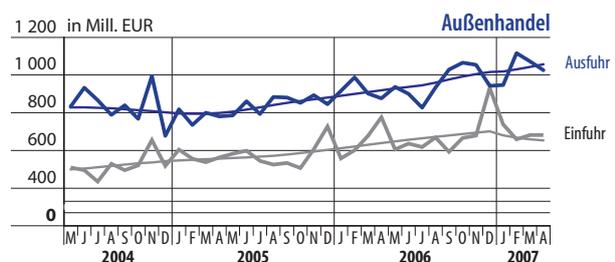
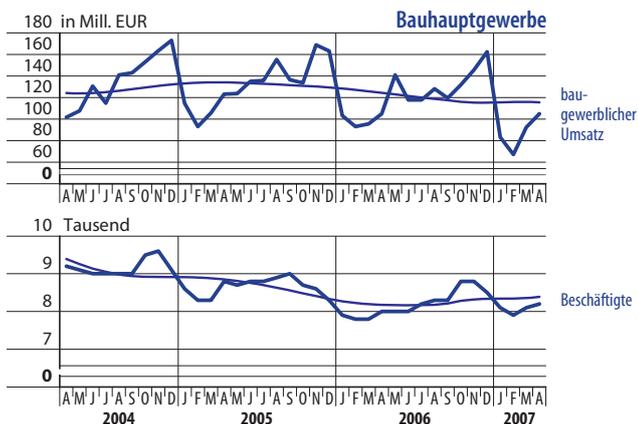
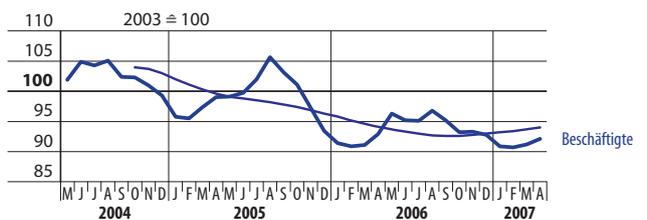
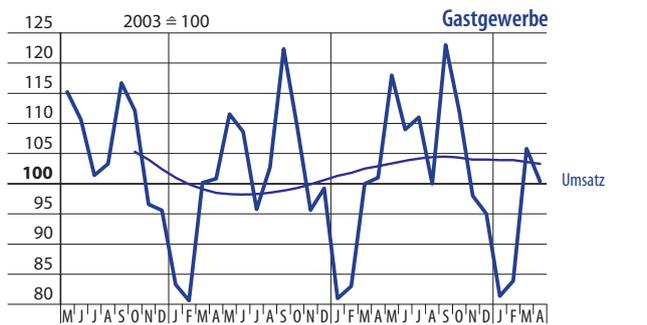
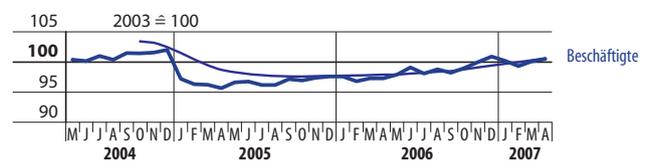


84 429 Personen beschäftigt. Gegenüber dem Vormonat – dem März 2007 – fiel die Zahl der Beschäftigten um 34 Personen. Im Vergleich zum April 2006 waren es –0,5 Prozent oder 464 Personen weniger. Da der Gesamtumsatz sich erhöhte und die Beschäftigtenzahl fiel, stieg die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) wieder etwas an, und zwar auf 26 702,9 EUR pro Beschäftigten. Das waren im Vergleich zum Vorjahresmonat +2,4 Prozent und im Vergleich der 4-Monats- und der 12-Monatszeiträume +1,2 beziehungsweise +1,9 Prozent. Die längerfristigen Trends sind aus der Grafik deutlich ersichtlich – der Umsatz ganz leicht steigend, die Beschäftigtenanzahl stärker fallend.

Das Berliner **Bauhauptgewerbe** zeigte keinen einheitlichen Trend. Beim Auftragseingang war eine stark steigende Tendenz erkennbar, bei den Beschäftigten scheint der Abwärtstrend gestoppt, während der baugewerbliche Umsatz weiter sinkt. Die in diesem Wirtschaftszweig tätigen 8 193 Beschäftigten erzielten im April 2007 einen baugewerblichen Umsatz von 104,9 Millionen EUR, dieser entsprach dem Wert vom April 2006. Im Vergleich der Jahreszeiträume – Mai 2006 bis April 2007 zum Mai 2005 bis April 2006 – ist ein Abfall um 8,8 Prozent aufgetreten. Die Beschäftigtenanzahl erhöhte sich im Vergleich zum April 2006 um 3,0 Prozent; im 4-monatigen und im 12-monatigen Zeitraum waren es +2,7 beziehungsweise –2,2 Prozent. Die grafische Darstellung zeigt deutlich die saisonalen Schwankungen im Umsatz und bei den Beschäftigten, den Sondereffekt durch den Wegfall der Eigenheimzulage am Ende des Jahres 2005 sowie den durch die niedrigen Temperaturen Anfang 2006 bedingten Einfluss. Die Konjunktur-Trend-Komponente des Umsatzes fiel weiterhin leicht ab, während sie bei den Beschäftigten einen leichten Anstieg zeigte.

Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Importwert der Berliner Wirtschaft im April 2007 ein Volumen von 682,0 Millionen EUR und lag damit um 12,2 Prozent unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Im Vergleich der letzten 12 Monate waren es +12,7 Prozent. Im gleichen Monat betrug das Exportvolumen 1 025,8 Millionen EUR. In der Grafik war für den Export (Spezialhandel) ein sehr stabiler Aufwärtstrend zu beobachten. Beim Import war seit dem Jahreswechsel 2006/2007 ein Trendwechsel der Konjunktur-Komponente feststellbar, der jedoch noch nicht sicher scheint. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

Im Berliner **Einzelhandel** war bei den Messzahlen der Beschäftigtenanzahl, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, ein steigender Trend erkennbar, der des Umsatzes dagegen stagniert. Die Veränderung des nominalen Umsatzes im Zeitraum des Januar bis April 2007 zum Januar bis April 2006 betrug +2,1 Prozent und beim Vergleich der gesamten letzten 12 Monate zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ergab sich ein



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

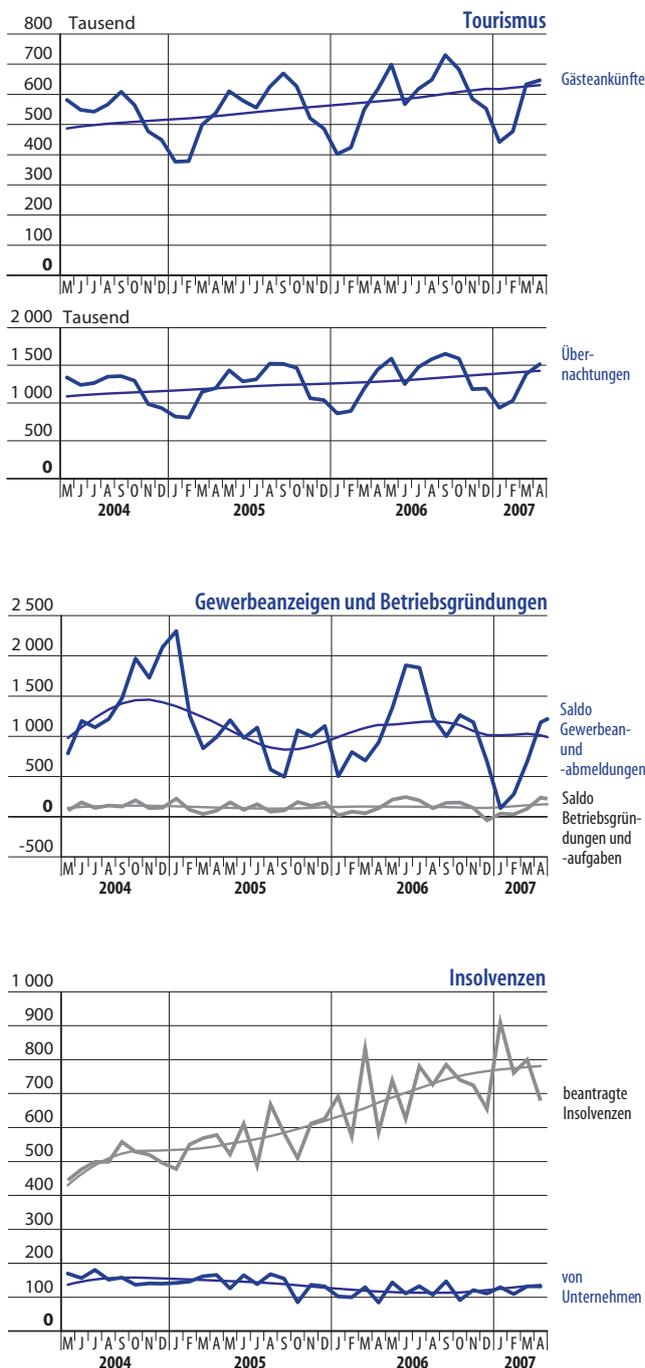
Plus von 4,1 Prozent. Die Beschäftigten-Kennziffern lauteten: +2,9 Prozent für den 4-Monats-Zeitraum des Jahres 2007 (Januar bis April) zum Vergleichszeitraum des Jahres 2006 und +1,6 Prozent für den Vergleich der entsprechenden Ein-Jahres-Zeiträume. Aufgrund einer Veränderung der Basis der Messzahlen im Jahr 2004 ist zurzeit die Trendberechnung im Einzelhandel, wie auch im Gastgewerbe, erst ab Oktober des Jahres 2004 möglich. Trotzdem sind in der Abbildung die leicht steigenden Trend-Konjunktur-Komponenten deutlich erkennbar.

Im ebenfalls saisonal stark geprägten **Gastgewerbe** war ein fallender Trend beim nominalen Umsatz, bei den Beschäftigten dagegen ein steigender erkennbar. Seit etwa dem Juni 2005 zeigen beide Trend-Konjunktur-Komponenten ein fast spiegelbildliches Aussehen. Bei

der Nominalen-Umsatz-Messzahl trat im Vergleich des Zeitraumes Januar bis April 2007 zum gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Veränderung von +1,0 Prozent auf und im Vergleich des 12-monatigen Zeitraumes war ein Zuwachs von 4,0 Prozent feststellbar. Die Messzahl der Beschäftigten fiel in den gleichen Zeiträumen um 0,4 beziehungsweise um 3,3 Prozent. Der Einfluss der Fußballweltmeisterschaft, die vom 6. Juni bis 9. Juli 2006 stattfand, ist ebenfalls erkennbar.

Im April 2007 betrug die Zahl der Übernachtungen in der **Tourismusbranche** 1 514,9 Tausend; gegenüber dem April 2006 waren es 70 672 Übernachtungen oder 4,9 Prozent mehr. Beim Vergleich des viermonatigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 10,8 Prozent und beim Vergleich des einjährigen Zeitraumes dann ein Plus von 9,0 Prozent. Die Anzahl der Gäste und die der Übernachtungen zeigten beide eine linear-steigende Trend-Konjunktur-Komponente, wobei die Übernachtungen stärker als die Ankünfte stiegen. Wie im Gastgewerbe war der Einfluss der Fußballweltmeisterschaft erkennbar. Im April 2007 entfielen auf jeden Gast im Durchschnitt 2,3 Übernachtungen.

Bei den **Gewerbeanmeldungen** erfolgt ein methodischer Wechsel in der Darstellung. Zukünftig werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und die Betriebsgründungen- und -aufgaben dargestellt. Der Saldo bei den Gewerbeanmeldungen fiel gegenüber dem April 2006 um 7,5 Prozent; im Einjahres-Vergleichszeitraum gab es jedoch einen Zuwachs von 18,1 Prozent und im 4-Monatsvergleich wiederum –10,2 Prozent. Auffallend ist, dass jeweils im Dezember umfangreiche Abmeldungen auftreten und in der Jahresmitte verstärkte Anmeldungen von Gewerbe. Der Saldo bei den Betriebsgründungen- und -aufgaben ist gegenüber dem Gewerbe wesentlich gleichmäßiger – April 2007 zu April 2006: –2,4 Prozent beziehungsweise 4-Monatsvergleich: +35,2 Prozent und Einjahresvergleich: +19,4 Prozent. Die Konjunktur-Komponente beim Gewerbe-Saldo zeigt einen stärker schwankenden in letzter Zeit nach unten gerichteten Trend, während die Trend-Konjunktur-Komponente für den Saldo der Betriebe im Verlauf der letzten drei Jahre fast waagrecht verlief. Bei den **Insolvenzen** wurde ebenfalls – wie bei den Gewerbean- und -abmeldungen – ein Wechsel in der Darstellungsform vorgenommen. Neben den beantrag-



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

ten Insolvenzverfahren werden die Regelinsolvenzen der Unternehmen dargestellt. Für beide Merkmale lagen langfristig entgegengesetzte Tendenzen vor. Bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen war ein fallender Trend erkennbar, der ab dem 3. Quartal 2006 wieder etwas ansteigt. Sie sind langfristig und stabil bei über 100 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den beantragten Insolvenzverfahren war demgegenüber eine kontinuierlich ansteigende Tendenz zu beobachten, die stark durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt wird. Im Monat April 2007 erhöhten sich die beantragten Insolvenzverfahren gegenüber dem Vorjahresmonat um 15,7 Prozent auf 679 Fälle. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen „nur“ 132 Fälle. Beim Vergleich der Ein-Jahreszeiträume wurde der Rückgang der Regelinsolvenzen der Unternehmen deutlich; es ergaben sich für den ganzjährigen Vergleichszeitraum 3,5 Prozent weniger. Die beantragten Insolvenzverfahren nahmen im gleichen Zeitraum jedoch um 22,2 Prozent zu.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat April 2007 – bezogen auf das Jahr 2000 – bei 110,0. Es zeigte sich ein langfristig konstant-steigender Trend, der gering von den einzelnen Monatswerten abwich und der sich seit Mitte 2006 etwas abzufachen scheint. Für die Inflationsrate, die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindexes zwischen April 2007 und April 2006, ergab sich damit der Wert von +1,5 Prozent. Die Änderungsrate befand sich seit August 2006 unter 2,0 Prozent, wobei sie sich im Zeitraum der letzten sechs Jahre zwischen –0,1 bis +2,6 Prozent bewegte.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Berlin im April 2007

(Basis: Originalwerte, Stand vom 2. 8. 2007)

Merkmal	Einheit	April 2007		Januar 2007 bis April 2007		Mai 2006 bis April 2007	
		absolut	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose.....	Anzahl	271 262	-11,4	275 402	-11,3	281 775	-9,8
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangsinde ²	2000 Δ 100	107,3	+15,5	112,1	+11,8	109,9	+8,7
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	2 255,0	+1,8	2 326,8	-0,2	2 415,1	+0,5
Auslandsumsatz.....	Mill. EUR	754,0	+10,2	789,5	+4,2	792,0	+3,4
Beschäftigte.....	1 000	84,4	-0,5	84,4	-1,3	85,2	-1,4
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang.....	Mill. EUR	134,4	+16,1	131,6	+33,1	114,6	+17,3
Baugewerblicher Umsatz.....	Mill. EUR	104,9	+0,0	86,9	-12,4	117,7	-8,8
Baugewerblich Beschäftigte.....	1 000	8,2	+3,0	8,1	+2,7	8,3	-2,2
Außenhandel							
Einfuhr.....	Mill. EUR	682,0	-12,2	690,1	+5,6	680,0	+12,7
Ausfuhr.....	Mill. EUR	1 025,8	+17,1	1 040,5	+13,0	987,7	+13,1
Einzelhandel							
Umsatz nominal.....	2003 Δ 100	104,7	+0,3	103,8	+2,1	107,8	+4,1
Beschäftigte.....	2003 Δ 100	100,5	+3,3	100,0	+2,9	99,3	+1,6
Gastgewerbe							
Umsatz nominal.....	2003 Δ 100	100,4	-1,4	92,9	+1,0	103,7	+4,0
Beschäftigte.....	2003 Δ 100	92,1	-0,9	91,2	-0,4	93,6	-3,3
Tourismus							
Gästeankünfte.....	1 000	646,1	+4,8	549,5	+10,3	606,8	+9,2
Gästeübernachtungen.....	1 000	1 514,9	+4,9	1 217,3	+10,8	1 365,5	+9,0
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen.....	Anzahl	1 255	-7,5	850,0	-10,2	1 050,3	+18,1
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	207	-2,4	144,0	+35,2	131,9	+19,4
Beantragte Insolvenzen.....	Anzahl	679	+15,7	787,5	+17,4	743,8	+22,2
darunter Unternehmensinsolvenzen.....	Anzahl	132	+57,1	125,8	+20,9	122,3	-3,5
Verbraucherpreisindex	2000 Δ 100	110,0	+1,5	109,6	+1,4	109,2	+1,5

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



Brandenburg April 2007

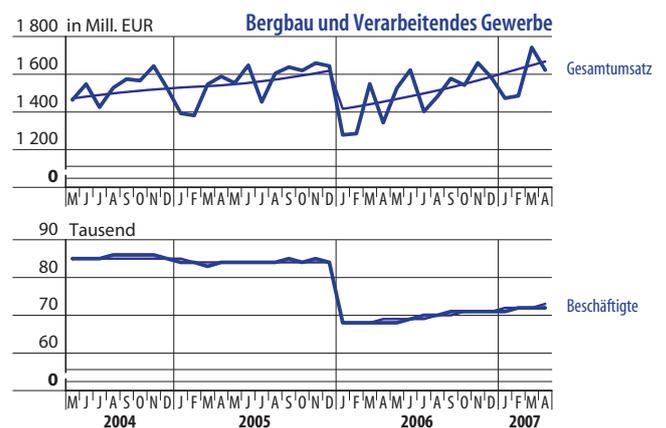
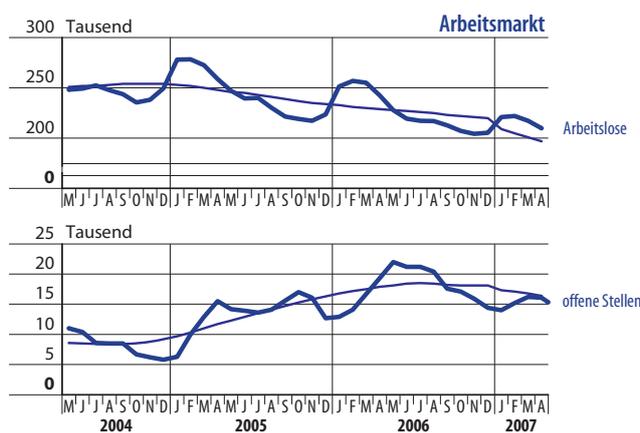
Die Zahl der brandenburgischen Arbeitslosen verminderte sich im April 2007 im Vergleich zum April 2006 um 13,5 Prozent oder 32 788 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 17,5 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Gesamtumsatz und die Beschäftigtenzahlen des Verarbeitenden Gewerbes eine weiterhin langfristig und stabil steigende Tendenz. Die Auslandsnachfrage entwickelte sich dabei stärker als die des Inlandes. Für das Bauhauptgewerbe war ein steigender Trend beim Umsatz, beim Auftragseingang und bei den Beschäftigten erkennbar. Im brandenburgischen Einzelhandel stiegen die Beschäftigtenzahlen und der nominale Umsatz

im Trend sehr gering an, während im Gastgewerbe der nominale Umsatz eine steigende und die Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz zeigten. Die gesamten brandenburgischen Aus- und Einfuhren stiegen – nach wie vor – sehr stark an; die Ausfuhren in letzter Zeit stärker als die Einfuhren. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen, war ein langfristig-steigender Trend – der durch sehr starke saisonalen Schwankungen überlagert wurde – erkennbar. Der Verbraucherpreisindex schwankte mit geringer Abweichung um die BV4.1-Trendfunktion. Die Inflationsrate – die Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat – liegt seit dem September des Jahres 2006 unter 2,0 Prozent; im April 2007 betrug sie 1,7 Prozent.

Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber 0,1 beziehungsweise 0,2 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen (einschließlich der Berliner) Arbeitslosenquoten. Insgesamt hatte sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – der fallende Trend weiter beschleunigt. Die gemeldeten offenen Stellen waren seit dem April des vorigen Jahres um 3 218 Stellen oder um 16,7 Prozent niedriger. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 13,1. Es fiel damit seit dem Januar 2007 weiter kontinuierlich ab. Die Zahl der Kurzarbeiter wird seit Beginn des Jahres 2007 nur noch quartalsweise erfasst. Die Personenzahl, die sich in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, in der beruflichen Weiterbildung und in Kurzarbeit befanden, betrug im März diesen Jahres 13 470; im Vergleich zum März 2006 ergab das ein Plus von 19,8 Prozent.

Mit dem Beginn des Jahres 2007 werden im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden nur noch Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten – bis dahin waren es Betriebe von Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit mehr als 20 Beschäftigten – erhoben. Die erforderliche Rückrechnung liegt zur Zeit nur für das Jahr 2006 vor. Die im Monat April 2007 berichtspflichtigen 408 brandenburgischen Betriebe erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 621,6 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 278,4 Millionen EUR beziehungsweise 20,7 Prozent überboten. Wegen der Verringerung des Erhebungsumfanges und der damit erforderlichen Rückrechnung liegt der Auftragseingangindex noch nicht vor. Im Zeitraum eines Jahres – von Mai 2006 bis April 2007 konnten die brandenburgischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus

Im Land Brandenburg wurden Ende April des Jahre 2007 mit 209 900 Arbeitslosen rund 3,4 Prozent weniger als im Vormonat, dem März 2007, registriert. Im Vergleich zum April 2006 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 13,5 Prozent, das entspricht 32 788 Personen, ab. Die Arbeitslosenquote Brandenburgs betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 17,5 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 15,8 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 2,3 Prozentpunkte weniger. Damit lag die brandenburgische Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 6,3 Prozentpunkte beziehungsweise auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 6,9

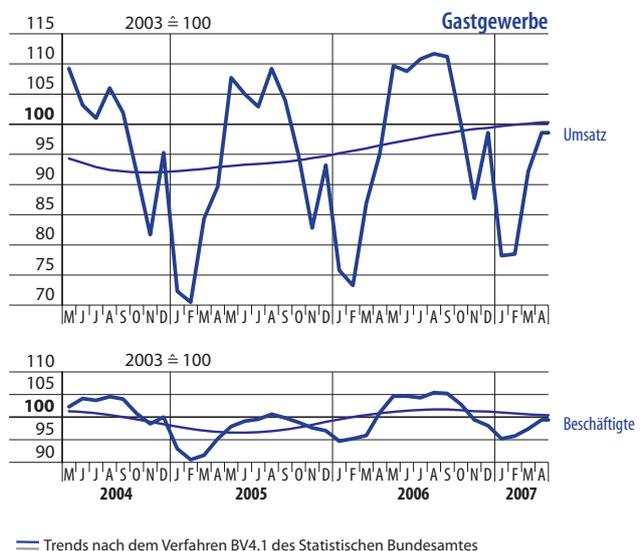
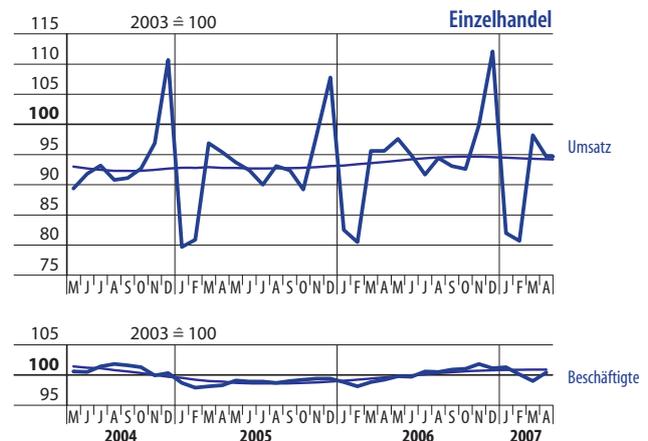
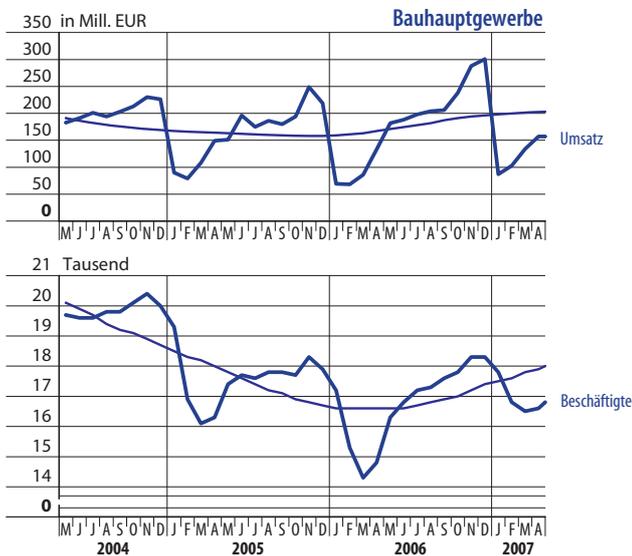


und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 18,7 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 2,4 Prozent. Der langfristige Trend des Gesamtumsatzes in diesem wichtigen brandenburgischen Wirtschaftszweig ist – zwar bei größeren kurzzeitigen Schwankungen der einzelnen Monatswerte – stark steigend. Das wird in der Grafik trotz des Sprunges aufgrund des verringerten Erhebungsumfanges sehr deutlich. Bei der Beschäftigtenzahl dieses Bereiches war seit Januar 2006 ein leichter aber kontinuierlicher Zuwachs erkennbar. Im April 2007 waren im brandenburgischen Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten 72 234 Personen tätig. Gegenüber dem Vormonat – dem März 2007 – stieg die Zahl der Beschäftigten um 0,7 Prozent oder 511 Personen. Gegenüber dem April 2006 betrug der Anstieg der Beschäftigtenzahl dagegen 6,7 Prozent. Beim Vergleich der ersten vier Monate des Jahres 2007 mit denen des Jahres 2006 sind es +6,0 Prozent. Ein ansteigender Trend ist – trotz des Sprunges infolge der methodischen Veränderung – deutlich erkennbar. Damit zieht der steigende Umsatz nun auch steigende Beschäftigtenzahlen, wenn auch in abgeschwächter Form, nach sich. Die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) stieg weiter – auf 22 449 EUR pro Beschäftigten – an. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten folgt diesem Trend. Sie lag im Vergleich zum April 2006 um insgesamt 8,0 Prozent höher. Die Auslandsnachfrage stieg in diesem Unternehmenssektor wiederum wesentlich stärker als die Binnennachfrage. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses wichtigsten brandenburgischen Wirtschaftszweiges erreichte im April ein Niveau von ca. 449 Millionen EUR; der Exportanteil betrug dabei 27,7 Prozent vom Gesamtumsatz. Insgesamt sind in den bisherigen vier Monaten des Jahres 2007 für fast 1,7 Milliarden EUR Waren aus diesem Wirtschaftszweig exportiert worden.

Im brandenburgischen **Bauhauptgewerbe** stiegen der Umsatz und die Zahl der Beschäftigten ebenfalls an. Dieser seit Jahresbeginn 2006 erkennbare Trend ist recht stabil. Die 337 im April 2007 berichtspflichtigen

Betriebe erreichten mit 17 009 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 157 Millionen EUR; der Umsatz lag damit um 18,4 Prozent über dem Wert vom April 2006. Die grafische Darstellung zeigt deutlich die saisonalen Schwankungen und den steigenden Umsatz- und Beschäftigtentrend. Im April 2007 erreichte das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – ein Niveau von rund 132 Millionen EUR. Es lag damit um 0,1 Prozent über den Angaben des Aprils 2006. Die Entwicklung des Auftragseinganges in den letzten zwölf Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lag bei +14,2 Prozent. Die Beschäftigtenzahl im brandenburgischen Bauhauptgewerbe erhöhte sich im Vergleich der ersten vier Monate des Jahres 2007 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 2006 um beachtliche 10,2 Prozent. Im monatlichen Vergleich zum Vorjahresmonat (April 2007 zu April 2006) waren es dann 715 Beschäftigte oder 4,4 Prozent mehr.

Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Exportwert der brandenburgischen Wirtschaft im April 2007 ein Volumen von 881,3 Millionen EUR und lag damit um 53,2 Prozent über dem Ergebnis des Aprils 2006. Beim Vergleich des Ein-Jahres-Zeitraumes ergab sich ein Plus von 42,7 Prozent. Insgesamt wurden im Zeitraum von Mai 2006 bis April 2007 Waren im Wert von 10 Milliarden EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Import-



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

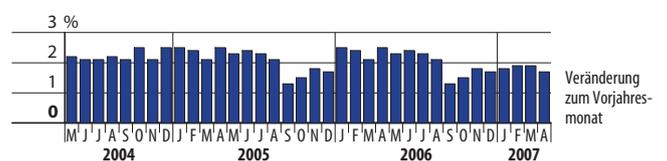
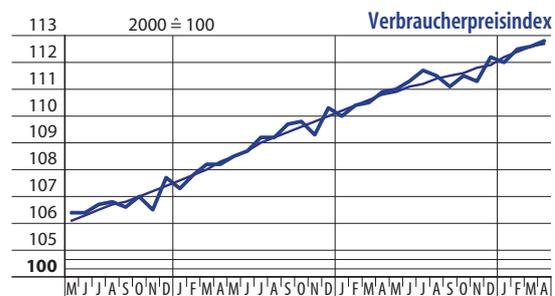
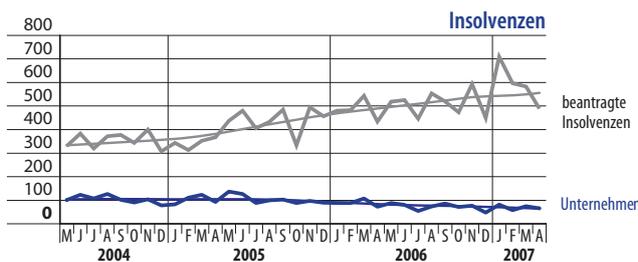
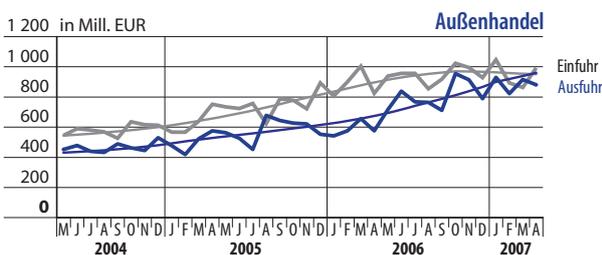
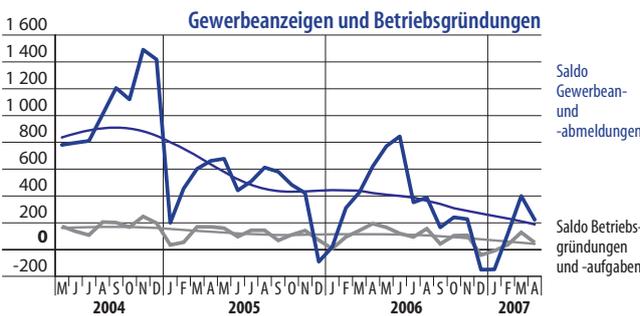
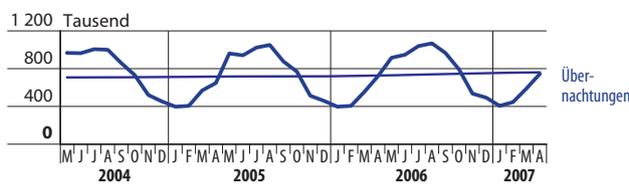
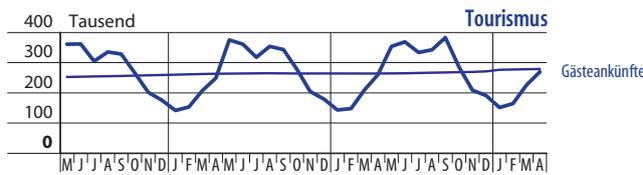
volumen 993,4 Millionen EUR, bei einem Plus von 20,6 Prozent gegenüber dem April 2006. In den letzten zwölf Monaten wurden Waren im Wert von 11,4 Milliarden EUR nach Brandenburg importiert. In der Grafik ist sowohl für den Export (Spezialhandel) ein sehr stabiler Aufwärtstrend zu beobachten. Beim Import deutet sich nach langer stabilen Entwicklung etwa ab dem vierten Quartal 2006 eine Trendwende an. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des brandenburgischen Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

Beim nominalen Umsatz- und bei der Beschäftigten-Messzahl im brandenburgischen Einzelhandel war in den letzten zwei Jahren, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, ein leicht steigender Trend erkennbar. Die Veränderung der Umsatz-Messzahl vom Januar bis April 2006 zum Vorjahresmonat betrug +0,4 Prozent und beim Vergleich des gesamten letzten Einjahres-Zeitraumes (Mai 2006 bis April 2007) zum gleichen Vorjahreszeitraum (Mai 2005 bis April 2006) ergab sich ein Plus von 1,9 Prozent. Die analogen Beschäftigten-Kennziffern lauten: +1,5 Prozent für April 2007 zum April 2006 und +1,6 Prozent für den Vergleich der entsprechenden 12-monatigen Zeiträume. Die Trendfunktion bei den Beschäftigten- und Umsatzmesszahlen ist fast gleichbleibend.

Im ebenfalls saisonal stark geprägten Gastgewerbe setzte sich der leicht aber stabil steigender Trend beim nominalen Umsatz fort, dabei trat im Vergleich des Zeitraumes Januar bis April 2006 zum gleichen Zeitraum 2006 eine Veränderung von +5,0 Prozent auf, und im Vergleich der 12-monatigen Zeiträume war ein Zuwachs von 4,9 Prozent feststellbar. Die Messzahl der Beschäftigten stieg im Vergleich zum analogen 4-monatigen Zeitraum um 0,3 Prozent, im Ein-Jahresvergleich stieg sie um 3,0 Prozent. Die Trendfunktion des nominalen Umsatzes ist steigend während die der Beschäftigten seit Oktober 2006 wieder leicht im Fallen begriffen ist.

Im April 2007 betrug die Zahl der Gästeankünfte in der Tourismusbranche 269,4 Tausend; gegenüber dem April 2006 waren es 9,7 Tausend oder 3,7 Prozent mehr. Beim Vergleich der jährlichen Zeiträume ergab sich ein Plus von 3,3 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen stieg ebenfalls an – im Vergleich zum April 2006 um 3,8 Prozent und im Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume um 3,2 Prozent. Im Durchschnitt entfielen im Dezember 2006 auf jeden Gast 2,8 Übernachtungen; im Mittel des Jahres 2006 waren es 2,7 Übernachtungen. Insgesamt ist bei den Gästeankünften und bei den Übernachtungen – bei einer sehr stark saisonal geprägten Entwicklung, die sich über die einzelnen Jahre verfestigte – langfristig ein kontinuierlich-leicht-steigender Trend erkennbar.

Bei den Gewerbeanmeldungen erfolgte eine methodische Veränderung der Darstellung. Es werden zukünftig die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen- und -aufgaben dargestellt. Insgesamt ist bei beiden Kennziffern eine deutlich fallende Tendenz – sowohl kurz- als auch



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

langfristig – erkennbar. Im April 2007 betrug der Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen 224 Gewerbeanmeldungen, gegenüber dem April 2006 waren es 63,9 Prozent weniger. Der Saldo der Betriebsgründungen- und -aufgaben nahm ebenfalls ab. Er lag im April 2007 bei einem Plus von 53 Anmeldungen. Beim Vergleichen der Vier-Monats- und der 12-Monats-Zeiträume bleibt der stark fallende Trend erhalten.

Bei den **Insolvenzen** erfolgt ebenfalls eine methodische Veränderung in der Darstellung. Zukünftig werden die beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen dargestellt. Es lagen für die insgesamt beantragten Insolvenzen und Unternehmensinsolvenzen gegensätzliche Tendenzen vor. Bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen war ein deutlich fallender Trend erkennbar, sie sind langfristig und stabil bei weit unter 100 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den beantragten Insolvenzverfahren war demgegenüber eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt. Im Monat

April 2007 stiegen die beantragten Insolvenzverfahren gegenüber dem Vorjahresmonat um 12,7 Prozent auf 489 Fälle an. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen nur 66 Fälle, das waren –9,6 Prozent im Vergleich zum April 2006. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume entwickelte sich der Rückgang der Regelinsolvenzen der Unternehmen ähnlich; es ergaben sich – für den Vergleichszeitraum – beachtliche 27,6 Prozent weniger, bei den beantragten Insolvenzverfahren waren es dagegen 18,1 Prozent mehr.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat April 2007, bezogen auf das Jahr 2000, bei 112,8. Es zeigte sich ein langfristig konstanter Trend, der nur unwesentlich von den einzelnen Monatswerten abwich. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem April 2007 und dem April 2006, ergab sich damit ein Wert von +1,7 Prozent. Seit dem September 2006 liegt die Inflationsrate in Brandenburg unter 2,0 Prozent.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im April 2007

(Basis: Originalwerte, Stand vom 10. 7. 2007)

Merkmal	Einheit	April 2007		Januar 2007 bis April 2007		Mai 2006 bis April 2007	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			Prozent		Prozent		Prozent
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose.....	Anzahl	209 900	- 13,5	217 560	- 13,5	215 130	- 9,3
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangsinde ²	2000 Δ 100
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	1 621,6	+ 20,7	1 580,4	+ 15,9	1 559,8	+ 2,4
Auslandsumsatz.....	Mill. EUR	448,8	+ 24,0	424,3	+ 20,3	408,3	+ 17,0
Beschäftigte.....	1 000	72,2	+ 6,7	71,7	+ 6,0	70,8	- 10,1
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang.....	Mill. EUR	132,0	+ 0,1	126,5	+ 27,2	148,8	+ 14,2
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	157,0	+ 18,4	120,3	+ 35,1	190,5	+ 19,9
Beschäftigte.....	1 000	17,0	+ 4,4	16,7	+ 10,2	17,3	+ 2,6
Außenhandel							
Ausfuhr.....	Mill. EUR	881,3	+ 53,2	887,4	+ 51,1	834,0	+ 42,7
Einfuhr.....	Mill. EUR	993,4	+ 20,6	949,1	+ 7,4	947,3	+ 18,9
Einzelhandel							
Umsatz nominal.....	2003 Δ 100	94,7	- 0,9	88,9	+ 0,4	94,3	+ 1,9
Beschäftigte.....	2003 Δ 100	100,4	+ 1,2	100,2	+ 1,5	100,5	+ 1,6
Gastgewerbe							
Umsatz nominal.....	2003 Δ 100	98,6	+ 3,7	86,9	+ 5,0	98,8	+ 4,9
Beschäftigte.....	2003 Δ 100	99,4	- 1,6	96,9	+ 0,3	101,0	+ 3,0
Tourismus							
Gästeankünfte.....	1 000	269,4	+ 3,7	202,6	+ 6,5	273,2	+ 3,3
Gästeübernachtungen.....	1 000	744,4	+ 3,8	545,8	+ 5,2	745,3	+ 3,2
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und abmeldungen..	Anzahl	224	- 63,9	148,5	- 56,8	286,5	- 31,4
darunter Saldo Betriebsgründungen- und -aufgaben.....	Anzahl	53	- 72,5	52,8	- 51,8	79,9	- 30,3
Beantragte Insolvenzen.....	Anzahl	489	+ 12,7	594,5	+ 22,6	538,2	+ 18,1
darunter							
Unternehmensinsolvenzen.....	Anzahl	66	- 9,6	70,3	- 21,7	71,8	- 27,6
Verbraucherpreisindex.....	2000 Δ 100	112,8	+ 1,7	112,5	+ 1,8	111,8	+ 1,9

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, zur Zeit nicht darstellbar - wegen methodischer Umstellung

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Monika Kühn

Wirtschaftsentwicklung und Strukturwandel in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2006 aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Berlin, der Stadtstaat, und Brandenburg, das Flächenland, blicken heute auf eine unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung seit der Vereinigung in Deutschland zurück. Sie starteten mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen

Berlin und Brandenburg erlebten nach dem ersten gemeinsamen Wirtschaftsjahr 1991 im vereinten Deutschland zunächst einen rasanten Aufstieg, nachdem mit der Grenzöffnung 1989 die Wirtschaft in der DDR zusammengebrochen war. Wirtschaftsentwicklung und Strukturwandel in Berlin und Brandenburg waren aber unterschiedlichen historisch geprägten Bedingungen und Voraussetzungen ausgesetzt. Berlin – überwiegend geprägt vom ehemaligen Berlin-West – profitierte anfänglich vom neuen Nachfrageboom aus dem wirtschaftlich deutlich schwächeren Berlin-Ost sowie dem ostdeutschen Umland. In Brandenburg erreichte das Wirtschaftswachstum, ausgehend von einem wesentlich niedrigeren Niveau der gesamtwirtschaftlichen Leistung, ein noch größeres Ausmaß als in Berlin.

und Bedingungen und mit sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen in das vereinte Deutschland.

Die Berliner Wirtschaft nach der Wende war im größeren Westteil der Stadt zunächst von der Entwicklung im früheren Bundesgebiet geprägt und im kleineren Ostteil von den Bedingungen der ehemaligen DDR, deren Hauptstadt er bildete. Berlin war von der Teilung, wie auch von der Vereinigung Deutschlands, wie keine andere Stadt betroffen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Brandenburg – seit 3. Oktober 1990 ein neues Bundesland – waren völlig den neuen Verhältnissen anzupassen. Das Ausgangsniveau war nach den wendebedingten Einbrüchen sehr gering, umso höher das Wachstumspotenzial, so dass z.T. sehr große Entwicklungsunterschiede im Vergleich zu Berlin zutage traten. Dabei hatten Brandenburg und Berlin-Ost seit der Öffnung der Grenzen 1989 bereits Einbrüche ihrer Wirtschaft drastischen Ausmaßes erlebt. Vor diesem Hintergrund relativiert sich das hohe Wachstum nach

dem ersten gemeinsamen Wirtschaftsjahr 1991 im vereinten Deutschland. Vergleicht man die Entwicklung von Berlin und Brandenburg mit Durchschnittsgrößen in Deutschland bzw. den Gebieten der alten und neuen Bundesländer, so werden die großen Unterschiede sichtbar. Entsprechend des Übergewichts des Westteils in Berlin war der Entwicklungsverlauf von Berlin bis Mitte der neunziger Jahre ähnlich dem im früheren Bundesgebiet, mehr oder weniger modifiziert durch den Einfluss des Ostens der Stadt. Anschließend koppelte sie sich aber durch den wirtschaftlichen Abstieg davon ab. Dagegen verlief die Entwicklung der Wirtschaft in Brandenburg eher wie im Beitrittsgebiet insgesamt.

Ungleiche wirtschaftliche Entwicklung in Berlin und Brandenburg seit 1991

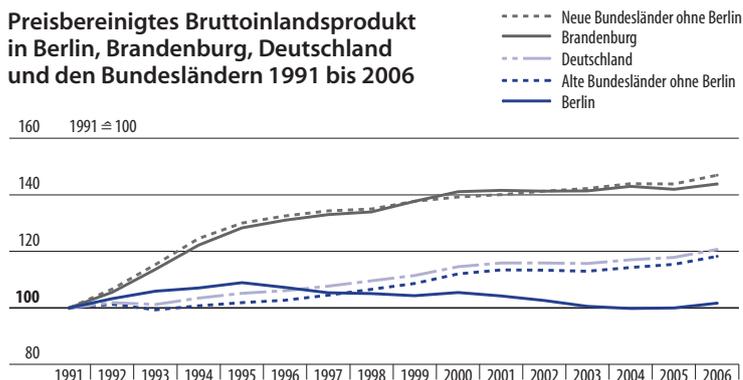
Der anfängliche Wachstumsboom in Berlin nach der Wende war von relativ kurzer Dauer, denn er ging auf einmalige vereinigungsbedingte Effekte aus der zusätzlichen Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen aus Berlin-West durch den umgebenden Osten zurück. Auch der Aufholprozess von Berlin-Ost gegenüber dem Westen lief nach ein paar Jahren aus. Es folgte eine lange Schwächephase der Berliner Wirtschaft. Ein umfassender Strukturwandel, begleitet von konjunkturell bedingten Krisen, bestimmte die wirtschaftliche Lage. In der Folge sank das Wirtschaftswachstum seit Mitte der neunziger Jahre bis 2004; unterbrochen nur im Jahr 2000. Erst 2005 kam dieser Trend zum Erliegen und 2006 gab es erstmals wieder einen Anstieg.

Die Wirtschaftsentwicklung in Brandenburg wurde geprägt durch eine anfangs rasant fortschreitende Anpassung an die Wirtschaft des früheren Bundesgebiets, blieb aber auch bis in die Gegenwart von den

bundesweiten konjunkturellen Schwankungen nicht unberührt. Das hohe zweistellige Wachstumstempo verlangsamte sich nach und nach bis auf nur noch 1 Prozent im Jahr 1998 und kam nach einem kurzen Aufschwung um die Jahrtausendwende ganz zum Erliegen. Erst seit 2003 ist wieder eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen, allerdings mit Unterbrechung im Jahr 2005.

Der umfassendste Indikator für die Wirtschaftsleistung – das Bruttoinlandsprodukt – liegt heute in

Abb. 1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern 1991 bis 2006



Berlin preisbereinigt kaum höher (+1,7 Prozent) als 1991. Dagegen ist das Bruttoinlandsprodukt in Brandenburg von 1991 bis 2006 um rund 44 Prozent gestiegen und damit gering weniger wie in den neuen Bundesländern (ohne Berlin). Bundesweit machte die Zunahme rund ein Fünftel aus (Abbildung 1).

Im Ergebnis der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung seit 1991 ist der Beitrag Berlins zur gesamten Wirtschaftsleistung in Deutschland von 4,1 Prozent im Ausgangsjahr 1991 auf heute 3,5 Prozent gesunken, in Brandenburg dagegen von 1,3 Prozent auf 2,1 Prozent gestiegen. Damit entfallen vom deutschen Bruttoinlandsprodukt 5,6 Prozent auf die gesamte Region Berlin-Brandenburg. Das entspricht einer Wirtschaftsleistung von 80,6 Milliarden EUR in Berlin und 49,5 Milliarden EUR in Brandenburg.

Seit der Wende haben sich nachhaltige Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Nachbarländern herausgebildet, teilweise auch durch wirtschaftspolitische Maßnahmen gefördert. Vor allem in den Umbruchzeiten der neunziger Jahre bedeutete die zentrale geografische Lage des Stadtstaates Berlin inmitten des Landes Brandenburg eine große Entlastung für den brandenburgischen Arbeitsmarkt. Andererseits profitierte die Berliner Wirtschaft von der zusätzlichen Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen insbesondere aus dem Umland.

Auswirkungen der wirtschaftlichen Veränderungen auf die Beschäftigungslage

Die Anpassungsprozesse nach der Vereinigung bedeuteten für die brandenburgische Wirtschaft mehr noch als für den Ostteil Berlins große Arbeitsplatzverluste. Die Neuorientierung der Wirtschaft im Westteil Berlins war durch Erfordernisse der Wettbewerbsfähigkeit unter den Bedingungen der Globalisierung von lang anhaltenden Einbrüchen auf dem Arbeitsmarkt begleitet. Die nach einem kurzen Aufschwung um die Jahrtausendwende deutschlandweit einsetzende Rezession hinterließ in der brandenburgischen Wirtschaft tiefere Einschnitte als in Berlin. Ab dem Jahr 2004 hat sich die Beschäftigungssituation wieder verbessert und in Berlin stärker Fuß gefasst, während sie in Brandenburg noch unausgeglichen verlief.

Beeinflusst wurde die Beschäftigung von Anfang an durch einen starken Zustrom von Brandenburgern auf den Berliner Arbeitsmarkt, dessen Umfang sich bis heute ständig erweiterte. Der Gegenstrom der Berliner zu einem Arbeitsplatz in Brandenburg war zwar wesentlich geringer, aber auch von hoher Dynamik.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen, die aus Brandenburg zur Arbeit nach Berlin pendeln, erhöhte sich von 104 142 Personen im Jahr 1996 um 55 702 Personen (+53,5 Prozent) auf 159 844 Personen 2006. In der Gegenrichtung waren 2006 immerhin 61 325 Berliner unterwegs, 13 521 Personen bzw. ein Viertel mehr als im Jahr 1996 (47 804 Personen). Für die Berliner und brandenburgischen Auspendler bildete damit das jeweilige Nachbarland das Hauptziel. In Berlin machten 2006 die Einpendler aus Brandenburg

15,6 Prozent aller hier gemeldeten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus. 1996 waren es nur 8,6 Prozent. In Brandenburg stieg der Anteil der Berliner Einpendler von 5,4 Prozent im Jahr 1996 auf 8,7 Prozent 2006. Der unterm Strich langfristig negative Pendlersaldo Brandenburgs zeigt, dass der Berliner Arbeitsmarkt dauerhaft Arbeitsplätze für brandenburgische Erwerbstätige zur Verfügung gestellt hat.

Langfristig – im Zeitraum von 1991 bis 2003 – musste Berlin Arbeitsplatzverluste für insgesamt 147 000 Erwerbstätige hinnehmen (–8,8 Prozent). Damit war Berlin als ein Teil des Beitrittsgebietes und des früheren Bundesgebietes zwar nicht so stark betroffen wie das Land Brandenburg mit einem Erwerbstätigenrückgang um 181 200 Personen bzw. 15,2 Prozent, aber weit entfernt von der in den alten Bundesländern erzielten Expansion um 4,6 Prozent. Durch die Verluste im Osten und die Zugänge im Westen blieb in Deutschland insgesamt das Erwerbstätigeniveau fast unverändert (+0,3 Prozent).

Nach dem Jahr 2000 verschlechterten sich unter den Bedingungen einer tief greifenden Rezession insbesondere die Erwerbsbedingungen für Vollzeitbeschäftigte mit Sozialversicherungspflicht. Erst durch Reformen auf dem Arbeitsmarkt und die Einführung neuer Gesetze (Hartz-Gesetze) zur Förderung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in Form von Mini-Jobs, Ich-AGs und Zusatzjobs ab 2004/2005 wurde den Auswirkungen entgegengewirkt und eine Entlastung geschaffen. In Berlin ergab sich deshalb bereits in den Jahren 2004 (+0,9 Prozent) und 2005 (+0,3 Prozent) eine leichte Beschäftigungszunahme, die sich günstiger als in Deutschland insgesamt (2004: +0,4 Prozent; 2005: –0,1 Prozent) darstellte. Brandenburg erreichte 2004 einen Zuwachs um 0,5 Prozent, 2005 fiel die Erwerbstätigenzahl jedoch wieder zurück (–0,8 Prozent).

Die im Jahr 2006 deutschlandweit eingetretene konjunkturelle Aufwärtsbewegung der Wirtschaft bewirkte in Berlin und Brandenburg einen Anstieg der Erwerbstätigenzahl. Dieser gründete sich sowohl auf die wieder gestiegene sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als auch auf die Fortsetzung von staatlichen Beschäftigungsfördermaßnahmen, wenn auch in geringerem Umfang. In Berlin fiel der Anstieg mit 24 700 mehr erwerbstätigen Personen (+1,6 Prozent) deutlicher aus als in Brandenburg mit 6 000 Personen (+0,6 Prozent). Gingen 2006 in Berlin immer noch positive Wirkungen auf die Beschäftigung hauptsächlich vom Einsatz von Personen in Zusatz-

Abb. 2

Erwerbstätige in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern 1991 bis 2006

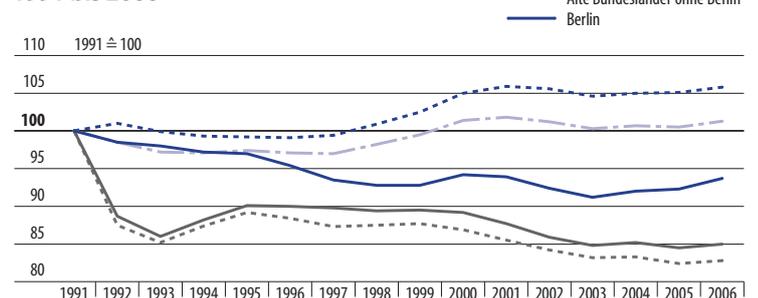
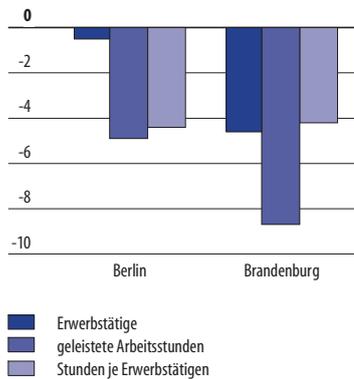


Abb. 3 Veränderung der Erwerbstätigen und ihres Arbeitsvolumens in Berlin und Brandenburg im Jahr 2006 gegenüber 2000



jobs aus, die den Schwerpunkt der Fördermaßnahmen ausmachen, so war in Brandenburg diese Beschäftigungsgruppe rückläufig (Abbildung 2).

Wandel der Struktur der Erwerbsverhältnisse

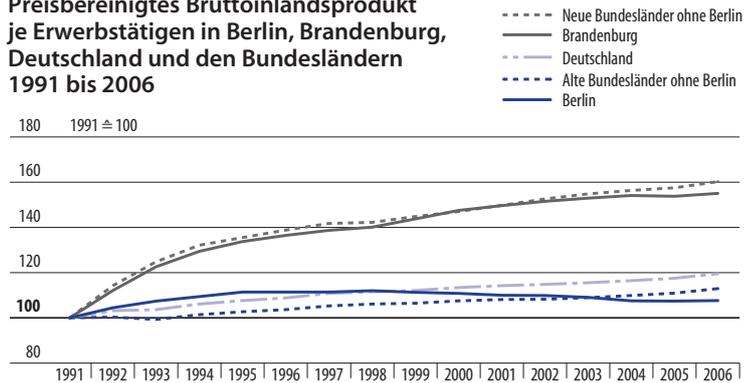
Am Arbeitsmarkt vollzog sich ein mittelfristiger Wandel in der Struktur der Erwerbsverhältnisse. Während Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer drastisch schrumpften, entwickelten sich zusätzliche selbstständige Erwerbsverhältnisse. Von 1991 bis 2005 sank in Berlin die Zahl aller abhängigen Beschäftigten um 222 600 Personen (-14,3 Prozent) und in Brandenburg um 249 000 Personen (-21,9 Prozent). Dagegen nahm die Personengruppe, die selbstständig eine Erwerbstätigkeit ausübte oder als Familienangehörige mithalf, in Berlin um über drei Viertel (93 100 Personen bzw. 76,7 Prozent) zu. In Brandenburg hat sie sich mehr als verdoppelt (64 600 Personen bzw. 110,9 Prozent).

In der Folge dieser Entwicklung betrug 2005 die Arbeitnehmerquote (Arbeitnehmeranteil an allen Erwerbstätigen) in Berlin nur noch 86,1 Prozent und in Brandenburg 87,8 Prozent. Im Jahr 1991 waren es jeweils 92,7 Prozent bzw. 95,1 Prozent. Im Gegenzug erreichten die Selbstständigen in Berlin nunmehr ein Gewicht von 13,9 Prozent, in Brandenburg von 12,2 Prozent gegenüber 7,3 Prozent und 4,9 Prozent im Jahr 1991. Es handelte sich allerdings vielfach auch um geringfügige selbstständige Existenzformen, die durch staatliche Fördermaßnahmen zustande kamen (Ich-AG).

Erwerbstätige leisten immer weniger Arbeitsstunden

Nach dem Jahr 2000 entwickelten sich zunehmend heterogenere Beschäftigungsverhältnisse in Form von mehr Teilzeitarbeit, Leiharbeit, geringfügigen Beschäftigungen und Ich-AGs. Die zuvor noch vorherrschenden klassischen dauerhaften, voll zeitigen und voll sozialversicherten bzw. vollwertig selbstständigen Erwerbsformen wurden mehr und mehr eingeschränkt. Dies hatte auch Auswirkungen auf den zeitlichen Umfang der Erwerbsbeteiligung. In der Veränderung des Arbeitsvolumens, der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, schlugen sich alle Einflüsse auf das Ausmaß des Ein-

Abb. 4 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern 1991 bis 2006



satzes der Arbeit nieder. Das waren insbesondere zunehmend differenzierte tarifliche Arbeitszeitregelungen, Mehrarbeit und Teilzeit- sowie geringfügige Beschäftigungen, aber auch krankheits- und urlaubsbedingte Ausfälle.

In der Berliner und brandenburgischen Wirtschaft verringerte sich das Arbeitsvolumen aller Erwerbstätigen im Zeitraum von 2000 bis 2005 jährlich. Erst mit der Zunahme der Beschäftigung durch die konjunkturelle Belebung im Jahr 2006 weitete sich das Arbeitszeitvolumen wieder aus. Im gleichen Zeitraum verringerte sich das Arbeitsvolumen in Berlin um 6,3 Prozent und stieg 2006 um 1,5 Prozent an. In Brandenburg betrug der Rückgang im vergleichbaren Zeitraum 9,1 Prozent und der Zuwachs im Jahr 2006 0,5 Prozent (Abbildung 3).

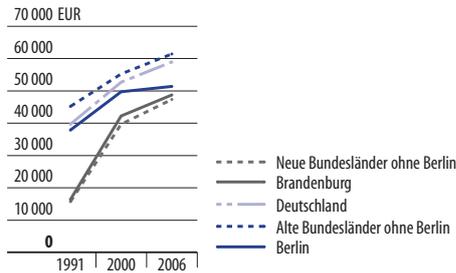
Im Jahr 2006 leisteten in Berlin 1 568 300 erwerbstätige Personen zusammen eine Arbeitszeit von 2 347,2 Millionen Stunden, im Durchschnitt je Erwerbstätigen also 1 497 Stunden. Das sind 69 Stunden oder 4,4 Prozent weniger als im Jahr 2000. In Brandenburg fiel die Absenkung mit 67 Stunden bzw. 4,2 Prozent ähnlich stark aus. Bundesweit betrug die Arbeitszeitverringerung nur 37 Stunden (-2,5 Prozent), in den alten Ländern 31 Stunden (-2,1 Prozent) und in den neuen Ländern jeweils ohne Berlin 59 Stunden (-3,8 Prozent) weniger. Trotz der stärkeren Abnahme in den neuen Ländern war hier die Arbeitszeit auch 2006 (1 507 Stunden) noch deutlich länger, nämlich um 87 Stunden, als in den alten Bundesländern (1 420 Stunden). Im Vergleich zum Durchschnitt in Deutschland (1 436 Stunden) wurden 2006 auf einem Arbeitsplatz in Berlin 61 Stunden und in Brandenburg 81 Stunden länger gearbeitet. In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost schlugen hierbei immer noch die höheren tariflichen geregelten Arbeitszeiten und eine geringere Teilzeitquote als in den alten Bundesländern zu Buche.

Große Unterschiede in der Produktivitätsentwicklung

Die Wirtschaftsleistung, gemessen durch das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und als Arbeitsproduktivität bezeichnet, ist in ihrer langfristigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg durch deutliche Unterschiede gekennzeichnet.

Im vergangenen Jahrzehnt (1991–2000) wurde in der Berliner Wirtschaft in den meisten Jahren, außer 1996, 1999 und 2000, ein Produktivitätsanstieg

Abb. 5 **Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern 1991, 2000 und 2006**



verzeichnet. Er betrug preisbereinigt insgesamt 10,9 Prozent und lag damit nahe dem bundesweiten Trend (+13,5 Prozent). Brandenburg holte bei der Produktivität mit einem Anstieg um 47,5 Prozent in Übereinstimmung mit den neuen Ländern ohne Berlin (+47,1 Prozent) rasant auf. 2000 bis 2005 fiel die Berliner Produktivität allerdings durchgängig zurück (-3,5 Prozent) entgegen dem Trend in Deutschland (+4,1 Prozent). Brandenburg dagegen erzielte einen weiteren Produktivitätsfortschritt von 6,3 Prozent, blieb damit aber unter dem Durchschnittswert der neuen Länder ohne Berlin (+10,3 Prozent). 2006 fiel der Produktivitätszuwachs in Berlin von nur 0,3 Prozent und in Brandenburg von 1,3 Prozent wiederum unterdurchschnittlich aus. Während der Anstieg in den neuen Ländern ohne Berlin 2,5 Prozent ausmachte, lag er in den alten Ländern und in Deutschland gleichauf bei 1,9 Prozent (Abbildung 4).

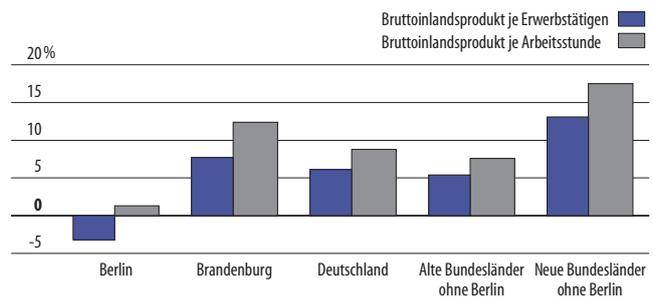
Im Ergebnis der unterschiedlichen Entwicklung hat sich der Abstand der Produktivität zwischen Berlin und Brandenburg verringert. Betrug die Leistung eines Erwerbstätigen auf einem Arbeitsplatz in Brandenburg 1991 nur 43,4 Prozent der Leistung, die auf einem Arbeitsplatz in Berlin erbracht wurde, so waren es im Jahr 2000 bereits 85,0 Prozent und 2006 fast schon genau soviel (94,9 Prozent) (Abbildung 5).

Ergänzt man die Messung der Produktivität als Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Pro-Kopf-Produktivität) durch die Messung als Bruttoinlandsprodukt je geleistete Arbeitsstunde (Stundenproduktivität), um den Einfluss des unterschiedlichen zeitlichen Einsatzes der erwerbstätigen Personen zu erfassen, so ergibt sich ein anderes Bild. Die Wirtschaftsleistung, bezogen auf die Arbeitszeit, entwickelte sich günstiger als die Pro-Kopf-Leistung, verursacht durch die bereits beschriebene Veränderung in den Beschäftigungsverhältnissen.

So entwickelte sich in Berlin im Zeitraum 2000 bis 2006 die Wirtschaftsleistung pro Kopf der eingesetzten Erwerbstätigen rückläufig (-3,2 Prozent), pro Stunde der verausgabten Arbeitszeit aber positiv (+1,3 Prozent). In Brandenburg war im gleichen Zeitraum das Wachstumstempo der Leistung pro Arbeitsstunde deutlich höher (+12,4 Prozent) als bei der Leistung pro Kopf (+7,7 Prozent) (Abbildung 6).

Auf einem Arbeitsplatz in Berlin wurde 2006 pro Stunde eine Arbeitsleistung im Wert von 34,35 EUR erbracht. Das sind 83,6 Prozent des Bundesdurchschnitts (41,09 EUR) und nur 79,4 Prozent der Leis-

Abb. 6 **Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und je Arbeitsstunde in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern im Jahr 2006 gegenüber 2000**



tung eines Erwerbstätigen in den alten Bundesländern (ohne Berlin) (43,24 EUR).

Für einen Erwerbstätigen in Brandenburg errechnet sich eine Stundenleistung von 32,16 EUR und damit ein deutlicherer Abstand zu den alten Bundesländern (ohne Berlin) von rund einem Viertel. Im Vergleich zu den neuen Bundesländern (ohne Berlin) lag die Stundenleistung Brandenburgs knapp (+1,0 Prozent) über dem Durchschnitt (31,45 EUR).

Damit war der Abstand Brandenburgs zu den Vergleichswerten Berlins mit 6,4 Prozent größer als bei der Pro-Kopf-Produktivität mit 5,1 Prozent.

Wirtschaftsstruktur zunehmend von Dienstleistungen bestimmt

Die wirtschaftliche Umgestaltung, hin zu innovativ orientierten und wettbewerbsfähigen produzierenden Unternehmen und eines wachsenden Angebotes an Dienstleistungen, führte langfristig zu einer immer größeren Dominanz dienstleistungsorientierter Wirtschaftsbereiche im Wertschöpfungsprozess. In Brandenburg vollzog sich diese Entwicklung schneller als in Berlin, da die Ausgangsbedingungen sehr verschieden waren. Berlin hat historisch über Bedingungen verfügt – Berlin-Ost als Hauptstadt der ehemaligen DDR sowie als Stadtstaat und spätere Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland –, die schon immer mehr Dienstleistungen als im Nachbarland Brandenburg erforderten.

In Berlin war von 1991 bis 2006 bei insgesamt kaum gestiegener Bruttowertschöpfung (+3,4 Prozent) das Produzierende Gewerbe preisbereinigt um 29,0 Prozent zurückgegangen, während die Dienstleistungsbereiche einen Zuwachs um 11,9 Prozent verbuchen konnten. Dadurch fiel der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Berliner Bruttowertschöpfung von 27,1 Prozent im Jahr 1991 auf 18,3 Prozent im Jahr 2006. Dagegen trugen nunmehr die Dienstleistungsbereiche zu fast 82 Prozent zur Berliner Wertschöpfung bei; 1991 waren es noch rund 73 Prozent.

In Brandenburgs Wirtschaft mit einem abweichend von Berlin stärkerem Gewicht der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, darunter auch des Bergbaus, nahmen Dienstleistungen nach der Wende im Zuge der wirtschaftlichen Neuorientierung eine besonders rasante Entwicklung. 2006 war die Wertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen fast dreimal so hoch wie noch im Jahr 1991. Dagegen erhöhte sie sich im Produzierenden Ge-

werbe mit rund 80 Prozent vergleichsweise langsam. Im Ergebnis dieser ungleichen Entwicklung stieg der Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Wertschöpfung im Land Brandenburg von 60,4 Prozent (1991) auf 72,2 Prozent (2006) und der Anteil des Produzierenden Gewerbes nahm von 35,6 Prozent (1991) auf 25,6 Prozent (2006) ab.

Im Prozess der wirtschaftlichen Umgestaltung sind im Zeitraum 1991 bis 2006 gesamtwirtschaftlich per Saldo in Berlin 104 800 Arbeitsplätze (–6,3 Prozent) und in Brandenburg 178 400 (–15,0 Prozent) verloren gegangen.

Das Produzierende Gewerbe beschäftigte 2006 in beiden Ländern nur noch rund die Hälfte der erwerbstätigen Personen, die es zu Beginn der neunziger Jahre gab. In Berlin schrumpfte die Erwerbstätigenzahl um 54,6 Prozent auf 214 400 Personen und in Brandenburg um 48,4 Prozent auf 226 200 Personen. Damit waren 2006 in Berlin noch 13,7 Prozent aller Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe tätig, 1991 waren es noch 28,3 Prozent. In Brandenburg entfiel 1991 mehr als ein Drittel (36,7 Prozent) aller Erwerbstätigen auf das Produzierende Gewerbe, 2006 nicht mal mehr ein Viertel (22,3 Prozent). Insbesondere hat auch der brandenburgische Bergbau fast völlig an Bedeutung verloren. 1991 hatten hier immerhin noch 4 Prozent aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz. Nach Freisetzung von insgesamt rund 42 400 Beschäftigten liegt der Beschäftigtenanteil hier 2006 nur noch bei 0,5 Prozent.

Außer im Produzierenden Gewerbe wurden in der brandenburgischen Landwirtschaft langfristig 67 400 Erwerbstätige (–64,5 Prozent) frei gesetzt, so dass 2006 dieser Bereich nur noch 3,7 Prozent der Erwerbstätigen ausmachte (1991: 8,8 Prozent).

Die Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen insgesamt expandierte von 1991 bis 2006 in beiden Ländern, obwohl auch einzelne Bereiche, wie z.B. Verkehr und öffentliche Verwaltung, in Berlin außerdem der Handel sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe, in Brandenburg der Bereich Erziehung und Unterricht, ihr Personal reduzieren mussten. In Berlin stieg die Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen per Saldo um über 13 Prozent und in Brandenburg über 15 Prozent.

Mittlerweile gleiches Gewicht des Staates in Berlin und Brandenburg

Insbesondere auch der Bereich der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung entwickelte sich in beiden Ländern unterschiedlich. Der Beitrag zur Wirtschaftsleistung fiel im Zeitraum 1991 bis 2000 in Brandenburg (+27,7 Prozent) im Zuge des Neuaufbaus der Verwaltung preisbereinigt relativ stärker als in Berlin (+8,0 Prozent) aus. Dies geht auf die unterschiedlichen Einflüsse aus dem Abbau zentralstaatlicher Einrichtungen der ehemaligen DDR, der Umsetzung des Hauptstadtbeschlusses des deutschen Bundestages aus dem Jahr 1991 gegen Ende der neunziger Jahre durch Ansiedlung neuer Einrichtungen des Bundes, aber auch aus der Verlagerung von Behörden aus Berlin zurück. Die seit dem Jahr 2000 bis 2006 in beiden Ländern reduzierten preisbereinigten staatlichen Leistungen – um 9,3 Prozent in Berlin und 8,6 Prozent in Brandenburg – gingen

hauptsächlich auf die Politik der Sparmaßnahmen zurück. Im Vergleich zur Wirtschaftsleistung nahm von 1991 bis 2000 das Personal der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung in Berlin kaum zu (+0,9 Prozent) und sank in Brandenburg sogar (–2,6 Prozent). Anschließend waren bis 2006 beide Länder gleichermaßen vom starken Personalabbau betroffen (rund –9 Prozent). Insgesamt waren im Jahr 2006 in Berlin 13 500 Personen und in Brandenburg 12 600 Personen weniger als im Jahr 1991 beschäftigt.

Der Bereich der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung machte 2006 in Berlin bei Wertschöpfung und Beschäftigung rund 12 Prozent aller Dienstleistungen aus, nur gering weniger als 1991 (13 bzw. 14 Prozent). Dagegen verringerte sich in Brandenburg der Anteil der Wertschöpfung und Beschäftigung etwas, von rund 16 bzw. 17 Prozent im Jahr 1991 auf rund 13 Prozent 2006.

Bestimmende Rolle der Dienstleistungen für die Beschäftigung

Durch die langfristige Expansion der Dienstleistungsbereiche insgesamt waren 2006 fast 86 Prozent aller Erwerbstätigen in Berlin und 74 Prozent in Brandenburg als Dienstleister tätig. 1991 hatte deren Anteil in Berlin noch bei 71 Prozent und in Brandenburg bei 54 Prozent gelegen. Jedoch konnte die Ausweitung der Arbeitsplätze in Dienstleistungseinrichtungen die drastischen Beschäftigungskürzungen im Produzierenden Gewerbe nicht auffangen.

Im Ergebnis des Strukturwandels bestimmen heute mehr denn je Dienstleistungen die Entwicklung der Berliner und Brandenburger Wirtschaft, wenn auch mit Unterschieden. Der größte Beitrag an Dienstleistungen wird in beiden Ländern im Bereich des Grundstückswesens, der Vermietung und Unternehmensdienstleistungen erbracht. Dieser liegt in Berlin noch deutlich höher als in Brandenburg. Auch das Kredit- und Versicherungsgewerbe, das Gastgewerbe sowie die öffentlichen und privaten Dienstleister ohne Verwaltung sind in der Berliner Wirtschaft ausgeprägter. Der Bereich der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung hat ebenso wie der Handel in beiden Ländern ein ähnliches Gewicht. Dagegen verfügt Brandenburg über einen höheren Anteil des Bereichs Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Produzierendes Gewerbe mit Unterschieden in Struktur und Gewicht

Das auch heute noch gewichtigere Produzierende Gewerbe in Brandenburg im Vergleich zu Berlin betrifft hauptsächlich das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe. Der Beitrag des brandenburgischen Bergbaus zur gesamten Wirtschaftsleistung ist von rund 8 Prozent (1991) auf nur noch 0,8 Prozent (2006) gesunken.

Im Berliner Verarbeitenden Gewerbe werden hauptsächlich chemische Erzeugnisse, Erzeugnisse des Verlags- und Druckgewerbes sowie Geräte der Elektrizitätserzeugung hergestellt. Die Wertschöpfung dieser Bereiche macht heute zusammen rund 42 Prozent des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt aus, ihr Beschäftigtenanteil liegt bei rund 39 Prozent.

Im brandenburgischen Verarbeitenden Gewerbe dominieren der Sonstige Fahrzeugbau, die Metallherzeugung und -bearbeitung sowie Kokereien, die Mineralölverarbeitung und Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Bruttstoffen, die einen Anteil von rund 30 Prozent der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe auf sich vereinen. Neben der Herstellung von Metallzeugnissen sind es jedoch das Ernährungsgewerbe und der Maschinenbau, die mit rund 37 Prozent die meiste Beschäftigung bieten.

Das Baugeschehen in Berlin und Brandenburg leidet noch heute unter dem Abbau von Kapazitäten, die in der Euphorie der Nachwendzeit entstanden waren. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre fand mit Wertschöpfungszuwächsen in Berlin um fast 23 Prozent, in Brandenburg sogar um über 78 Prozent ein außergewöhnlicher Bauboom statt. Jedoch mussten seitdem Jahr für Jahr Einbußen hingenommen werden – von 1995 bis 2005 in Berlin und Brandenburg um je über 90 Prozent. Doch im Jahr 2006 profitierten die Baubetriebe in Brandenburg von der bundesweiten Erholung des Baugeschehens und konnten ihre Wirtschaftsleistung nach vielen Jahren wieder steigern (+ 3,0 Prozent) – ganz im Gegensatz zu Berlin (– 1,6 Prozent) (Tabelle).

Wirtschaftsentwicklung und Strukturwandel beeinflussten maßgeblich die wirtschaftliche Lage der Einwohner

Die Veränderungen in der Berliner und Brandenburger Wirtschaft betrafen die Bevölkerung der beiden Länder in unterschiedlichem Maße. Die Ausgangslage 1991 war dadurch charakterisiert, dass vom erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt Pro-Kopf der Bevölkerung in Berlin 18427 EUR, dagegen in Brandenburg nur 7660 EUR entfielen. Der niedrige Wert für Brandenburg überschritt damals sogar noch um

Tab. **Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in Berlin und Brandenburg 2006 nach Wirtschaftsbereichen**

Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen		Erwerbstätige	
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg
	Anteil in %			
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,3	+ 3,7
Produzierendes Gewerbe	+ 18,3	+ 25,6	+ 13,7	+ 22,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,5
Verarbeitendes Gewerbe	+ 12,1	+ 16,0	+ 8,3	+ 11,9
Energie- und Wasserversorgung	+ 3,1	+ 3,7	+ 0,8	+ 1,0
Baugewerbe	+ 3,0	+ 5,2	+ 4,5	+ 8,9
Dienstleistungsbereiche	+ 81,6	+ 72,2	+ 86,0	+ 74,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr ..	+ 17,1	+ 19,0	+ 23,2	+ 24,9
Handel; Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	+ 9,4	+ 8,5	+ 11,8	+ 14,4
Gastgewerbe	+ 2,4	+ 1,5	+ 5,7	+ 4,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 5,4	+ 9,0	+ 5,6	+ 6,3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	+ 33,8	+ 25,6	+ 22,4	+ 13,8
Kredit- und Versicherungsgewerbe ..	+ 5,1	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,9
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	+ 28,7	+ 23,1	+ 20,0	+ 11,9
Öffentliche und private Dienstleister ..	+ 30,6	+ 27,7	+ 40,3	+ 35,4
darunter Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung ..	+ 9,6	+ 9,4	+ 9,9	+ 9,6
Insgesamt	+ 100	+ 100	+ 100	+ 100

4,5 Prozent den Durchschnitt der neuen Bundesländer (ohne Berlin), aber erreichte nur 41,6 Prozent des Berliner Wertes. Dieser machte damals – gedrückt vom Ostteil der Stadt – aber auch nur 83,6 Prozent des Niveaus in den alten Bundesländern (ohne Berlin) aus.

2006 zeigte sich vor allem in Brandenburg eine wesentlich bessere Lage. Das Bruttoinlandsprodukt ist hier mit 43,8 Prozent von 1991 bis 2006 viel schneller als in Berlin gestiegen und verteilte sich auf eine kaum verringerte Bevölkerungszahl (-0,4 Prozent). In Berlin dagegen war die Bevölkerungszahl bei kaum gesteigener Wirtschaftsleistung (+1,7 Prozent) um 1,1 Prozent zurückgegangen. Der ProKopf-Wert erhöhte sich somit von 1991 bis 2006 in Berlin real um 2,8 Prozent, in Brandenburg um 44,8 Prozent. 2006 kam auf einen Berliner Einwohner ein Bruttoinlandsprodukt

Abb. 7 **Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern 1991 bis 2006**

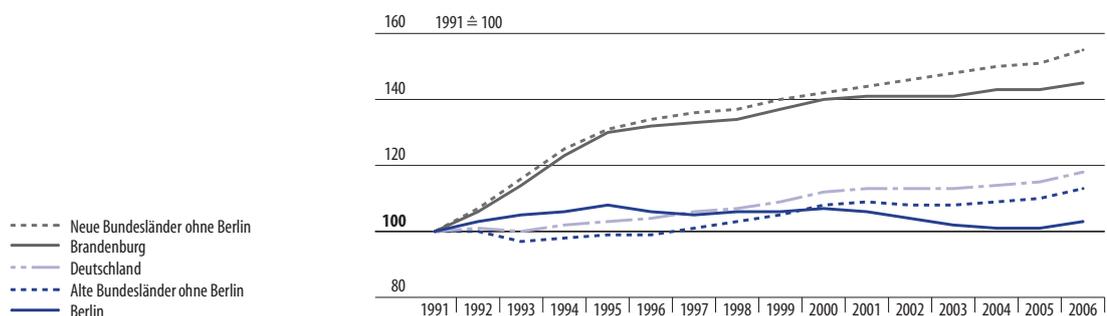


Abb. 8 Preisbereinigte private Konsumausgaben je Einwohner in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern 1991 bis 2004

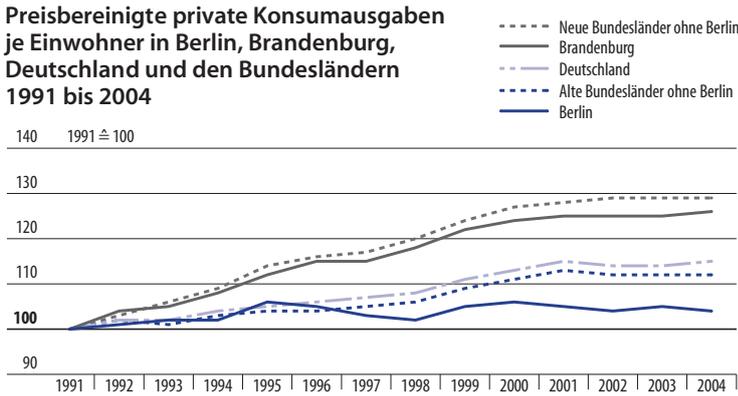


Abb. 9 Konsumquote¹ des Staates in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2004

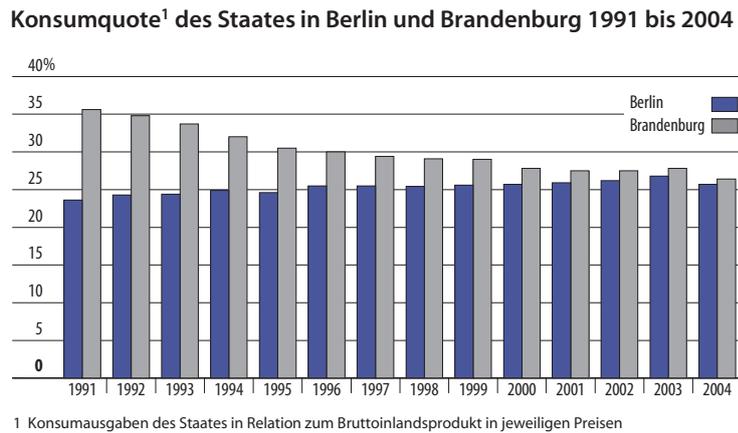


Abb. 10 Investitionsquote¹ in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2004

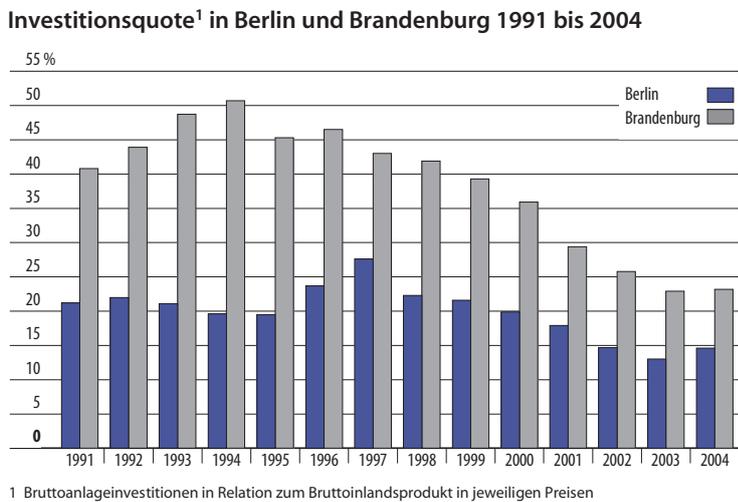
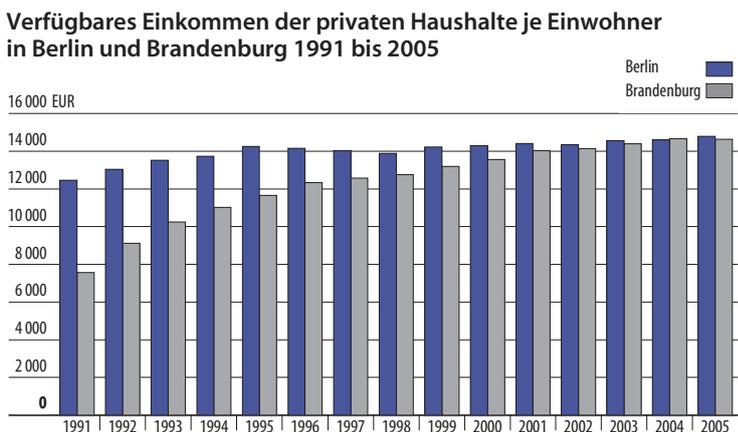


Abb. 11 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2005



von 23715 EUR und auf einen brandenburgischen Einwohner 19386 EUR, was nunmehr 81,7 Prozent des Berliner Wertes ausmachte. Dieser verschlechterte sich allerdings in der Relation zu den alten Bundesländern (ohne Berlin) auf 79,5 Prozent (Abbildung 7).

Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts klaffen in Brandenburg auseinander

Das in Berlin und Brandenburg erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt wurde im Inland zum größten Teil für Konsumausgaben der privaten Haushalte, des Weiteren für Konsumausgaben des Staates sowie zu investiven Zwecken verwendet. In Brandenburg übertraf die inländische Verwendung langfristig Jahr für Jahr die hier entstandene Wirtschaftsleistung, jedoch in abnehmenden Umfang. 1991 wurden im Vergleich zum erzielten Bruttoinlandsprodukt über zwei Drittel mehr verwendet, 2004 war es nur noch ein Fünftel. Dagegen war in Berlin die inländische Verwendung vergleichsweise nur in geringem Umfang höher als die Wirtschaftsleistung bzw. lag darunter wie in den Jahren 2002/2003.

Ausdruck dieser unterschiedlichen Verhältnisse in beiden Ländern sind die voneinander abweichenden Verwendungsstrukturen.

Private Konsumausgaben machten 1991 in Brandenburg 91,1 Prozent in Relation des Bruttoinlandsprodukts aus. Zuletzt im Jahr 2004 war dieser Anteil auf 70,9 Prozent gesunken. Die wesentlich niedrigere Konsumquote in Berlin verringerte sich im gleichen Zeitraum kaum (1991: 60,3 Prozent; 2004: 58,2 Prozent).

Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass Brandenburg, ausgehend von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau trotz der höheren Dynamik wirtschaftlicher Veränderungen, sich immer noch in großem Abstand zu Berlin und den alten Bundesländern befindet.

Für private konsumtive Zwecke konnten brandenburgische Einwohner 1991 im Durchschnitt pro Jahr nur 6975 EUR ausgeben, was rund 63 Prozent dessen entspricht, was ein Berliner Einwohner ausgab (11 108 EUR). Auch dessen Konsum lag damals 8 Prozent unter den Ausgaben eines Einwohners der alten Bundesländer (ohne Berlin). Durch die schnellere Erhöhung der Pro-Kopf-Ausgaben der brandenburgischen Haushalte von 1991 bis 2004 (preisbereinigt um rund 25 Prozent gegenüber der Zunahme in Berlin um rund 4 Prozent) war das Niveau der Konsumausgaben je Einwohner in Berlin (13 659 EUR) und im Land Brandenburg (13 388 EUR) weitgehend angeglichen. Die Schere zum Niveau in den alten Bundesländern (ohne

Abb. 12 **Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern 1991 bis 2005**

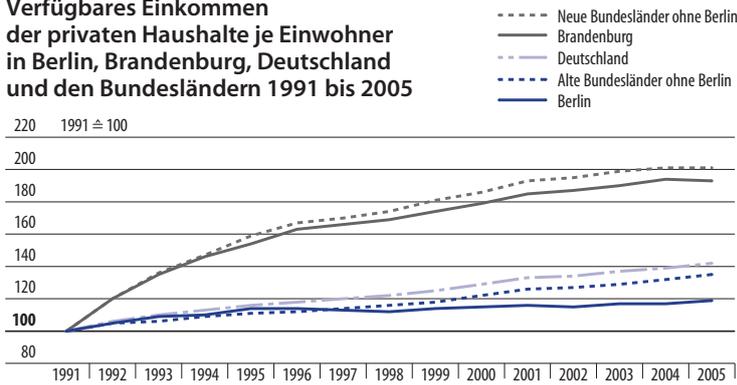
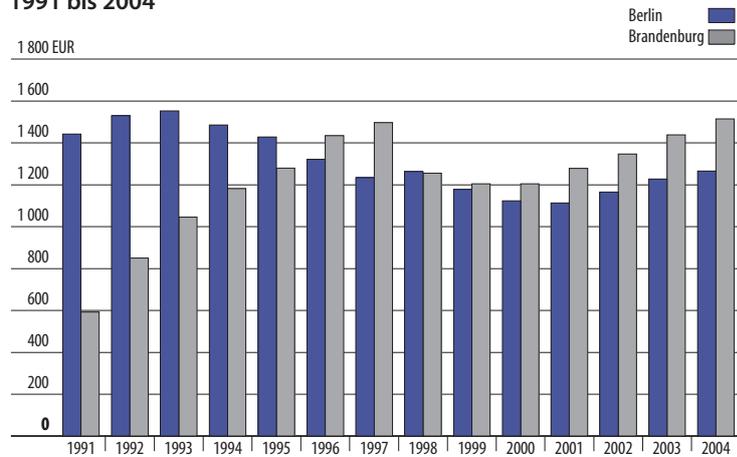


Abb. 13 **Sparen je Einwohner in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2004**



Berlin) hatte sich bis 2004 mit rund einem Fünftel für Berlin vergrößert und für Brandenburg verringert. Das lag vor allem an der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter, die im Durchschnitt für einen Arbeitnehmer in Brandenburg im vergleichbaren Zeitraum um die Hälfte, dagegen in Berlin nur um knapp ein Fünftel zulegten (Abbildung 8).

Für Konsumausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) wurde 2004 vom Bruttoinlandsprodukt in Berlin rund ein Viertel verwendet, wenig mehr als 1991. In dieser kaum veränderten Staatsquote bündeln sich unterschiedliche Entwicklungsfaktoren des Staatssektors in Berlin. Die restriktive Haushaltspolitik des Landes Berlin wurde überlagert von konsumtiven Ausgabenerweiterungen bei kaum gestiegenem Bruttoinlandsprodukt, auch als Folge verringerteter Staatsnachfrage. Anders verlief die Entwicklung in Brandenburg, wo die anfänglich hohe Staatsquote von über einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts zu Beginn der neunziger Jahre auf rund 26 Prozent im Jahr 2004 sank (Abbildung 9).

Für konsumtive Zwecke gab der Staat in Berlin 2004 pro Kopf der Bevölkerung gerechnet 5951 EUR aus; 36,9 Prozent mehr als 1991. In Brandenburg stieg dieser Betrag im gleichen Zeitraum um 82,1 Prozent auf 4965 EUR. Das sind 83,4 Prozent dessen, was in Berlin ausgegeben wurde. Während die Berliner Ausgaben damit um 18,3 Prozent den bundesweiten Durchschnitt weit übertrafen, lagen die Ausgaben im Land Brandenburg nahe bei (98,7 Prozent).

Die Verwendung des Bruttoinlandsprodukts für investive Zwecke liegt heute in beiden Ländern mit fast 12 Milliarden EUR etwa gleichauf. Zu diesem Ergebnis führten jedoch große Unterschiede in der Investitionstätigkeit. Während langfristig das Investitionsvolumen in Berlin von 1991 bis 2003 um rund 21 Prozent abnahm, legte es in Brandenburg um etwa 17 Prozent zu. Allerdings war in beiden Ländern 2004 erstmals wieder ein regelrechter Investitionsschub zu verzeichnen, nachdem die Investitionen schon seit 1997/1998 Jahr für Jahr heruntergefahren wurden.

Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt wurde in beiden Ländern jeweils ein unterschiedlicher Anteil für Investitionen verausgabt. Die Investitionsquote im Land Brandenburg, das Investitionsvolumen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, übertraf deutlich die Berliner Investitionsquote. In Brandenburg betrug sie 23,2 Prozent im Jahr 2004 (1991: 40,8 Prozent) und in Berlin 14,6 Prozent (1991: 21,2 Prozent).

In Deutschland lag die Investitionsquote im Jahr 2004 bei 17,4 Prozent (1991: 23,2 Prozent) (Abbildung 10).

Brandenburgische Einwohner in der Einkommensentwicklung besser gestellt

Unterschiede zwischen Berlin und Brandenburg bestehen nicht nur bei Entwicklung und Struktur der Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts, sondern auch bei den Einkommen.

Während das Arbeitnehmerentgelt in Berlin 2006 pro Kopf um 28,5 Prozent höher lag als das im Jahr 1991 geleistete, konnte es in Brandenburg mehr als verdoppelt werden. Die Unterschiede im Entgelt an einem Arbeitsplatz in Berlin und Brandenburg wurden dadurch zwar verringert, sind aber auch heute noch erheblich. Der Pro-Kopf-Wert beträgt in Berlin 32 586 EUR und in Brandenburg 27 129 EUR, also 16,7 Prozent weniger. Im Jahr 1991 war die Schere mit 42 Prozent noch deutlich größer.

Ein noch günstigeres Bild zeigt sich für Brandenburg nach Berücksichtigung der Entgelte der pendelnden Arbeitnehmer und aller Verteilungs- und Umverteilungsgrößen, wie hauptsächlich Sozialbeiträge und Steuern sowie Sozialleistungen bei den Einkommen, die den privaten Haushalten in Berlin und Brandenburg letztendlich zugeflossen sind und für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung stehen. Die Einkommensunterschiede sind weitgehend verschwunden. Ein Einwohner in Brandenburg hatte im Jahr 2006 mit 14 634 EUR kaum weniger als ein Berliner (14 797 EUR) zur Verfügung. Im Jahr zuvor war es sogar etwas mehr gewesen (Abbildung 11).

Während sich das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Brandenburg von 1991 bis 2005 nahezu verdoppelte, stieg es in Berlin nur um knapp ein Sechstel und lag damit weit unter der erreichten Erhöhung in Deutschland (+ 32,2 Prozent) und in den alten Bundesländern ohne Berlin (+ 28,4 Prozent). Dabei wirkte die leicht schrumpfende Bevölkerungszahl in Berlin (- 1,4 Prozent) bei fast unveränderter Zahl in Brandenburg für die Angleichung der brandenburgischen Einkommen noch erschwerend. Umgekehrt war es in den neuen Bundesländern (ohne Berlin), wo die Zahl der Einwohner von 1991 bis 2005 um 8,5 Prozent abnahm, in den alten Bundesländern (ohne Berlin) dagegen um 6,1 Prozent zunahm (Abbildung 12).

In Abhängigkeit von der Einkommensentwicklung der Berliner und brandenburgischen Haushalte war auch deren Verwendung für Konsum und Sparen unterschiedlich. Nach Abzug der Ausgaben für den Konsum verblieb der brandenburgischen Bevölkerung zum Sparen seit 1995 ein zunehmend größerer Teil als den Berlinern. Die Sparquote – die Relation des Sparvolumens erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche zum verfügbaren Einkommen – stieg in Brandenburg von 7,8 Prozent im Jahr 1991 auf 10,2 Prozent 2004, dagegen verringerte sie sich in Berlin im gleichen Zeitraum von 11,5 Prozent auf 8,5 Prozent. Konnten die Berliner im Ausgangsjahr 1991 noch 1 442 EUR auf die hohe Kante legen, waren es 2004 nur noch 1 265 EUR. Dagegen sparte im Durchschnitt ein brandenburgischer Einwohner 2004 etwa das 2,5-fache (1 515 EUR) des Betrages von 1991 (593 EUR) und damit mehr als ein Berliner (Abbildung 13).

Zusammenfassung

Berlin und Brandenburg erlebten nach dem ersten gemeinsamen Wirtschaftsjahr 1991 im vereinten Deutschland zunächst einen rasanten Aufstieg, nachdem mit der Grenzöffnung 1989 die Wirtschaft in der DDR zusammengebrochen war. Wirtschaftsentwicklung und Strukturwandel in Berlin und Brandenburg waren aber unterschiedlichen historisch geprägten Bedingungen und Voraussetzungen ausgesetzt. Berlin – überwiegend geprägt vom ehemaligen Berlin-West – profitierte anfänglich vom neuen Nachfrageboom aus dem wirtschaftlich deutlich schwächeren Berlin-Ost sowie dem ostdeutschen Umland. In Brandenburg erreichte das Wirtschaftswachstum, ausgehend von einem wesentlich niedrigeren Niveau der gesamtwirtschaftlichen Leistung, ein noch größeres Ausmaß als in Berlin. Mit dem Abklingen wirtschaftspolitischer Fördermaßnahmen und durch konjunkturelle Schwächephasen im längerfristigen Struktur-

wandel flachte der Aufholprozess in Brandenburg zwar stark ab, führte aber nicht, wie in Berlin, zu anhaltenden Rückgängen. Im Jahr 2006 erreichten schließlich beide Länder wieder einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung, aber unter dem Durchschnitt im Bundesgebiet liegend.

Strukturwandel in der Berliner und brandenburgischen Wirtschaft bedeutet einen massiven Ab- und Umbau traditionell gewachsener Strukturen hin zu innovativen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftseinheiten des produzierenden Gewerbes sowie moderner Dienstleistungen. Für Berlin bedeutete dies vor allem die Abkehr westdeutscher Unternehmen mit kapitalintensiver Produktion in Berlin und die Orientierung auf wissenschafts- und technologieintensive Bereiche. Für Brandenburg ging damit vor allem auch der Bedeutungsverlust des Bergbaus einher.

Die Neugestaltung der Wirtschaft hatte große Auswirkungen auf Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt in beiden Ländern. Die massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften im produzierenden Gewerbe führte zwar auch zur Abwanderung in Dienstleistungsbereiche, belastete aber in starkem Maße den Arbeitsmarkt. Langfristig konnten die Dienstleistungsbereiche als Wachstumsträger der Beschäftigung den Abbau von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe nicht kompensieren. Im Jahr 2006 allerdings löste der konjunkturelle Aufschwung, unterstützt von staatlichen Fördermaßnahmen, einen Anstieg der Erwerbstätigkeit aus, wobei die Zunahme in den Dienstleistungsbereichen die Abnahme im produzierenden Gewerbe bei weitem übertraf.

Unter dem Einfluss wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen vollzog sich im Prozess der wirtschaftlichen Neugestaltung auch ein Wandel der Beschäftigungsverhältnisse von traditionell sozialversicherter Beschäftigung in Vollzeit hin zu mehr Teilzeit-, selbstständiger sowie geringfügiger und staatlich geförderter Beschäftigung.

Die Wirtschaftsentwicklung in Berlin und Brandenburg wirkte sich unterschiedlich auf die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung aus. Im Vergleich zu Berlin war das Ausgangsniveau der Verdienste und Einkommen und folglich der Ausgaben für konsumtive und investive Zwecke der brandenburgischen Bevölkerung nach der Wende sehr niedrig, stieg aber wesentlich stärker als das der Berliner, bedingt auch durch einen hohen Einkommensüberschuss der Berufspendler nach Berlin. Dadurch fand eine starke Annäherung an das Niveau der Berliner statt. Die Berliner allerdings wurden infolge der deutlich schwächeren Entwicklung schlechter gestellt als im Durchschnitt Deutschlands und den alten Bundesländern.

Elke Zimmer

Die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte in den Ländern Berlin und Brandenburg – Haushalte heute –



Vorbemerkungen

Mit der Dauerstichprobe (DSP) steht der amtlichen Statistik heute ein Instrument zur Verfügung, das es ermöglicht, freiwillige Befragungen privater Haushalte und Personen flexibel und in hoher Qualität durchzuführen. Die neuen sozial- und wirtschaftspolitischen Anforderungen führten

Im Jahr 2004 haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder begonnen, eine Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte „Haushalte heute“ aufzubauen. Die Dauerstichprobe ist eine freiwillige Zusammenarbeit zwischen privaten Haushalten und der amtlichen Statistik. Die aus Berlin und Brandenburg an der Dauerstichprobe teilnehmenden Haushalte entscheiden sich grundsätzlich dafür, von Zeit zu Zeit auf freiwilliger Basis an Erhebungen der amtlichen Statistik in den Ländern Berlin und Brandenburg teilzunehmen. Die Dauerstichprobe bildet damit eine Auswahlgrundlage für die Stichprobenziehung freiwilliger Haushalts- und Personenbefragungen, die wesentlich höhere Ausschöpfungsquoten ermöglicht als bei vergleichbaren Erhebungen mit herkömmlichen Verfahren. Mit diesem Beitrag soll die Rolle der Dauerstichprobe im System der amtlichen Haushaltsstatistiken dargestellt und die methodische Konzeption sowie ihre Einsatzmöglichkeiten beschrieben werden.

in den letzten Jahren zu einem kontinuierlichen Anstieg des Bedarfs an aktuellen und zuverlässigen statistischen Informationen. Um diesen Informationsbedarf zu den verschiedensten Themen besser gerecht werden zu können, wurde mit dem Aufbau der DSP in den Bundesländern begonnen. Der Aufbau der DSP befragungsbereiter Haushalte bietet für die amtliche Statistik wichtige Vorteile. Freiwillige Haushalts- und Personenbefragungen haben immer stärker mit einer sinkenden Teilnahmebereitschaft zu kämpfen. Um die erforderlichen Stichprobenumfänge zu erreichen, musste in den letzten Jahren eine erheblich größere Anzahl von Haushalten um ihre Teilnahme gebeten werden. Dies verursacht höhere Kosten und steigert den Aufwand in Bund und Ländern. Dagegen kann man bei Haushalten der DSP, die sich zu einer Teilnahme an freiwilligen Erhebungen bereit erklärt haben, von höheren Ausschöpfungsquoten und damit von einer Kosten- und Zeitersparnis bei gleichzeitiger Verbesserung der Aktualität der Ergebnisse ausgehen. Insbesondere Ad-hoc-Erhebungen können auf Basis der DSP sehr flexibel als Zufallsstichprobe durchgeführt werden.

Darüber hinaus bietet die DSP erhebliches Potenzial für die Verbesserung des Informationsangebotes über private Haushalte sowie für die Weiterentwicklung der Haushaltsstichproben in der amtlichen Statistik. Die Vorteile für das System der Haushaltsstichproben bestehen in der Möglichkeit der Standardisierung der unterschiedlichen Erhebungen, der weiteren konzeptionellen Harmonisierung sowie der Flexibilisierung des Systems der Erhebungen.

Zurückzuführen ist der Aufbau der DSP letztendlich auf die seit 2005 als Zufallsstichprobe durchzuführende europäische Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC (European Survey on Income and Living Conditions). Basierend auf den Ergebnissen einer Pilotstudie von 2000 bis 2003, an der sich auch der ehemalige Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg beteiligt hat, haben die Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder beschlossen, für die Durchführung von EU-SILC die DSP aufzubauen. Darüber hinaus sieht dieser Beschluss vor, dass die DSP auch für weitere Erhebungen genutzt werden soll. Nur so kann das Potenzial der DSP voll ausgeschöpft werden und ihre Wirtschaftlichkeit steigen.

Nach einem Überblick über das Gesamtkonzept der DSP wird in den nachfolgenden Ausführungen auf die Nutzungsmöglichkeiten der DSP für aktuelle und künftige Befragungen eingegangen. Hierzu werden die bisher für Berlin und Brandenburg vorliegenden Anwerbungsergebnisse und die Erhebungen, für die DSP derzeit genutzt wird, dargestellt.

Gesamtkonzept

Die DSP wird aufgebaut, um eine flexible nutzbare Auswahlgrundlage für die Durchführung freiwilliger Haushalts- und Personenbefragungen zur Verfügung zu haben. Die Datenbank der DSP enthält Haushalte und Personen, die sich bereit erklärt haben, an derartigen Erhebungen der amtlichen Statistik teilzunehmen. Gewonnen werden diese Haushalte aus dem Mikrozensus.

Die Nutzung des Mikrozensus ist der entscheidende Vorteil für die Gewinnung hochwertiger Stichproben. Da die Haushalte ausschließlich aus dem Mikrozensus angeworben werden und damit nur Haushalte in die DSP gelangen, die nach dem Zufallsverfahren ausgewählt worden sind, kann die DSP für die Ziehung von Zufallsstichproben verwendet werden. Zufallsstichproben sind den Quotenstichproben methodisch überlegen und werden von Eurostat verstärkt gefordert.

Die DSP soll im System der Haushaltsstichproben auf vielfältige Weise genutzt werden. Sie muss daher unterschiedlichsten Anforderungen gerecht werden und dabei zahlreiche Aspekte sowohl in fachlich-methodischer als auch in technisch-organisatorischer Hinsicht beachten. Sie soll möglichst effizient aufgebaut und gepflegt werden sowie einfach zu handhaben sein. Für die Schichtung der Stichprobe und für Zwecke der Hochrechnung werden Profildaten der Teilnehmer sowie Informationen zur Teilnahme an Erhebungen in der Datenbank der DSP geführt.

Der Aufbau und die Pflege der DSP werden von den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Das Statistische Bundesamt übernimmt in Abstimmung mit den Statistischen Landesämtern die Koordination, die Bearbeitung methodischer Fragen sowie die konzeptionelle Weiterentwicklung der DSP. Die Entwicklung und Pflege der Datenbankanwendung erfolgt im Rahmen der Verbundprogrammierung durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg.

Die für Aufbau, Pflege und Nutzung der DSP erforderlichen Arbeitsschritte umfassen im Wesentlichen die Anwerbung der Haushalte, die Übernahme aus dem Mikrozensus, die Aktualisierung der Profildaten, die Weiterverfolgung von Haushalten und Personen, die Kontaktpflege mit den Haushalten sowie die Nutzung der DSP für die Stichprobenziehung. Die Qualität der DSP und die der daraus gezogenen Stichproben hängen von jedem einzelnen Arbeitsschritt und dem Funktionieren ihres Zusammenspiels ab.

Anwerbung

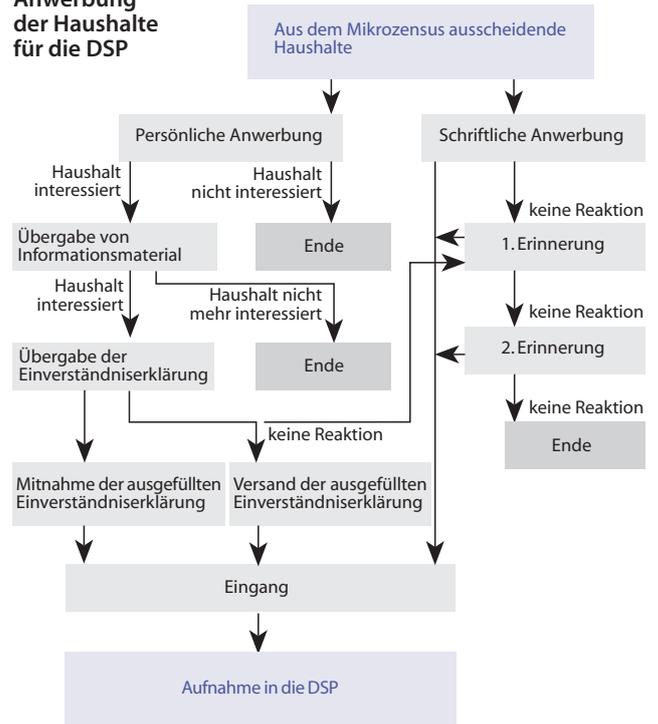
Für die DSP werden private Haushalte, die am Mikrozensus teilgenommen haben und in der Regel nach vier Jahren ausscheiden, geworben. Die Anwerbung erfolgt nach dem Abschluss ihres letzten Mikrozensusinterviews. Da jedes Jahr grundsätzlich alle Haushalte, die in dem betreffenden Jahr aus dem Mikrozensus ausscheiden, in die Anwerbung einbezogen werden, stellt die DSP eine ständig wachsende Auswahlgrundlage dar.

Die überwiegende Zahl der Haushalte wird persönlich, direkt im Anschluss an das letzte Mikrozensusinterview, durch speziell dafür geschulte Mikrozensus-Interviewer angeworben. Die Erfahrungen der Piloterhebung haben gezeigt, dass die persönliche Anwerbung durch die den Haushalten bekannte und geschulte Interviewer am besten dafür geeignet ist.

Bei der Anwerbung wird der Haushalt über die DSP informiert. Bringt der Haushalt nicht deutlich seine Ablehnung zur DSP zum Ausdruck, erhält er zusätzlich schriftliches Informationsmaterial. Haushalte, die auf diesem Weg nicht angesprochen werden können, werden nach Eingang des Mikrozensusfragebogens durch das Statistische Landesamt schriftlich angeworben.

Die Haushalte werden nur dann in die DSP aufgenommen, wenn alle Haushaltsmitglieder an der DSP teilnehmen. Dazu ist von allen volljährigen Haushaltsmitgliedern eine Einverständniserklärung zu unterschreiben. Für Minderjährige ist die Unterschrift eines Erziehungsberechtigten ausreichend.

Anwerbung der Haushalte für die DSP



Die Haushalte haben die Möglichkeit, diese Einverständniserklärung unmittelbar im Anschluss an das Anwerbegespräch zu unterschreiben. Sollte der Haushalt noch unentschieden oder nicht alle Haushaltsmitglieder anwesend sein, erhält der Haushalt ein frankiertes Antwortkuvert, mit dem er die Einverständniserklärung an das Statistische Landesamt senden kann.

Mit der Unterschrift auf der Einverständniserklärung erklären sich die Haushalte nicht nur bereit, an der DSP teilzunehmen, sondern erteilen dem Statistischen Landesamt auch ihr Einverständnis zur Übernahme von Informationen aus dem letzten Mikrozensusinterview in die DSP (Profilm Merkmale).

Erfolgt von Haushalten, die persönlich oder schriftlich angeworben wurden, keine Reaktion, werden diese zweimal erinnert. Erst wenn danach erneut keine Reaktion erfolgt, werden diese Haushalte als nicht teilnahmebereit in der Datenbank geführt.

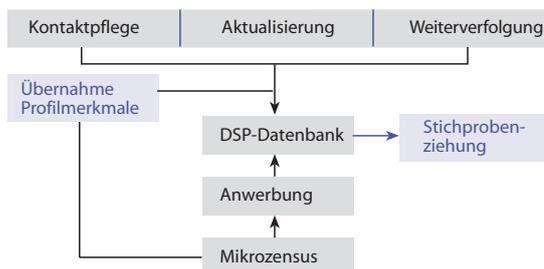
Übernahme und Aktualisierung der Profilm Merkmale

Neben der Anschrift, den Telefonnummern und der E-Mail-Adresse des Haushalts werden von den teilnahmebereiten Haushalten und Personen soziodemografische Profilm Merkmale aus der letzten Mikrozensusbefragung übernommen und in die DSP-Datenbank gespeichert.

Übersicht über die Profilm Merkmale der DSP

- Anzahl der Personen,
- Haushaltsnettoeinkommen,
- Haushaltstyp,
- Soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers,
- Anzahl der Kinder unter 18 Jahren,
- Anzahl der Kinder von 18 bis 27 Jahren,
- Landwirtschaftshaushalte,
- Geschlecht,

Gesamtkonzept der DSP



- Geburtsmonat,
- Geburtsjahr,
- Alter,
- Familienstand,
- Staatsangehörigkeit,
- Stellung zum Arbeitsmarkt – Selbsteinschätzung,
- Erwerbstätigkeit,
- Stellung im Beruf,
- Normalerweise geleistete Arbeitszeit je Woche,
- Höchster allgemeiner Schulabschluss,
- Höchster beruflicher Ausbildungs- oder Hochschul-/ Fachhochschulabschluss,
- Höhe des persönlichen Nettoeinkommens je Haushaltsmitglied,
- Haupteinkommensbezieher unter den teilnehmenden Personen,
- Beziehung zur ersten Person im Haushalt,
- Datum der letzten Aktualisierung der Profildaten,
- Gemeindekennziffer,
- Kennzeichnung des aktuellen Bundeslandes des Haushaltes.

Für die Schichtung von Stichproben, die aus der DSP gezogen werden, sowie für Zwecke der Hochrechnung ist die Speicherung der Profilmerekmale notwendig. Darüber hinaus können die Profilmerekmale auch für Schätzungen der Teilnahme- und Bleibewahrscheinlichkeiten genutzt werden.

Damit die Profilmerekmale für die aus der DSP gezogenen Erhebungstichproben möglichst aktuell vorliegen, werden sie einmal jährlich aktualisiert. Um die Haushalte so wenig wie möglich zu belasten, findet diese Aktualisierung – soweit möglich – im Zusammenhang mit Erhebungen, die aus der DSP gezogen werden, statt. Nur wenn die Haushalte innerhalb eines Jahres an keiner dieser Erhebungen teilnehmen, werden ihre Profilmerekmale im Rahmen einer jährlichen separaten Profildatenaktualisierung aktualisiert. Dies erfolgt im Rahmen einer schriftlichen Befragung, bei der die Haushalte kurze Haushalts- und Personenfragen erhalten und beantworten.

Die Übernahme von Profilmerekmalen aus dem Mikrozensus und ihre Aktualisierung im Zusammenhang mit Erhebungen, an denen die Haushalte teilgenommen haben, führen zu einer deutlichen Reduzierung der Belastung der Befragten.

Weiterverfolgung

Die Haushalte in der DSP werden für eine auf einen längeren Zeitraum angelegte Zusammenarbeit mit der amtlichen Statistik angeworben. Daher ist es wichtig, Haushalte der DSP weiterzuverfolgen. Davon ausgenommen sind alle Haushalte und Personen, die

- bei mehreren Erhebungen ihre Teilnahme verweigern,
- die separate Profildatenaktualisierung verweigern,
- ihren Hauptwohnsitz dauerhaft in einen Anstalts-haushalt oder ins Ausland verlegen,
- ihren Austritt aus der DSP erklären.

Beim Umzug von Haushalten in ein anderes Bundesland werden ihre Daten an das neue zuständige Statistische Landesamt übergeben. Werden Haushalte nach ihrem Umzug nicht mehr erreicht, werden sie als ausgetretene Haushalte gekennzeichnet und nicht mehr für Stichprobenziehungen verwendet.

Verlassen Haushaltsmitglieder den Haushalt, so bilden diese einen so genannten Split-Haushalt, der als eigenständiger Haushalt weiterverfolgt wird.

Ebenfalls weiterverfolgt werden Haushalte und Personen, die lediglich für eine bestimmte Zeit in einen Anstalts-haushalt (z. B. Krankenhaus und Bundeswehr) oder ins Ausland umziehen. Für diesen Zeitraum wird die Teilnahmebereitschaft als unterbrochen in der DSP gekennzeichnet und nach der Rückkehr wird der Haushalt schriftlich kontaktiert.

Haushaltsmitglieder, die bei der Anwerbung minderjährig waren, müssen bei Erreichen der Volljährigkeit erneut eine Einverständniserklärung erhalten und unterschreiben. Sollte diese Person nicht ihr Einverständnis geben, so ist diese als ausgetreten in der DSP zu vermerken. Der Haushalt als solcher ist dann zwar nicht mehr vollständig, wird aber nicht aus der DSP entlassen.

Für zugezogene oder neugeborene Haushaltsmitglieder erhält der bereits in der DSP bestehende Haushalt erneut eine Einverständniserklärung. Nach Vorlage der unterschriebenen Erklärung werden die neuen Personen als teilnehmende Personen zum Haushalt dazu getragen.

Kontaktpflege

Um die Haushalte möglichst lange für eine Teilnahme an der DSP zu interessieren, insbesondere wenn sie noch nicht an Erhebungen teilgenommen haben, und um einen stets aktuellen Adressbestand zu gewährleisten, ist es wichtig, die Haushalte regelmäßig zu kontaktieren.

Alle Haushalte der DSP werden daher mindestens zweimal jährlich angeschrieben. Im Sommer des jeweiligen Jahres erhalten sie einen Newsletter mit aktuellen Informationen über die DSP und Ergebnisse der Erhebungen, die aus der DSP gezogen wurden. Zu Weihnachten wird eine speziell für die DSP entwickelte Weihnachtskarte verschickt.

Datenhaltung

Für den Aufbau und die Durchführung der DSP wurde eine Datenbank geschaffen, die die Datenhaltung, Aktualisierung sowie die Panelpflege ermöglicht. Gleichzeitig soll sie die Anwerbung unterstützen.

Aufgrund des föderalen Systems der amtlichen Statistik wird die Datenbank getrennt in den Statistischen Landesämtern geführt. Die Datenübertragung zwischen den Statistischen Landesämtern, z. B. bei Umzügen zwischen den Bundesländern, erfolgt mit dem sicheren Verfahren DVE (DatenVersandEmpfang) des Statistischen Bundesamtes.

Um den vielfältigen Anforderungen der Aufgaben der DSP gerecht zu werden, besteht die Datenbank aus den drei Bereichen:

- Haushalte,
- Personen,
- Erhebungen.

Der Bereich „Haushalte“ enthält alle Informationen, die zur Anwerbung und Pflege der Haushalte notwendig sind. Darüber hinaus werden hier haushaltsbezogene Profilmerekmale gespeichert. Die personenbezogenen Profilmerekmale enthält der Bereich „Personen“. Im Bereich „Erhebungen“ werden alle Informationen der einzelnen Erhebungen geführt. Ebenso wird hier

die Teilnahme oder Nichtteilnahme der für eine Erhebung ausgewählten Haushalte und Personen verzeichnet.

Anwerbungsergebnisse

Im Jahr 2004 wurde erstmals bundesweit für die DSP angeworben, wobei in Berlin und im Land Brandenburg jeweils rund 400 Haushalte ihre Teilnahmebereitschaft erklärten. Gemessen an allen im Jahr 2004 aus dem Mikrozensus ausgeschiedenen Haushalten entsprach dies für Berlin einer Teilnahmequote von 11,0 Prozent und für Brandenburg von 14,3 Prozent. Damit lagen Berlin und Brandenburg 2004 über der bundesweiten Teilnahmequote von 9,4 Prozent.

2005 konnten weitere Haushalte für eine Teilnahme an der DSP gewonnen werden. In Berlin kamen 355 Haushalte und im Land Brandenburg 366 Haushalte dazu. Gemessen an den Teilnahmequoten lief die Anwerbung im Land Brandenburg noch etwas besser als im Jahr zuvor. In Berlin ging die Teilnahme 2005 gegenüber 2004 zurück.

Tab. 1 **DSP-Anwerbung in Berlin und Brandenburg 2004 und 2005**

DSP – Anwerbung	Teilnahmequote	
	2004	2005
	%	
Berlin.....	+ 11,0	+ 9,4
Brandenburg.....	+ 14,3	+ 14,6
Bundesdurchschnitt.....	+ 9,4	+ 10,6

Die Haushalte, die sich zu einer Mitarbeit an der DSP bereit erklärt haben, spiegeln im Wesentlichen die Struktur der Haushalte in Berlin und Brandenburg wider. Vergleicht man die Zusammensetzung der Haushalte in der DSP 2005 mit denen im Mikrozensus 2004 nach verschiedenen Merkmalen, sind insgesamt keine gravierenden Unterschiede festzustellen. Es gibt zwar gewisse Zerrungen, die aber keinesfalls die Nutzung der DSP infrage stellen.

Unterteilt man die Haushalte nach dem Haushaltstyp oder nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers, so sind sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg kaum Abweichungen zur Verteilung des Mikrozensus festzustellen.

Haushalte, die sonst bei Befragungen schwer zu erreichen sind, wie z. B. Allein Erziehende, waren 2005 in Berlin und Brandenburg überdurchschnittlich gut in der DSP vertreten. Auch Paare mit mindestens einem Kind waren sehr gut in der DSP repräsentiert. Paare ohne Kinder und sonstige Haushalte konnten 2005 dagegen in beiden Ländern nur unterdurchschnittlich für die DSP gewonnen werden. Bei den sonstigen Haushalten handelt es sich insbesondere um Haushalte mit Kindern über 18 Jahre, die anscheinend nur schwer für eine Teilnahme an einer amtlichen Statistik zu gewinnen sind (Abbildung 1).

Bei der Betrachtung nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers zeigte sich, dass 2005 sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg die Haushalte von abhängig Beschäftigten überdurchschnittlich gewonnen werden konnten. In Berlin sind auch Haushalte von sonstigen Nichterwerbstätigen gut in der DSP vertreten. Dagegen ist die Teilnahmebereitschaft bei Selbstständigen in beiden Ländern

deutlich geringer. Auch bei Rentnern und Pensionären war 2005 überraschender Weise – sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg – eine unterdurchschnittliche Teilnahmebereitschaft zu verzeichnen (Abbildung 2).

Auch die unterschiedlichen Haushaltsgrößen sind in beiden Ländern in der DSP wiederzufinden. Während sich in Berlin 2005 in besonderem Maße Singlehaushalte und Haushalte mit drei Personen bereit erklärten, an der DSP teilzunehmen, waren im Land Brandenburg insbesondere größere Haushalte mit 4 und mehr Personen überdurchschnittlich an einer Mitarbeit an der DSP interessiert (Abbildung 3).

Auch im Jahr 2006 ist die DSP weiter gewachsen. Im 1. Halbjahr konnten für Berlin und Brandenburg schon jeweils mehr als 200 Haushalte für eine Teilnahme an der DSP gewonnen werden. Obwohl noch keine endgültigen Ergebnisse für 2006 vorliegen, ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung auch im 2. Halbjahr 2006 fortgesetzt hat, so dass mittlerweile bis Anfang 2007 – sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg – jeweils mehr als 1 000 Haushalte in der DSP enthalten sind.

Nutzung der DSP

Die DSP kann grundsätzlich – sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene – für Haushalts- und Personenerhebungen genutzt werden. Die Nutzungsmöglichkeiten sind vielfältig und erstrecken sich auf alle Themenbereiche der Befragung von Haushalten und Personen im Rahmen der amtlichen Statistik.

Die wesentliche Grundvoraussetzung für die Durchführung von Erhebungen mit einer Stichprobenziehung aus der DSP ist die freiwillige Auskunftserteilung für diese Statistiken. Darüber hinaus hängt die Stichprobenziehung aus der DSP vom Stichprobenumfang und den Schichtungsvorgaben der durchzuführenden Erhebung ab.

Wie anfangs bereits erwähnt, wird die DSP seit 2005 für die neue Europäische Statistik EU-SILC genutzt. EU-SILC soll europaweit Informationen über die Lebensbedingungen und die Einkommenssituation der Menschen zur Verfügung stellen. Hierzu werden z. B. Angaben zur Erwerbssituation, zum Auskommen mit dem Einkommen, zur Kinderbetreuung, zur Gesundheit oder zu den Wohnbedingungen erhoben.

Der Stichprobenumfang von EU-SILC beträgt für Berlin 681 und für das Land Brandenburg 440 Haushalte. Da es der Umfang der DSP 2005 in Deutschland noch nicht gestattete, den gesamten Stichprobenumfang aus der DSP zu sichern, wurde zunächst nur ein Teil der Haushalte (ein Viertel) für EU-SILC aus der DSP gezogen. Die übrigen drei Viertel wurden als Quotenstichprobe realisiert. Jedes darauf folgende Jahr wird ein Viertel der Quotenstichprobe durch weitere Haushalte aus der DSP ersetzt, so dass die Stichprobe EU-SILC erstmals im Jahr 2008 vollständig aus der DSP gewonnen wird.¹

¹ Vgl.: Zimmer, Elke, „Leben in Europa – Eine neue Befragung zu Einkommen und Lebensbedingungen in den Ländern der Europäischen Uni-

on“; in: Daten und Analysen, Quartalsheft, Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg, Heft I/2005, S. 25 - 29.

Haushalte in der Dauerstichprobe 2005 und im Mikrozensus 2004...

Abb. 1 ...nach Haushaltstyp

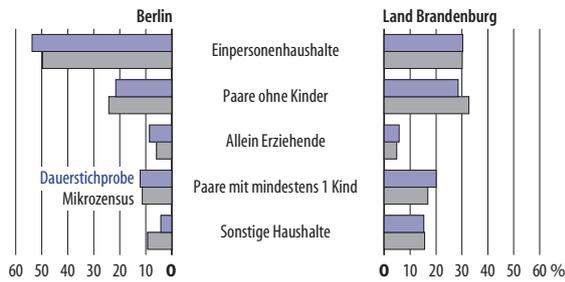


Abb. 2 ...nach der sozialen Stellung des Haupteinkommenbeziehers

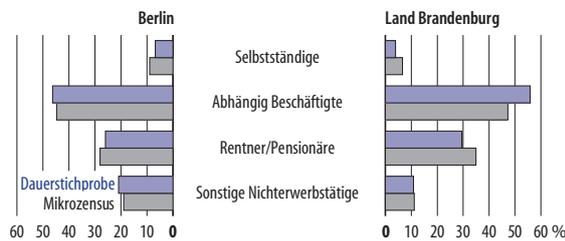
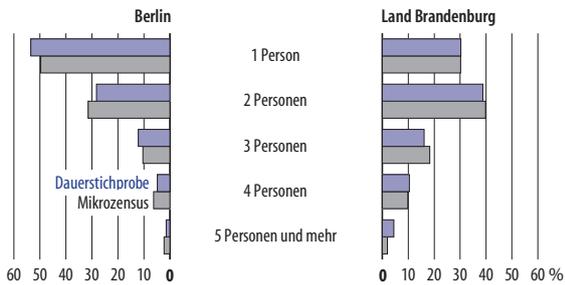


Abb. 3 ...nach der Haushaltsgröße



Eine weitere Erhebung, für die die DSP als Auswahlgrundlage genutzt wird, ist die Europäische Umfrage zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. Diese Erhebung stellt Aussagen über die Nutzung von Computern und des Internets sowie den Zugangsmöglichkeiten zu diesen Technologien zur Verfügung. Hier beträgt der Stichprobenumfang für Berlin 587 und für das Land Brandenburg 376 Haushalte, die weitestgehend aus der DSP herangezogen werden.

Die wachsende Zahl von teilnehmenden Haushalten erlaubte es im Jahr 2006, die DSP für eine weitere Erhebung heranzuziehen. Es handelt sich dabei um die erste personenbezogene Befragung „Demografische Grunddaten zur Geburtenentwicklung“. Diese Erhebung richtete sich ausschließlich an Frauen im Alter zwischen 16 und 75 Jahren, die zur Kinderzahl, Kinderwunsch und Geburtenfolge befragt wurden.

Durch die weitere laufende Neuanwerbung von Haushalten wird die DSP als Auswahlgrundlage für die bereits jetzt auf der DSP basierenden Erhebungen EU-SILC und IKT ständig erweitert. Durch die Einbeziehung anderer neuer Haushalte wird eine Entlastung der Haushalte ermöglicht. Gleichzeitig wird die Voraussetzung geschaffen, in der Zukunft für weitere Erhebungen die Vorteile der DSP nutzen zu können.

Erst die Nutzung der DSP als Standardinstrument für verschiedene Erhebungen ermöglicht es, ihr Potenzial voll auszuschöpfen und ihre Vorteile für das System der amtlichen Haushaltserhebungen insgesamt zu nutzen.

Ausblick

Trotz der einheitlichen Methodik der Anwerbung sind die Anwerbungserfolge, wie auch die bisherigen Ergebnisse für Berlin und Brandenburg zeigen, in den einzelnen Bundesländern noch sehr unterschiedlich. Während in einigen Ländern bereits Teilnahmequoten von nahezu 20 Prozent erreicht werden, liegen sie in anderen weit unter 10 Prozent.

Ein Hauptgrund dafür wird in der unterschiedlichen Vorbereitung und Durchführung der Schulungen der Interviewer des Mikrozensus für die DSP-Anwerbung gesehen. Daher gilt es in den nächsten Jahren als wichtigste Aufgabe beim weiteren Aufbau der DSP, die besten Vorgehensweisen für die Schulungen herauszuarbeiten und bundesweit einheitlich anzuwenden. Ziel der Anwerbung in den kommenden Jahren ist, bundesweit Teilnahmequoten von deutlich mehr als 10 Prozent zu erzielen. Für die Anwerbungsjahre 2006 und 2007 wird in Berlin und Brandenburg von ähnlichen oder besseren Teilnahmequoten ausgegangen wie für 2004 und 2005. Bei einem angestrebten jährlichen Zuwachs von 400 bis 500 Haushalten sollten Anfang des Jahres 2008 in Berlin etwa 2 500 und im Land Brandenburg etwa 2 000 Haushalte zur Stichprobenziehung aus der DSP zur Verfügung stehen.

Durch die Bildung des gemeinsamen Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zum 1. Januar 2007 und die damit verbundene Aufgabenübertragung für die Durchführung der DSP in beiden Ländern an einen gemeinsamen Verantwortungsbereich, sind dafür die besten Voraussetzungen gegeben.

Gertraud Nennung

Die allgemeinbildenden Schulen in Berlin und Brandenburg

– Auswirkungen des Geburtenrückgangs 1991 bis 1994 in Ostdeutschland –

Die Öffnung der innerdeutschen Grenze 1989 und die wirtschaftliche und politische Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990 hat – neben anderen tief greifenden Veränderungen – auch einen Einbruch der Geburtenzahlen im Beitrittsgebiet ausgelöst. Von 1990 auf 1991 ging die Zahl der Lebendgeborenen in Ostdeutschland um rund 40 Prozent zurück, und bis 1994 sank die Zahl auf weniger als die Hälfte des Niveaus von 1990¹. Seitdem ist eine gewisse Erholung eingetreten; die Geburtenzahlen von 1990 sind jedoch bislang in den neuen Bundesländern nicht wieder erreicht worden. Der vorliegende Beitrag beschreibt Folgen dieses demografischen Umbruchs für die allgemeinbildenden Schulen in Berlin und Brandenburg. Wie gehen die beiden Länder mit sinkenden Schülerzahlen um, welche Anpassungen erfolgen bei Klassenfrequenzen und Schulgrößen, beim regionalen Schulangebot und der Gliederung des Schulsystems, was folgt daraus für die Beschäftigung der Lehrkräfte. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Betrachtung nach Regionen. Abschließend folgt ein kurzer Ausblick auf den Ausbildungsstellenmarkt und die ab 2007 sinkende Erstanfrage nach Lehrstellen.

Schulsysteme in verschiedenen Bundesländern unterschiedlich

Wer über Schulen in mehr als einem Bundesland berichten will, ist sofort mit der Tatsache konfrontiert, dass das Schulrecht in Deutschland in der Zuständigkeit der Länder liegt, und die Schulsysteme der Bundesländer daher mehr oder weniger unterschiedlich ausgestaltet sind. Allerdings sorgt die Abstimmung über die Kultusministerkonferenz (KMK) für ähnliche Grundstrukturen und insbesondere dafür, dass wichtige Schulabschlüsse wechselseitig anerkannt werden. Überdies sind in der bundeseinheitlichen Schulstatistik (Statistisches Bundesamt und KMK) einheitliche Bezeichnungen und Abgrenzungen definiert, die es erlauben, vergleichbare Bildungsgänge in etwa vergleichbar darzustellen. So heißen zum Beispiel der „mittlere Schulabschluss“ aus Berlin und die „Fachoberschulreife“ bzw. die „Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe“ aus Brandenburg in der bundeseinheitlichen Schulstatistik schlicht „Realschulabschluss“².

Die allgemeinbildenden Schulen in Berlin und Brandenburg haben trotz föderaler Unterschiede einige Gemeinsamkeiten. So dauert in beiden Bundesländern die allgemeine Schulpflicht im Grundsatz 10 Jahre. Beide Länder haben – im Unterschied zu allen übrigen Bundesländern – eine 6-jährige Grund- bzw. Primarstufe, und die anschließende Mittelstufe bzw. „Sekundarstufe I“ umfasst nur die Klassen- bzw. Jahrgangsstufen 7 bis 10 (abweichend vom „Sekundarbereich I“ der bundeseinheitlichen Schulstatistik mit den Klassenstufen 5 bis 10). Entsprechend hat die Grundschule in Berlin wie in Brandenburg 6 Jahrgangsstufen, und die Verteilung der Kinder auf weiterführende Schularten erfolgt in beiden Ländern im Grundsatz erst beim Übergang in die 7. Klassenstufe.

Der folgende Text geht von der landesspezifischen Gliederung in Grund- und Mittelstufe bzw. Primarstufe und Sekundarstufe I aus, verwendet ansonsten aber im Zweifel Begriffe und Abgrenzungen der bundeseinheitlichen Schulstatistik³.

In Berlin wie in Brandenburg Schülerzahlen stark rückläufig

Zu Beginn der neunziger Jahre gab es an den allgemeinbildenden Schulen⁴ in Brandenburg fast ebenso viele Schülerinnen und Schüler wie in Berlin. Im Schuljahr 1992/93 waren es in der Hauptstadt rund 390 Tausend, in Brandenburg rund 380 Tausend, also nur knapp 3 Prozent weniger (Tabelle 1). Bei einem Bevölkerungsstand von rund 3,5 Millionen in Berlin zu rund 2,5 Millionen im Flächenland Brandenburg hatten die Brandenburger demnach – relativ zu ihrer Bevölkerungszahl – deutlich mehr Kinder und damit auch mehr Schüler als die Berliner.

Knapp eineinhalb Jahrzehnte später hat sich das Bild gründlich geändert. Nicht so sehr bei der Bevölkerungszahl; hier beträgt die Relation Ende 2005 rund 3,4 Millionen Einwohner in Berlin zu 2,6 Millionen in Brandenburg – eine geringfügige Verschiebung zugunsten Brandenburgs, bedingt im Wesentlichen durch Wanderungen von Berlinern in das Umland. Die allgemeinbildenden Schulen dagegen zählen im Schuljahr 2006/07 in Brandenburg nur noch rund 234 Tausend Schüler gegenüber 340 Tausend in Berlin; d. h. die Schülerzahl im Land Brandenburg liegt jetzt um fast ein Drittel (31 Prozent) unter der entsprechenden Zahl in Berlin.

1 Vergleiche: Bettina Sommer, Hermann Voit, „Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost – Bevölkerungsentwicklung“, in: Wirtschaft und Statistik, 4/1998, S. 285 – 287

2 Im Land Brandenburg werden ab August 2007 den bisherigen landesspezifischen Abschlussbezeichnungen die entsprechenden Begriffe der bundeseinheitlichen Schulstatistik hinzugefügt – z. B. die „Berufsbildungsreife“ wird dann zu „Haupt-

schulabschluss/Berufsbildungsreife“, die „Fachoberschulreife“ zu „Realschulabschluss/Fachoberschulreife“ (Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 8. Januar 2007, GVBL. I S. 2).

3 Das bedeutet u. a., dass die gymnasiale Oberstufe an den Oberstufenzentren des Landes Brandenburg – anders als in den Landesspezifischen Veröffentlichungen – hier nicht zu den allgemeinbildenden Schulen zählt.

Abb. 1 Schüler an allgemeinbildenden Schulen¹ in Berlin und Brandenburg 1992/93 bis 2006/07

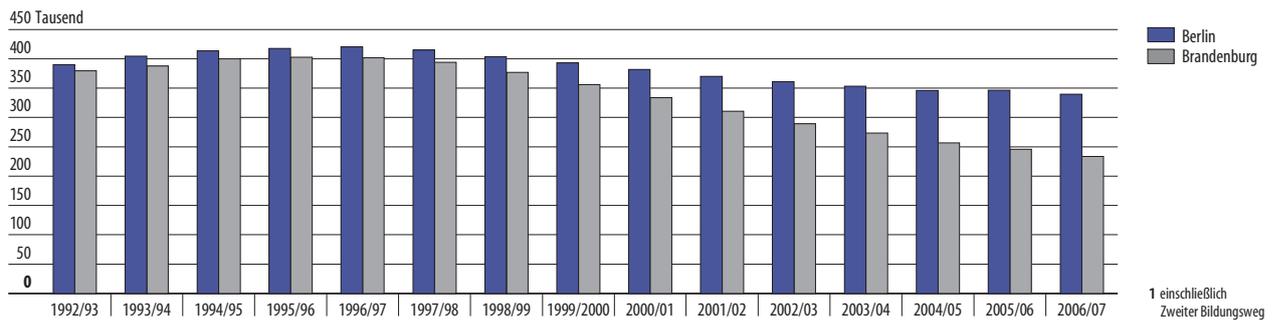
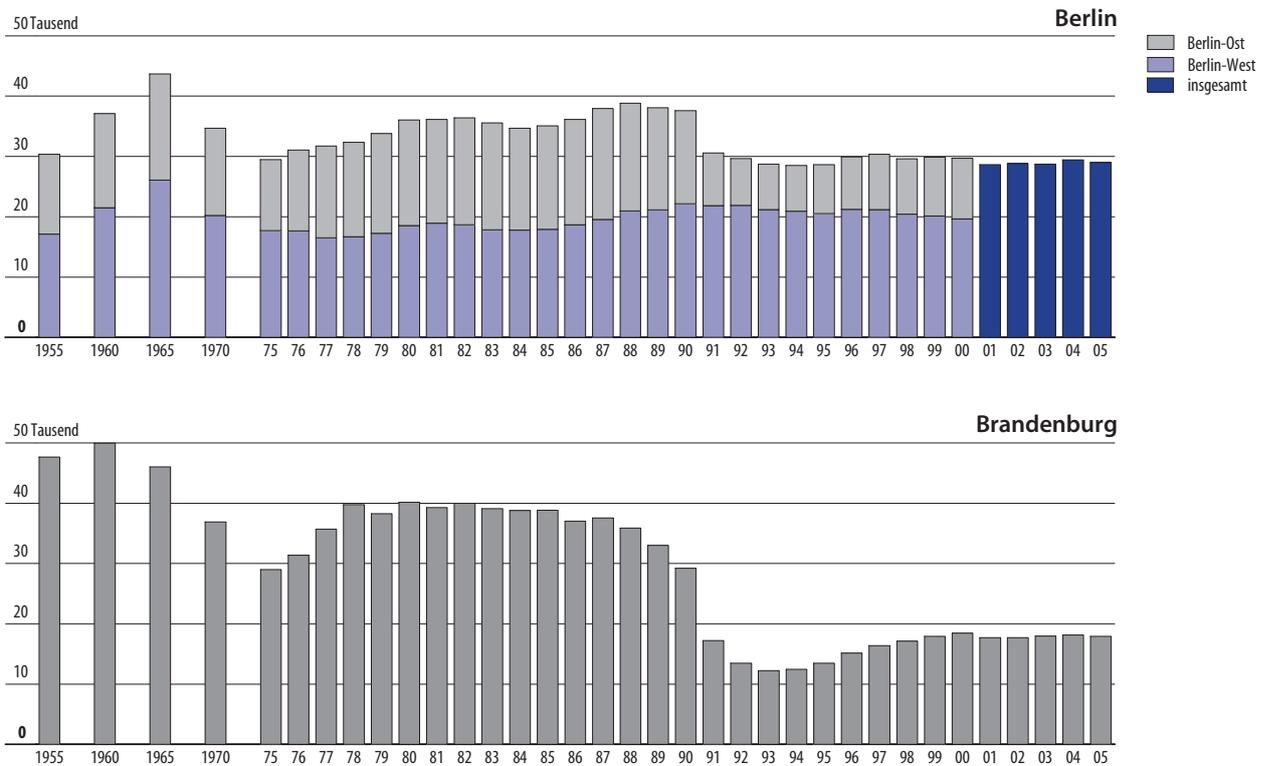


Abb. 2 Lebendgeborene in Berlin und Brandenburg 1955 bis 2005



Grund: Geburteneinbruch der Nachwendejahre in Ostdeutschland

Der Entwicklungsverlauf ist seit 1992 in beiden Ländern ähnlich (Abbildung 1). Nach deutlichen Zunahmen der Schülerzahlen Anfang der neunziger Jahre – zum Teil auch bedingt durch die Einführung eines 13. Schuljahres (1992/93 in Berlin-Ost, ein Jahr später im Land Brandenburg) – setzt ab dem Schuljahr 1997/98 ein Rückgang ein, der sich im nächsten Jahr beschleunigt, in den Folgejahren anhält und sich in den letzten Jahren leicht abgeschwächt hat.

Der Grund für diese Entwicklung ist in beiden Ländern derselbe, nämlich der Einbruch der Geburtenzahlen in Ostdeutschland in den ersten Jahren nach der Wende auf rund die Hälfte des vorherigen Niveaus (Abbildung 2). Im Schuljahr 1997/98 erreichte die erste Hälfte des Geburtenjahrgangs 1991 (die von Januar bis Juni 1991 Geborenen) die allgemeinbildenden Schulen⁵. Im folgenden Schuljahr 1998/99 wurde erstmals ein voller Jahrgang von nach 1990 Geborenen eingeschult, entsprechend verstärkte sich der Rückgang der Schülerzahl. Seitdem rücken

4 Hier allgemeinbildende Schulen einschließlich Zweiter Bildungsweg (ZBW); in Berlin ohne jene Teile des Zweiten Bildungsweges, die den beruflichen Schulen zugeordnet sind.

5 Die zweite Hälfte der Einschulungen 1997/98 stammt noch aus „normalen“ Geburtsjahrgängen von 1990 und früher; sie umfasst im Wesentlichen die 1990 von Juli bis Dezember Geborenen und verspätet

Eingeschulte (von den vorzeitigen Einschulungen wurde hier abgesehen). Schulpflichtig wurden damals Kinder, wenn sie bis zur Jahresmitte ihren 6. Geburtstag erreicht hatten.

Tab. 1 **Schüler der allgemeinbildenden Schulen¹ in Berlin und Brandenburg in den Schuljahren 1992/93 bis 2006/07**

Schuljahr	Berlin	Brandenburg
1992/93	390 189	379 591
1993/94	404 624	387 869
1994/95	413 713	400 015
1995/96	417 691	402 803
1996/97	420 392	401 854
1997/98	415 059	394 147
1998/99	403 427	376 863
1999/00	393 108	356 167
2000/01	381 739	333 756
2001/02	370 213	310 773
2002/03	360 967	289 392
2003/04	353 211	273 223
2004/05	345 810	256 710
2005/06	346 638	245 923
2006/07	339 663	233 604
Messzahl 1996/97 \triangleq 100		
1996/97	100	100
1997/98	99	98
1998/99	96	94
1999/00	94	89
2000/01	91	83
2001/02	88	77
2002/03	86	72
2003/04	84	68
2004/05	82	64
2005/06	82	61
2006/07	81	58

¹ einschließlich Zweiter Bildungsweg

die geburtenschwachen Jahrgänge jährlich um eine Klassenstufe vor, während ein geburtenstarker Jahrgang aus der Vorwendezeit die allgemeinbildenden Schulen verlässt. Und im Verhältnis von nachrückenden zu abgehenden Jahrgängen sinken jährlich die Schülerzahlen.

Der Rückgang ist im Land Brandenburg absolut und relativ stärker ausgeprägt als in Berlin (Abbildung 3 und Tabelle 1). Der Grund liegt auf der Hand. In Brandenburg ist, abgesehen von Zuwanderern, praktisch die gesamte Bevölkerung und die gesamte Fläche von dem Geburteneinbruch 1991 ff. betroffen, in Berlin dagegen nur der Ostteil der Stadt⁶ (ebenfalls abgesehen von Wanderungen).

Entwicklung der Schülerzahlen 2005/06 durch Vorziehen des Einschulungsalters modifiziert

Das Schuljahr 2005/06 markiert eine Sonderentwicklung, da in beiden Ländern die Zahl der Einschulungen durch eine bildungspolitische Maßnahme erhöht wurde: Berlin hat das Einschulungsalter um ein halbes Jahr vorgezogen, Brandenburg um drei

Monate. In Berlin sind ab dem Schuljahr 2005/06 alle Kinder schulpflichtig, die ihren 6. Geburtstag bis zum 31. Dezember des Jahres haben, in Brandenburg alle Kinder die bis zum 30. September 6 Jahre alt werden. In den Jahren davor war in beiden Ländern im Grundsatz der 6. Geburtstag bis zur Jahresmitte das Kriterium für die Schulpflicht. In Berlin wurden damit die Einschulungen einmalig um rund 30 Prozent erhöht, in Brandenburg um rund 20 Prozent⁷. Der Trend abnehmender Schülerzahlen wurde daher in Berlin für ein Jahr unterbrochen, in Brandenburg immerhin abgeschwächt.

2006/07 geburtenschwache Jahrgänge bis zur 9. Klassenstufe vorgerückt, mit einem halben Jahrgang in die 10. Klassen

An den Schülerpyramiden nach Jahrgangsstufen lässt sich das Vorrücken der geburtenschwächeren Jahrgänge gut verfolgen (Abbildungen 4 und 5). Im Schuljahr 1996/97 ist die Welt sozusagen noch „in Ordnung“; der Geburteneinbruch hat die Schulen noch nicht erreicht, und die Pyramiden für Berlin (Ost/West⁸) wie für Brandenburg (engerer Verflechtungsraum, äußerer Entwicklungsraum) sehen noch „normal“ aus. Sechs Jahre später, im Schuljahr 2002/03, sind in den Klassen 1 bis 5 in Brandenburg und im Ostteil von Berlin im Grundsatz – d. h. abgesehen von Wiederholern und von spät Eingeschulenen – nur noch Kinder, die nach 1990 geboren wurden, und die Schüler der 6. Klassen sind in etwa zur Hälfte nach 1990 geboren. Entsprechend sind die Schülerzahlen gesunken. Weitere vier Jahre später, im Schuljahr 2006/07, sind die schwächeren Jahrgänge bis zur 9. Klassen- bzw. Jahrgangsstufe vorgerückt, mit einem halben Jahrgang auch schon in die 10. Klassen. Im folgenden Jahr, dem Schuljahr 2007/08, werden in der Sekundarstufe I im Wesentlichen nur noch nach 1990 Geborene anzutreffen sein und der „Geburtenknick“ wird seine Wanderung durch die gymnasiale Oberstufe und die beruflichen Schulen antreten. Erst 2010 verlassen (abgesehen von Nachzüglern) die letzten vor 1991 geborenen Schüler die allgemeinbildenden Schulen, und bis zum Schuljahr 2012/13 dürfte die Schülerzahl ihren durch den Geburteneinbruch 1991 bis 1993 bedingten Tiefpunkt erreichen.

Wirkung des Geburteneinbruchs im Ostteil Berlins von Wanderungsbewegungen überlagert

In Berlin wie in Brandenburg ist der Rückgang der Schülerzahlen seit 1996/97, dem letzten Schuljahr vor Eintritt der geburtenschwachen Jahrgänge in die Schulen, regional unterschiedlich ausgeprägt.

Berlin hat im Schuljahr 2006/07 im Landesdurchschnitt 19 Prozent weniger Schüler an allgemeinbildenden Schulen als 10 Jahre zuvor. Die rückläufige Entwicklung konzentriert sich vor allem auf das Gebiet des früheren Berlin-Ost (3. Umschlagseite). Die

⁶ Gemeint ist hier nicht so sehr die geografische Orientierung, sondern eine historisch-politische: das Gebiet des früheren Berlin-Ost. Im gleichen Sinn wird unten von Ost-Bezirken, West-Bezirken und Ost-West-Bezirken gesprochen. Die letzteren

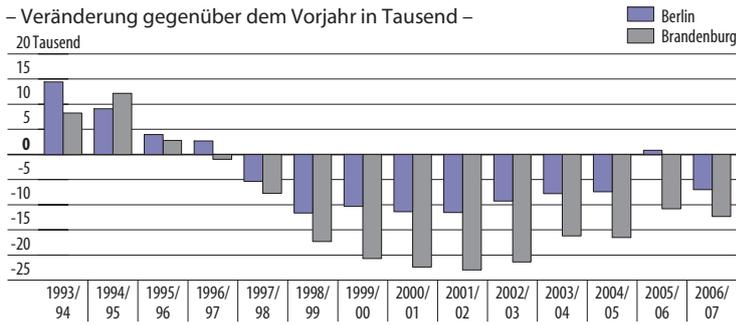
bezeichnen jene Bezirke, die bei der Gebietsreform zum 1. 1. 2001 aus ehemaligen Ost- und West-Bezirken zusammengesetzt wurden.

⁷ In den Vorjahren war bereits eine wachsende Zahl von ABC-Schülern vorzeitig eingeschult worden. Mit

dem früheren Einschulungsalter wurde ein Teil dieser vorzeitigen Einschulungen in fristgemäße umgewandelt. Daher blieb der Anstieg der Zahl der Erstklässler unter der theoretisch möglichen Marke von 50 Prozent in Berlin bzw. 25 Prozent in Brandenburg.

⁸ Die Berliner Schülerpyramiden zeigen auch nach der Bezirksgebietsreform zum 1. Januar 2001 Zahlen für das frühere Berlin-Ost und Berlin-West. Die Schulen sind, unabhängig von den neueren Bezirks-grenzen, adressgenau zugeordnet.

Abb. 3 **Schüler der allgemeinbildenden Schulen¹ in Berlin und Brandenburg 1993/94 bis 2006/07**



¹ einschließlich Zweiter Bildungsweg

Bezirke, die bei der Gebietsreform des Jahres 2001 aus ehemaligen Ost- und West-Bezirken zusammengefügt wurden, sind noch am wenigsten betroffen. In Berlin-Mitte (ehemals Ost-Bezirk Mitte und West-Bezirk Tiergarten und Wedding) und in Friedrichshain-Kreuzberg ist die Schülerzahl „nur“ um rund 17 bzw. 19 Prozent zurückgegangen, da hier die demografischen Vorgeschichten aus beiden Stadthälften zusammen wirken (Tabelle 2). In den Bezirken Pankow und Treptow-Köpenick fallen die Veränderungsdaten ebenfalls noch maßvoll aus (jeweils rund –23 Prozent); hier scheint der Einfluss des Geburteneinbruchs von Zuzügen überlagert zu werden. Dagegen haben die ehemals sehr kinderreichen Bezirke Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf in zehn Jahren nahezu die Hälfte ihrer Schüler bzw. fast 60 Prozent eingebüßt. Die Wirkung des Geburtenrückgangs 1991 bis 1993 wird hier offenbar noch durch Wegzüge⁹ verschärft.

In den rein westlichen Bezirken Berlins dagegen hat sich die Schülerzahl in den letzten zehn Jahren nur wenig verändert (Veränderungsraten zwischen rund –3 und +6 Prozent in zehn Jahren).

In Brandenburg Rückgang der Schülerzahlen im Berliner Umland deutlich geringer als in den Berlin-fernen Landesteilen

In Brandenburg ist die Schülerzahl in allen Verwaltungsbezirken rückläufig. Im Landesdurchschnitt hat Brandenburg im Schuljahr 2006/07 rund 42 Prozent weniger Schüler an allgemeinbildenden Schulen als zehn Jahre zuvor. Allerdings zeigen sich auch hier deutliche regionale Unterschiede (3. Umschlagseite). So stehen die Landkreise (einschließlich der kreisfreien Stadt Potsdam), die unmittelbar an die Bundeshauptstadt angrenzen, durchweg besser da. Der Rückgang der Schülerzahl beträgt dort im Schnitt „nur“ rund 34 Prozent – mit einer Spanne

von rund –22 Prozent (Havelland) bis –46 Prozent (Oder-Spree). Die Berlin-fernen Landkreise und kreisfreien Städte haben dagegen zwischen 49 und 57 Prozent weniger Schüler als zehn Jahre zuvor, im Schnitt beträgt ihr Verlust rund 53 Prozent (Tabelle 3).

Allerdings verdeckt die administrative Gliederung den eigentlichen Unterschied, nämlich den zwischen dem direkten Berliner Umland, dem so genannten „engeren Verflechtungsraum“¹⁰ (eV), und dem übrigen Brandenburg, dem so genannten „äußeren

Entwicklungsraum“ (äE), der Peripherie. Innerhalb der Landkreise, die sich wie Tortenstücke um Berlin gruppieren, verläuft nämlich die Entwicklung sehr unterschiedlich, je nachdem, ob wir den Berlin-nahen oder den Berlin-fernen Teil vor uns haben (4. Umschlagseite). Im Berlin-nahen Teil dieser Tortenstücke (einschließlich der Landeshauptstadt Potsdam, die ganz im engeren Verflechtungsraum liegt), geht die Zahl der Schüler um 22 Prozent zurück, und dieser Rückgang ist deutlich moderater als jener in dem gesamten Gürtel von Landkreisen, die an Berlin angrenzen (–34 Prozent, vergleiche oben). Anders in den Berlin-fernen Teilen der „Tortenstücke“: hier unterscheidet sich die Entwicklung im Schnitt fast nicht von der in den Berlin-fernen Kreisen und kreisfreien Städten (–51,4 zu –52,7 Prozent, vergleiche Tabelle 3).

Tab. 2 **Schüler der allgemeinbildenden Schulen¹ in Berlin in den Schuljahren 1996/97 und 2006/07 nach Bezirken**
– Sortiert nach der Veränderung der Schülerzahlen –

Bezirk / Region	1996/97	2006/07	Veränderung zu 1996/97 in %
Marzahn-Hellersdorf..... Ost.....	59 140	24 182	– 59,1
Lichtenberg Ost.....	44 622	23 128	– 48,2
Pankow Ost.....	38 281	29 319	– 23,4
Treptow-Köpenick..... Ost.....	26 885	20 770	– 22,7
Friedrichshain-Kreuzberg..... Ost-West	29 349	23 745	– 19,1
Mitte Ost-West	36 508	30 241	– 17,2
Tempelhof-Schöneberg West.....	33 258	32 202	– 3,2
Neukölln West.....	32 710	32 123	– 1,8
Charlottenburg-Wilmersdorf West.....	29 650	29 405	– 0,8
Reinickendorf..... West.....	29 886	30 543	+ 2,2
Steglitz-Zehlendorf..... West.....	32 664	34 647	+ 6,1
Spandau..... West.....	23 152	24 574	+ 6,1
Berlin insgesamt	416 105	334 879	– 19,5

Tab. 2

¹ ohne Zweiter Bildungsweg

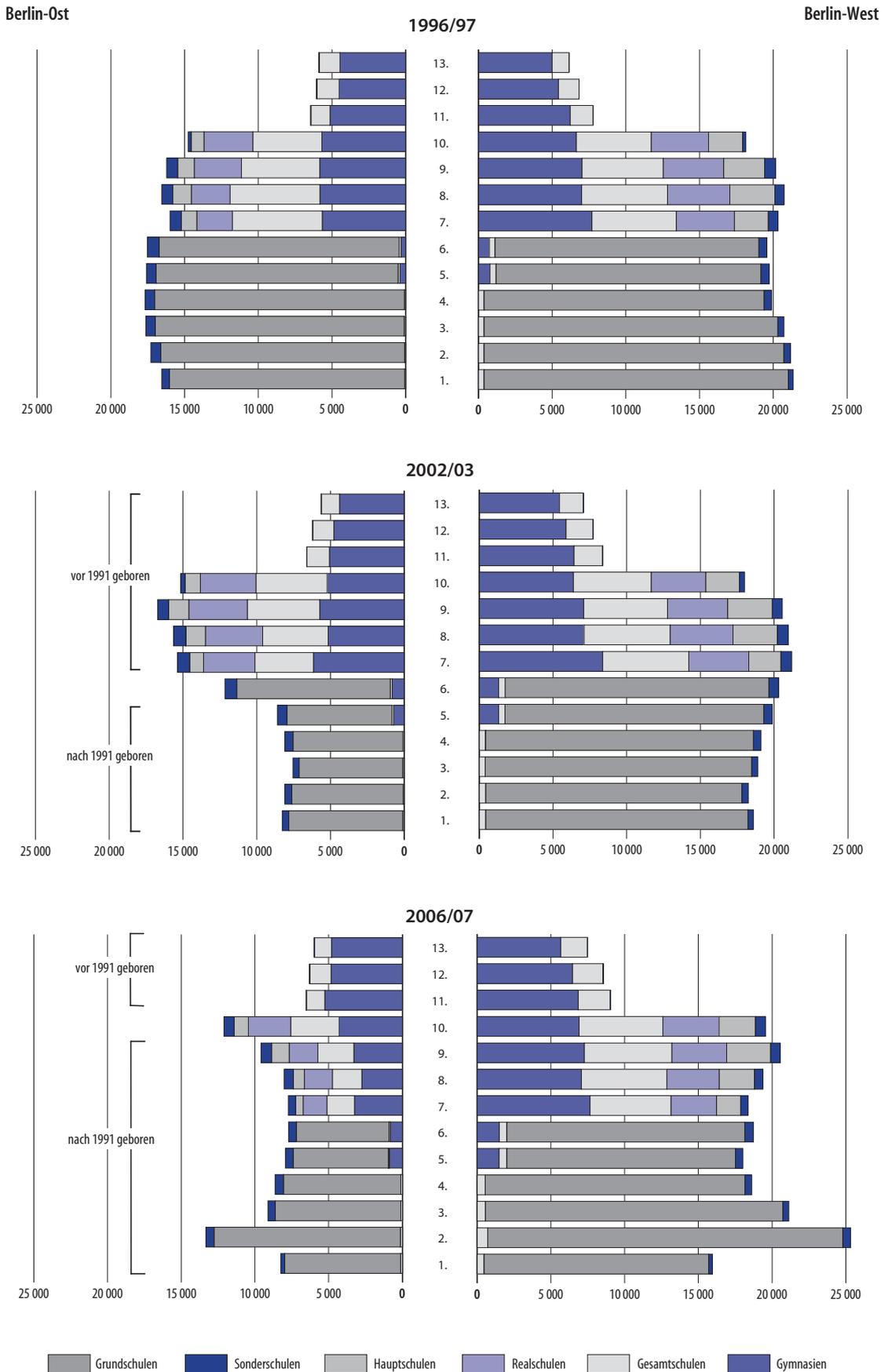
⁹ Zudem könnte ein Kohorteneffekt eine Rolle spielen, wie er für große Neubaugebiete typisch ist: Wenn in wenigen Jahren ähnliche Altersgruppen in die Neubauten einziehen, dann werden Familienphasen wie Kinderkriegen, Aufziehen des

Nachwuchses, Auszug der erwachsenen Kinder usw. verhältnismäßig synchron durchlaufen. Dies zeigt sich dann in entsprechenden „Wellen“ in Krippen, Kindergärten, Horten und Schulen und schließlich dem Bedarf an Altenpflege.

¹⁰ Der Begriff und die Abgrenzung stammen aus der gemeinsamen Raumentwicklungsplanung von Berlin und Brandenburg. Der brandenburgische Teil des „engeren Verflechtungsraumes“ beschreibt ein Gebiet um Berlin mit einer Entfernung von

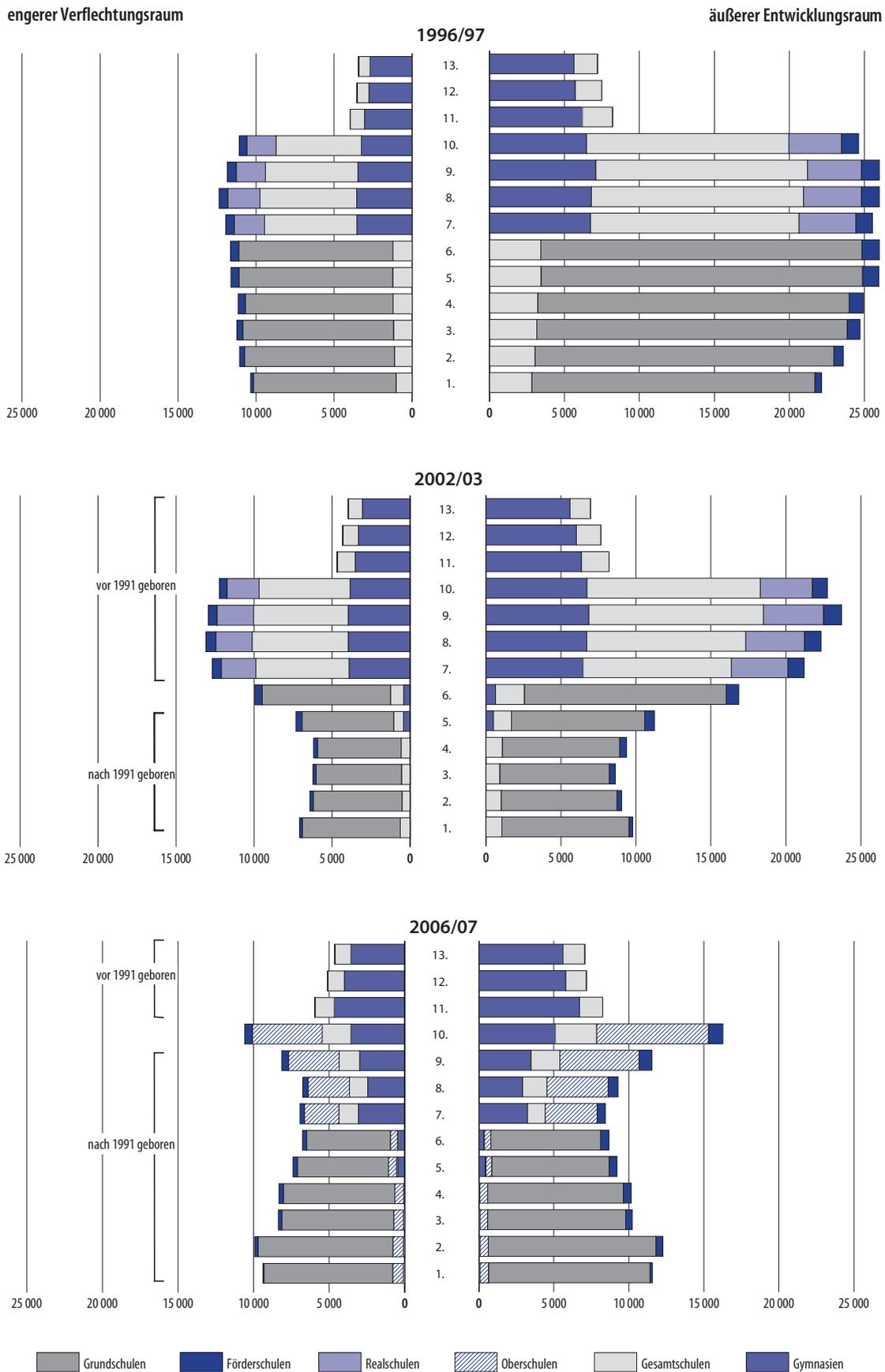
bis zu 60 km vom Berliner Zentrum. Das Gebiet wurde ursprünglich definiert durch Aufzählung der 276 damals zugehörigen Brandenburger Gemeinden; nach mehreren Gemeindegebietsreformen sind es jetzt noch 63 Gemeinden.

Abb. 4 Schüler der allgemeinbildenden Schulen¹ in Berlin nach Jahrgangsstufen und Schularten



¹ ohne Zweiter Bildungsweg, ohne Klassen für Geistigbehinderte

Schüler der allgemeinbildenden Schulen¹ im Land Brandenburg nach Jahrgangsstufen und Schularten Abb. 5



¹ ohne Zweiter Bildungsweg, ohne Klassen für Geistigbehinderte

Tab. 3 Schüler der allgemeinbildenden Schulen¹ in Brandenburg in den Schuljahren 1996/97 und 2006/07 nach Regionen

– Sortiert nach der Veränderung der Schülerzahlen in den Verwaltungsbezirken –

Nr.	Verwaltungsbezirk	mit Gebiet im		Schüler insgesamt			im engeren Verflechtungsraum			im äußeren Entwicklungsraum		
		engeren Verflechtungsraum	äußeren Entwicklungsraum	1996/97	2006/07	Veränderung zu 1996/97	1996/97	2006/07	Veränderung zu 1996/97	1996/97	2006/07	Veränderung zu 1996/97
				Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
52	Cottbus	–	äE	20 936	9 017	– 56,9	–	–	–	20 936	9 017	– 56,9
66	Oberspreewald-Lausitz	–	äE	23 326	10 218	– 56,2	–	–	–	23 326	10 218	– 56,2
53	Frankfurt (Oder)	–	äE	13 921	6 401	– 54,0	–	–	–	13 921	6 401	– 54,0
70	Prignitz	–	äE	15 330	7 167	– 53,2	–	–	–	15 330	7 167	– 53,2
73	Uckermark	–	äE	26 381	12 637	– 52,1	–	–	–	26 381	12 637	– 52,1
62	Elbe-Elster	–	äE	21 456	10 394	– 51,6	–	–	–	21 456	10 394	– 51,6
71	Spree-Neiße	–	äE	23 361	11 432	– 51,1	–	–	–	23 361	11 432	– 51,1
51	Brandenburg an der Havel	–	äE	12 476	6 308	– 49,4	–	–	–	12 476	6 308	– 49,4
68	Ostprignitz-Ruppin	–	äE	19 363	9 890	– 48,9	–	–	–	19 363	9 890	– 48,9
Berlin-ferne Verwaltungsbezirke zusammen				176 550	83 464	– 52,7	–	–	–	176 550	83 464	– 52,7
67	Oder-Spree	eV	äE	30 091	16 168	– 46,3	12 257	7 773	– 36,6	17 834	8 395	– 52,9
64	Märkisch-Oderland	eV	äE	27 648	16 301	– 41,0	13 270	9 340	– 29,6	14 378	6 961	– 51,6
72	Teltow-Fläming	eV	äE	23 390	14 890	– 36,3	11 486	9 260	– 19,4	11 904	5 630	– 52,7
60	Barnim	eV	äE	22 579	14 786	– 34,5	10 033	8 608	– 14,2	12 546	6 178	– 50,8
69	Potsdam-Mittelmark	eV	äE	27 336	18 191	– 33,5	15 319	12 284	– 19,8	12 017	5 907	– 50,8
61	Dahme-Spreewald	eV	äE	22 223	14 794	– 33,4	12 327	9 572	– 22,3	9 896	5 222	– 47,2
65	Oberhavel	eV	äE	25 697	18 135	– 29,4	18 577	14 837	– 20,1	7 120	3 298	– 53,7
54	Potsdam	eV	–	22 216	16 109	– 27,5	22 216	16 109	– 27,5	–	–	–
63	Havelland	eV	äE	19 960	15 550	– 22,1	9 734	10 499	+ 7,9	10 226	5 051	– 50,6
Berlin-nahe Verwaltungsbezirke zusammen				221 140	144 924	– 34,5	125 219	98 282	– 21,5	95 921	46 642	– 51,4
Brandenburg-insgesamt				397 690	228 388	– 42,6	125 219	98 282	– 21,5	272 471	130 106	– 52,2

¹ ohne Zweiter Bildungsweg, ohne Klassen für Geistigbehinderte, ohne gymnasiale Oberstufe an Oberstufenzentren

Hintergrund ist eine Wanderungsbewegung, durch die der „Speckgürtel“ um Berlin in den letzten Jahren ständig Bevölkerung hinzugewonnen hat – vorwiegend durch Zuzüge aus Berlin –, während die ohnehin dünn besiedelte Peripherie des Landes Brandenburg Einwohner und damit auch Schülerinnen und Schüler durch Wegzüge verloren hat. Entsprechend verschiebt sich auch bei den Schülern der allgemeinbildenden Schulen das Gewicht zugunsten des engeren Verflechtungsraums. Vor zehn Jahren gingen rund 31 Prozent der brandenburgischen Schüler im engeren Verflechtungsraum zur Schule; im Schuljahr 2006/07 waren es bereits 43 Prozent. Man sieht das auch an der Abbildung 5, wo die Schüler-Pyramide 1996/97 noch ein deutliches Übergewicht für den äußeren Entwicklungsraum zeigt, während die Pyramide 2006/07 fast schon symmetrisch aussieht.

Kleinere Schulen, weniger Parallelklassen und Schulschließungen

Im Gefolge des Schülerrückgangs werden die Schulen kleiner und die Zahl der Parallelklassen (Züge) geht zurück, und zwar insbesondere in den Ost-Bezirken Berlins und in der Peripherie Brandenburgs, d. h. im äußeren Entwicklungsraum (Tabellen 4 und 5).

Verbreitet kommt es auch zu Schulschließungen (Abbildung 6). In der Grund- bzw. Primarstufe verlieren die Ost-Bezirke Berlins zwischen den Schuljahren 1996/97 und 2006/07 jede fünfte schulische Einrichtung, die Peripherie Brandenburgs sogar jede vierte Schule. Noch größer sind die Verluste in der Mittelstufe bzw. Sekundarstufe I zwischen den Schuljahren

2002/03¹¹ und 2006/07. Und dies, obwohl der „Durchlauf“ des Geburtenknicks durch diese Bildungsstufe noch gar nicht zu Ende ist; erst 2007/08 werden, bis auf Nachzügler, nur noch Geburtsjahrgänge aus den Jahren nach 1990 die Klassen 7 bis 10 besuchen. Seit dem Schuljahr 2002/03 haben die Ost-Bezirke Berlins jede vierte schulische Einrichtung der Mittelstufe eingebüßt, die Berlin-fernen Teile Brandenburgs sogar jede dritte Einrichtung der Sekundarstufe I.

Schulsterben in der Primarstufe administrativ gebremst

Dass das Schulsterben in der Grund- bzw. Primarstufe – insbesondere im dünn besiedelten Brandenburg – moderater gehalten wird, hat gute Gründe. Den jüngsten unter den Schülerinnen und Schülern sollen nach Möglichkeit allzu lange Schulwege erspart bleiben. Deshalb werden in der Grundstufe kleinere Schulen mit weniger Parallelklassen aufrechter-

¹¹ Als Ausgangsjahr für diese Vergleiche wurde jeweils das letzte Schuljahr vor Eintritt des „Geburtenknicks“ in die betreffende Bildungsstufe gewählt. Für die Grundstufe (Primarstufe) ist das das Schuljahr 1996/97, für die Mittelstufe (Sekundarstufe I) das Schuljahr 2002/03.

¹² Die Anzahl der Züge wurde berechnet nach der Formel „Anzahl Klassen“ / „Anzahl schulische Einrichtungen“ / „Anzahl der Klassenstufen der jeweiligen Bildungsstufe“. Der letzte Divisor ist demnach 6 für die

Grundstufe und 4 für die Mittelstufe. Da in der Grundstufe auch einige Gymnasien nur mit ihren 5. und 6. Klassenstufen vorhanden sind (in Berlin die so genannten grundständigen Gymnasien, in Brandenburg seit dem Schuljahr 2000/01 Gymnasien mit dem Schulversuch „Leistungsprofilklassen“), der Divisor 6 aber generell angewandt wird, ist die Rechengröße etwas nach unten verzerrt. Ähnlich wirken etwaige Neugründungen von Schulen (z. B. Privatschulen), die zunächst mit wenigen Klassenstufen starten.

halten. Zum Beispiel haben die schulischen Einrichtungen der Primarstufe in den Randgebieten Brandenburgs im Schnitt nur noch 1,3 Parallelklassen¹², d.h. in manchen Klassenstufen wird es nur noch maximal eine Klasse geben. Deshalb besuchen in Brandenburg 10 Prozent der Primarstufen-Schüler eine jahrgangsübergreifende Klasse, darunter in Förderschulen fast ein Viertel (im Schuljahr 2005/06). Aus demselben Grund werden in der Peripherie Brandenburgs in der Primarstufe die kleinsten Klassenfrequenzen toleriert, obwohl (offenbar aus Kostengründen) die Klassengrößen – trotz des Rückgangs der Schülerzahlen – insgesamt weitgehend stabil gehalten werden.

Im Ergebnis wird so ein nahezu flächendeckendes Schulangebot in der Primarstufe aufrechterhalten. Die Mehrzahl der Gemeinden Brandenburgs hat weiterhin mindestens eine Grundschule¹³, und die Grundschulteile von einigen Gesamt- bzw. Oberschulen kommen noch hinzu. Für die Förderschulen gelingt dies allerdings nicht; sie konzentrieren sich überwiegend auf städtische Zentren. Und manche der Gemeinden haben – nach mehreren Gebietsreformen und Eingemeindung vormals selbstständiger Gemeinden¹⁴ – eine Fläche, die die mehrerer Berliner Bezirke übersteigt, so dass auch da längere Schulwege nicht ausgeschlossen sind.

Bei den weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I ist das Angebot insbesondere in den dünn besiedelten Randgebieten Brandenburgs nicht mehr flächendeckend, und die Gymnasien konzentrieren sich weitgehend auf Städte in der Größenordnung von (in der Regel) mindestens 10 Tausend Einwohnern.

Tab. 4 **Schulen (schulische Einrichtungen), Klassen und Schüler der Klassenstufen 1 bis 6 der allgemeinbildenden Schulen¹ in Berlin und Brandenburg ... in den Schuljahren 1996/97 und 2006/07 nach Regionen**

Region	Schuljahr	Schulen	Klassen	Schüler	Züge	Schüler je Klasse	Schüler je Schule	
Berlin								
West-Bezirke	1996/97	268	4 199	96 100	2,6	22,9	359	
	2006/07	296	4 116	94 538	2,3	23,0	319	
Ost-West-Bezirke	1996/97	106	1 724	38 645	2,7	22,4	365	
	2006/07	96	1 387	30 600	2,4	22,1	319	
Ost-Bezirke	1996/97	232	3 966	91 876	2,8	23,2	396	
	2006/07	182	2 165	47 629	2,0	22,0	262	
Berlin insgesamt		1996/97	606	9 889	226 621	2,7	22,9	374
		2006/07	574	7 668	172 767	2,2	22,5	301
Veränderung zu 1996/97 in %								
West-Bezirke	2006/07	+10,4	-2,0	-1,6	-11,2	+0,4	-10,9	
Ost-West-Bezirke	2006/07	-9,4	-19,5	-20,8	-11,2	-1,6	-12,6	
Ost-Bezirke	2006/07	-21,6	-45,4	-48,2	-30,4	-5,0	-33,9	
Berlin insgesamt		2006/07	-5,3	-22,5	-23,8	-18,1	-1,7	-19,5
Brandenburg								
engerer Verflechtungsraum	1996/97	216	3 044	67 034	2,3	22,0	310	
	2006/07	227	2 349	50 183	1,7	21,4	221	
äußerer Entwicklungsraum	1996/97	540	6 848	147 345	2,1	21,5	273	
	2006/07	401	3 155	62 080	1,3	19,7	155	
Brandenburg insgesamt		1996/97	756	9 893	214 379	2,2	21,7	284
		2006/07	628	5 505	112 263	1,5	20,4	179
Veränderung zu 1996/97 in %								
engerer Verflechtungsraum	2006/07	+5,1	-22,8	-25,1	-26,6	-3,0	-28,8	
äußerer Entwicklungsraum	2006/07	-25,7	-53,9	-57,9	-38,0	-8,6	-43,3	
Brandenburg insgesamt		2006/07	-16,9	-44,4	-47,6	-33,0	-5,9	-37,0

1 ohne Klassen für Geistig-behinderte

Tab. 5 **... der Klassenstufen 7 bis 10¹... in den Schuljahren 2002/03 und 2006/07 nach Regionen**

Region	Schuljahr	Schulen	Klassen	Schüler	Züge	Schüler je Klasse	Schüler je Schule	
Berlin								
West-Bezirke	2002/03	193	2 637	67 292	3,4	25,5	349	
	2006/07	197	2 598	65 457	3,3	25,2	332	
Ost-West-Bezirke	2002/03	68	845	20 280	3,1	24,0	298	
	2006/07	61	784	17 696	3,2	22,6	290	
Ost-Bezirke	2002/03	145	2 182	56 026	3,8	25,7	386	
	2006/07	109	1 348	32 174	3,1	23,9	295	
Berlin insgesamt		2002/03	406	5 664	143 598	3,5	25,4	354
		2006/07	367	4 730	115 327	3,2	24,4	314
Veränderung zu 2002/03 in %								
West-Bezirke	2006/07	+2,1	-1,5	-2,7	-3,5	-1,3	-4,7	
Ost-West-Bezirke	2006/07	-10,3	-7,2	-12,7	+3,4	-6,0	-2,7	
Ost-Bezirke	2006/07	-24,8	-38,2	-42,6	-17,8	-7,0	-23,6	
Berlin insgesamt		2006/07	-9,6	-16,5	-19,7	-7,6	-3,8	-11,2
Brandenburg								
engerer Verflechtungsraum	2002/03	168	2 130	50 915	3,2	23,9	303	
	2006/07	145	1 409	32 400	2,4	23,0	223	
äußerer Entwicklungsraum	2002/03	333	3 896	90 054	2,9	23,1	270	
	2006/07	229	2 111	45 534	2,3	21,6	199	
Brandenburg insgesamt		2002/03	501	6 026	140 969	3,0	23,4	281
		2006/07	374	3 520	77 934	2,4	22,1	208
Veränderung zu 2002/03 in %								
engerer Verflechtungsraum	2006/07	-13,7	-33,9	-36,4	-23,4	-3,8	-26,3	
äußerer Entwicklungsraum	2006/07	-31,2	-45,8	-49,4	-21,2	-6,7	-26,5	

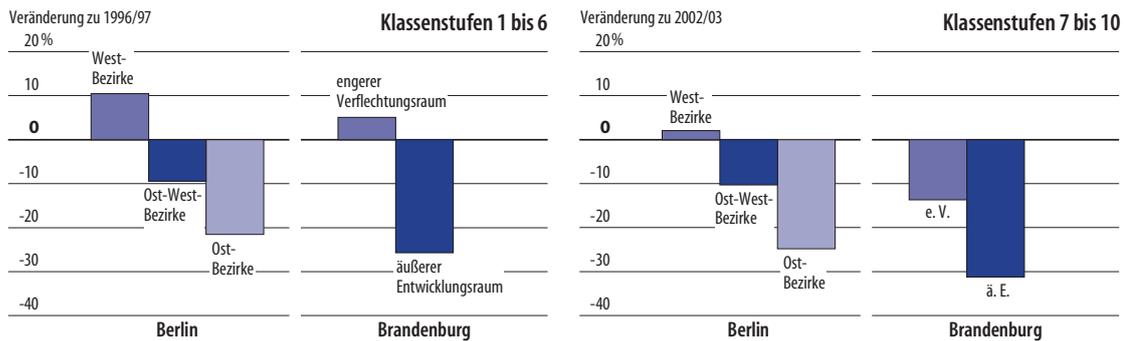
1 ohne Zweiter Bildungsweg, ohne Klassen für Geistig-behinderte, ohne Klassen für Schüler nicht-deutscher Herkunftssprache der Mittelstufe in Berlin

13 Vergleiche: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Land Brandenburg (Hrsg.), Verzeichnis allgemeinbildende Schulen, Schuljahr 2005/06; desgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.), Allgemeinbildende Schulen des Landes Brandenburg, Verzeichnis Schuljahr 2006/07 – darin jeweils die Übersichtskarten je Schulart für die Schulstandorte nach Gemeinden. In der Karte über Grundschulstandorte bleiben nur wenige Ge-

meinden weiß, d.h. ohne Grundschule. Insgesamt gab es im Schuljahr 2005/06 immer noch mehr Grundschulen (462) als Gemeinden (420); allerdings haben größere Gemeinden (Städte) meist mehrere Grundschulen.

14 Die Zahl der Gemeinden Brandenburgs ist seit 1993 auf etwa ein Viertel reduziert worden, von 1 700 im Jahr 1993 auf 420 im Jahr 2006.

Abb. 6 Allgemeinbildende Schulen¹ in Berlin und Brandenburg im Schuljahr 2006/07 – Veränderung der Zahl der schulischen Einrichtungen zum jeweiligen Vergleichsjahr²–



1 ohne Schulen/Klassen für Geistigbehinderte, ohne Zweiter Bildungsweg 2 siehe Fußnote 11 im Text

Tendenz zum zweigliedrigen Schulsystem bei den weiterführenden Schulen in Ostdeutschland

Angesichts schwindender Schülerzahlen wird es in Ostdeutschland generell schwierig, ein tief gegliedertes Schulsystem in der Fläche vorzuhalten – jedenfalls dann, wenn man (aus Kostengründen) Mindest-Schulgrößen und Mindest-Klassenfrequenzen aufrechterhalten will. Das Land Brandenburg hat daher ab Schuljahr 2005/06 die neue Schulart „Oberschule“ eingeführt, die zwei Bildungsgänge umfasst, und zwar zum Hauptschul- und zum Realschulabschluss führend. Die neue Schulart ersetzt alle Realschulen und die Mehrzahl der Gesamtschulen, nämlich alle, die keine gymnasiale Oberstufe hatten¹⁵. Grundschulteil der Gesamtschulen werden, soweit vorhanden, meist von Oberschulen fortgeführt. Die Schülerpyramiden zeigen die entsprechenden Veränderungen auf Seiten der Schüler: 2006/07 gibt es keine Realschüler mehr, der Anteil der Gesamtschüler ist im Vergleich zu den früheren Jahren stark reduziert, dafür gibt es in der Primar- und der Sekundarstufe I Schüler der neuen Schulart Oberschule (Abbildung 5).

Mit den Realschulen wurde eine der beiden „Mono-Schularten“ mit nur einem Bildungsgang abgeschafft. Außer den Gymnasien (und abgesehen von den Förderschulen) gibt es damit in der Sekundarstufe I in Brandenburg nur noch Schulen, die mehr als einen Bildungsgang anbieten, was die Präsenz in der Fläche mit den organisatorisch zugelassenen Mindest-Schulgrößen zumindest erleichtert. Der weitergehende Integrationsansatz der Gesamtschulen, wo auch der Bildungsgang zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife integriert ist, wurde damit allerdings zurückgenommen. (Bei Vorliegen besonderer Leistungen kann allerdings auch an der Oberschule die „Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe“ erworben werden.)

Die neue brandenburgische Schulart „Oberschule“ entspricht in etwa der sächsischen „Mittelschule“, der Sachsen-Anhaltinischen „Sekundarschule“ und der „Regelschule“ in Thüringen (in der bundeseinheitlichen Schulstatistik sind diese Schularten sämtlich unter „Schularten mit mehreren Bildungsgängen“ einsortiert). Vier von fünf neuen Bundesländern haben damit weder Haupt- noch Realschulen (zum Teil waren sie nach der Wende gar nicht erst eingeführt

worden); nur Mecklenburg-Vorpommern bietet diese Schularten noch an¹⁶.

Auch in Berlin treffen Schulschließungen vielfach auf den Widerstand von Schülern und Eltern. Die Folgen dürften aber im Regelfall bei weitem nicht so gravierend sein wie insbesondere in der Peripherie Brandenburgs, da die Schuldichte je Fläche in Berlin vergleichsweise sehr viel höher ist, und Berlin zudem über ein engmaschiges Netz öffentlicher Verkehrsmittel verfügt.

Hoher Druck auf die Lehrerbeschäftigung

Da die Klassenfrequenzen nahezu stabil gehalten werden, ergibt sich aus dem Rückgang der Schülerzahlen auch ein erheblicher Anpassungsbedarf auf Seiten der Lehrkräfte. Es werden insgesamt weniger Lehrer gebraucht, sie werden zum Teil in anderen Laufbahnen gebraucht (z.B. wegen Verschiebung der Gewichte zwischen Grund-, Mittel- und Oberstufe bzw. Primarstufe und Sekundarstufe I und II), und sie werden unter Umständen an anderen Orten gebraucht – also in den westlichen Bezirken Berlins statt im Ostteil der Stadt, in Brandenburg im „Speckgürtel“ um Berlin statt in der Peripherie, oder in städtischen Zentren statt in kleineren Gemeinden.

Lösung in Brandenburg: „bedarfsbedingte Teilzeitarbeit“

In Brandenburg wurden bereits ab 1991 Vereinbarungen über „bedarfsbedingte Teilzeitarbeit“ getroffen, um Kündigungen zu vermeiden – in der Regel nach dem Muster: „Sockel-Quote“ (z.B. 80 Prozent einer Vollzeit-Tätigkeit) plus ein bedarfsabhängiger Aufschlag¹⁷. Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte in Brandenburg ist hoch, in den letzten drei Schuljahren über 50 Prozent¹⁸ (Abbildung 7). Dabei konnte man bis Ende der neunziger Jahre im Durch-

15 Vereinzelt auch Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe; die gymnasiale Oberstufe läuft in diesen Fällen aus (noch vorhandene Oberstufenschüler dieser Schulen werden in der Übergangszeit bei Gesamtschulen nachgewiesen).

16 Auch in Mecklenburg-Vorpommern spielt die Hauptschule fast keine Rolle mehr und ein relevanter An-

teil der Schüler des Sekundarbereichs I besucht „bildungsgangübergreifende Klassen“, die in der bundeseinheitlichen Schulstatistik ebenfalls den „Schularten mit mehreren Bildungsgängen“ zugeordnet sind.

17 Vergleiche: Gerhard Jeschull, „Arbeitsmarkt Schule in Brandenburg, Teilzeitarbeit mit dem Ziel, Arbeits-

schnitt von einer „Vollzeit-nahen“ Teilzeitarbeit sprechen; der Beschäftigungsumfang der Teilzeit-Lehrkräfte – gemessen an den wöchentlich erteilten Unterrichtsstunden – lag bis zum Schuljahr 1998/99 zum Teil deutlich über 90 Prozent der Unterrichtsstunden einer Vollzeitkraft¹⁹. In den folgenden sechs Jahren wurden immer noch Werte von 85 Prozent und höher erreicht; erst in den letzten beiden Jahren stürzt die Kennziffer regelrecht ab: von 89 Prozent 2004/05 auf 83 Prozent im Schuljahr 2005/06 und auf 73 Prozent im folgenden Schuljahr. Der letzte Wert liegt sogar erstmals unter der entsprechenden Kennziffer für Berlin (Abbildung 8). Hier dürfte „freiwillige“ Teilzeitarbeit zur Vermeidung von Versetzungen eine größere Rolle spielen, und für den Versetzungsschutz nehmen Lehrkräfte in Brandenburg offenbar größere Einkommensverluste in Kauf.

Insgesamt wurde durch die Teilzeitregelungen erreicht, dass die Zahl der Lehrkräfte an den allgemeinbildenden Schulen Brandenburgs seit 1996/97 bis zum Schuljahr 2006/07 insgesamt nur um rund 27 Prozent vermindert wurde, während die Zahl der Schüler im gleichen Zeitraum um rund 42 Prozent zurückging. Die Hauptlast der Anpassung traf dabei die Peripherie des Landes. Dort ging die Zahl der Lehrer von 1996 bis 2006 um rund 37 Prozent zurück, im direkten Berliner Umland dagegen nur um rund 7 Prozent (Abbildung 9). In beiden Teilregionen ging die Zahl der Schüler deutlich schärfer zurück (–52 bzw. –22 Prozent, Tabelle 3).

In Berlin entspricht die Abnahme der Zahl der Lehrkräfte in etwa der der Schülerzahl. Zwischen 1996 und 2006 sank die Zahl der Lehrkräfte in Berlin um 18,5 Prozent, die der Schüler der allgemeinbildenden Schulen um 19,2 Prozent. Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte liegt weit unter dem Brandenburger Wert und ist erst in den letzten Jahren merklich angestiegen (Abbildung 7). Die Verminderung des Bedarfs im Ostteil der Stadt wurde offenbar durch Ersatzbedarfe im Westteil und

Abb. 7 Anteil teilzeitbeschäftigter Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen¹ in Berlin und Brandenburg (ohne stundenweise beschäftigte Lehrkräfte) in den Schuljahren 1996/97 bis 2006/07

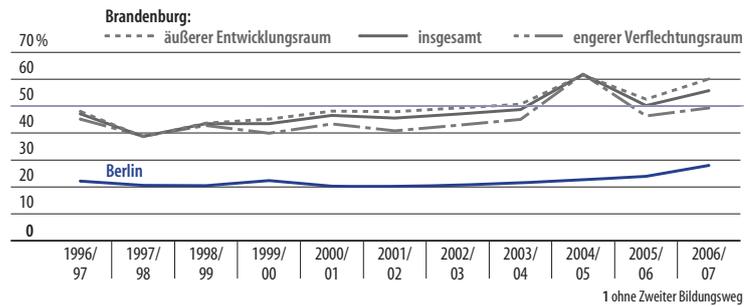
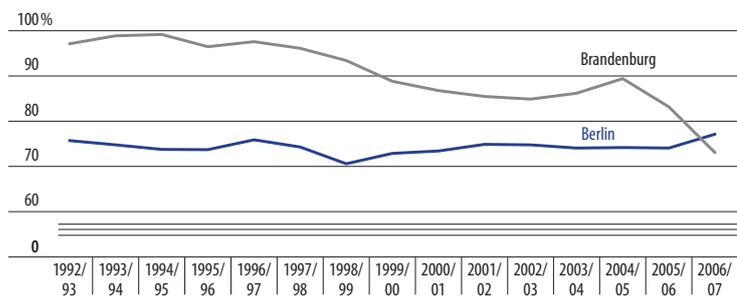
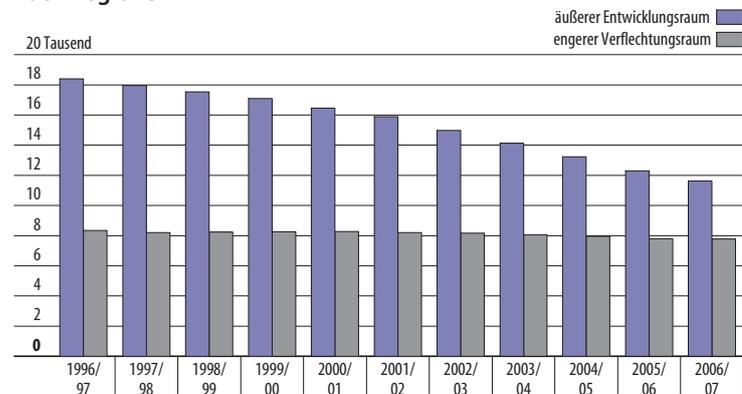


Abb. 8 Beschäftigungsumfang¹ der teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen in Berlin und Brandenburg in den Schuljahren 1992/93 bis 2006/07



¹ Relation der durchschnittlich wöchentlich erteilten Unterrichtsstunden der Teilzeit-Lehrkräfte zu denen der Vollzeit-Lehrkräfte in Prozent

Abb. 9 Voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen¹ in Brandenburg in den Schuljahren 1996/97 bis 2006/07 nach Regionen



¹ einschließlich Zweiter Bildungsweg

zu Lasten der Neueinstellung von Lehrkräften weitgehend aufgefangen.

In beiden Ländern hat man seit Anfang der neunziger Jahre Lehrdeputate erhöht, zum Teil auch Ermäßigungstatbestände gestrichen oder Ermäßigungen reduziert²⁰, so dass von dieser Seite der Lehrbedarf zusätzlich gedrosselt wurde.

losigkeit von Lehrkräften zu vermeiden (Schuljahre 1990/91 bis 1997/98)“, Freie Universität Berlin, Fachbereich Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften, Dissertation 17. 7. 2000, S. 115 ff.
¹⁸ Ebenso bis 1994, d.h. vor Überführung eines Teils der Lehrkräfte in Vollzeit-Beamtenverhältnisse (die

rechtlich umstrittene Verbeamtung in Teilzeit setzte erst 1998 ein).
¹⁹ Dass der Beschäftigungsumfang der Teilzeitbeschäftigten in einigen Jahren fast 100 Prozent erreichte, lag zum Teil daran, dass mit dem „bedarfsbedingten Aufschlag“ trotz nomineller (und vertraglich vereinbarter) Teilzeitarbeit vielfach Vollzeitdeputate erreicht wurden.

²⁰ Vergleiche: KMK, „Übersicht über die Pflichtstunden der Lehrkräfte an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, Ermäßigungen für bestimmte Altersgruppen der Voll- bzw. Teilzeitlehrkräfte, Besondere Arbeitszeitmodelle im Schuljahr ... (verschiedene Jahre)“, (enthält Übersichten für alle Bundesländer); für Berlin außerdem: GEW Berlin,

„Kürzungen/Veränderungen in der allgemeinbildenden Schule bis zum Schuljahr 2006/07“, Stand August 2006 (Synopsis über Veränderungen seit dem Schuljahr 1989/90 in den jährlichen „Richtlinien für die Lehrerstundenzumessung und die Organisation der öffentlichen Berliner Schulen ab dem Schuljahr ... (verschiedene Jahre)“ (Organisati-

onsrichtlinien), die jährlich als Rundschreiben des Schulsenators erscheinen); für Brandenburg außerdem: Gerhard Jeschull, a.a.O., S. 20 ff.

Erstnachfrage nach Ausbildungsplätzen ab 2007 rückläufig

Im Jahr 2007 erreichen die Auswirkungen des Geburtenrückgangs erstmals einen nachschulischen Bereich, nämlich den Arbeits- bzw. Ausbildungsstellenmarkt. 2006 war das letzte Jahr, in dem ein voller „Vor-Wende-Jahrgang“ die 10-jährige Schulpflicht absolviert hat und dann als Nachfrager für weiterführende Bildungsgänge bzw. für eine berufliche Bildung mittleren Niveaus in Frage kam. 2007 erreicht erstmals ein (knapper) halber Jahrgang von nach 1990 Geborenen diese Schwelle und im Jahr darauf wird es erstmals ein voller Jahrgang sein (Abbildungen 4 und 5). Auch in

den folgenden Jahren wird die Zahl der Schulabgänger voraussichtlich weiter zurückgehen, unter anderem weil der Tiefpunkt der Geburtenentwicklung in Ostdeutschland erst 1993/1994 erreicht war, und weil ab 2009 auch die Abiturientenzahlen wegen des „Geburtenknicks“ sinken werden.

Eine der Folgen wird sein, dass die Erstnachfrage von jungen Menschen nach dualen Ausbildungsplätzen über einige Jahre hinweg rückläufig sein wird. Eine spürbare Entlastung des Ausbildungsstellenmarktes dürfte sich allerdings erst allmählich einstellen, da die Nachfrageüberhänge aus den vergangenen Jahren erst noch mit Ausbildungsstellen versorgt werden müssen.

Aus der amtlichen Statistik

Methodische und gesetzliche Änderungen in der amtlichen Statistik

EU-Erweiterung und Aufnahme Sloweniens in die Eurozone

Seit dem 1. Januar 2007 umfasst die Europäische Union (EU) zwei weitere osteuropäische Staaten: Rumänien und Bulgarien. Auch die Eurozone ist um den osteuropäischen Staat Slowenien erweitert worden. Das EU-Gesamt-aggregat umfasst somit fortan 27 statt 25 EU-Mitgliedstaaten. In den einzelnen Themenbereichen der Eurostat Datenbank wird das EU-27-Aggregat nach und nach eingeführt, während das EU-25-Aggregat bis zum Jahresende parallel weiter veröffentlicht wird. Analog steht bei Statistiken zur Eurozone das neue EA-13-Aggregat und bis Ende 2007 zusätzlich ein EA-12-Ergebnis zur Verfügung.

Auf der Europäischen-Daten-service Website (EDS Webseite) werden die zwei neuen EU-Staaten und Slowenien als jüngstes Mitglied der Eurozone im „Thema des Monats Januar 2007“ porträtiert (www.eds-destatis.de/de/tadm/arch.php).

Arbeitsmarktstatistik

Zu Beginn des Jahres 2005 führte das Statistische Bundesamt eine neue monatliche Arbeitsmarktstatistik nach den Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) in Deutschland ein. Im Rahmen der ILO-Arbeitsmarktstatistik werden die monatlichen Angaben der Erwerbstätigenrechnung sowie international vergleichbare Erwerbslosenzahlen und Erwerbslosenquoten nunmehr jeweils etwa 30 Tage nach Ablauf des Berichtsmonats veröffentlicht. Zuvor erfolgte die Veröffentlichung der Erwerbs-

tätigenzahlen nach rund 70 Tagen. Somit hat sich der Time-Lag zwischen Ablauf des Berichtsmonats und der Veröffentlichung der aktuellen Ergebnisse seit Anfang 2005 mit Einführung der ILO-Arbeitsmarktstatistik mehr als halbiert. Dieses Aktualitätsziel sollte ohne inakzeptable Genauigkeitseinbußen erreicht werden. Dazu musste die Erwerbstätigenrechnung in methodischer Hinsicht neue Wege beschreiten, wie zum Beispiel mit der Anwendung mathematisch-statistischer Prognoseverfahren. Bei diesen Verfahren ist jedoch zu beachten, dass die Prognose der jeweiligen Zeitreihe ausschließlich durch deren Verlauf in der Vergangenheit bestimmt wird. Dies hat zur Folge, dass außergewöhnliche Veränderungen oder gar Trendwenden nur unzureichend abgebildet werden.

Weitere Informationen sind unter der E-Mail-Adresse erwerbs-taetigkeit@destatis.de erhältlich.

Änderungen im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1549/2006 der Kommission vom 17. Oktober 2006 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (Amtsbl. der EU Nr. L 301 vom 31. Oktober 2006, S. 1) wurden zum 1. Januar 2007 Änderungen im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) wirksam. Die Änderungen resultieren bis auf wenige Ausnahmen aus der Anpassung der Kombinierten Nomenklatur (KN) an das zum 1. Januar 2007 durch die Weltzollorganisation revidierte Harmonisierte System (HS).

Sie sind besonders zahlreich und betreffen – anders als in den Jahren zwischen den Revisionen des HS (die vorherige Revision war seit 2002 gültig) – insbesondere auch die ersten sechs Stellen, das heißt die HS-Positionen und ihre Unterpositionen, sowie darüber hinaus auch die Anmerkungen zu den Abschnitten und Kapiteln.

Das Statistische Bundesamt informiert über alle Änderungen ausführlich im Internet unter www.destatis.de/allg/d/klassif/wa.htm.

Neuberechnung von Außenhandelsindizes

Die Außenhandelsergebnisse werden monatlich nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch in Form von Indizes dargestellt: Der „Index der tatsächlichen Werte“ zeigt die Entwicklung der nominalen Ergebnisse des jeweiligen Berichtszeitraums gegenüber einem festgelegten Basiszeitraum. Die Nominalentwicklung lässt sich in eine Mengen- und eine Wertkomponente aufspalten, die durch den „Index des Volumens“ und den „Index der Durchschnittswerte“ repräsentiert werden. Auf diese Weise kann festgestellt werden, inwieweit die Entwicklung des Außenhandels durch Mengenänderungen und/oder Wertänderungen beeinflusst wird. In regelmäßigen Abständen, im Allgemeinen alle fünf Jahre, werden die Indizes auf ein neues Basisjahr umgestellt. Ab dem Berichtsjahr 2007 wird das Basisjahr 2005 anstelle des bisherigen Basisjahres 2000 zu Grunde gelegt. Die monatlichen Indizes für die Jahre 2005 und 2006, die noch auf Basis des Jahres 2000 berechnet wurden, werden rückwirkend auf das neue Bezugsjahr umgestellt und liegen dann sowohl auf alter

als auch auf neuer Basis vor. Ein besonderes Problem bei der Indexberechnung stellen die jedes Jahr anfallenden Änderungen in der Warensystematik des Außenhandels dar (siehe auch den vorstehenden Bericht). Eine über das Berichtsjahr 2005 hinausgehende Rückrechnung ist zunächst noch nicht vorgesehen.

Die Außenhandelsindizes können über die Datenbank GENESIS-Online (<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon>) abgerufen werden.

Neugestaltung der Energiesteuerstatistik

Mit dem Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes (Energiesteuergesetz – EnergieStG) vom 15. Juli 2006 (BGBl. I S. 1534) wurde die Energiesteuerrichtlinie 21 vom 27. Oktober 2003 (Richtlinie 2003/96/EG des Rates zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom) in nationales Recht umgesetzt. Gleichzeitig wurde das Mineralölsteuergesetz durch das Energiesteuergesetz abgelöst. Die bisherige Mineralölsteuerstatistik erhielt somit eine neue Rechtsgrundlage und musste kurzfristig ab dem 1. August 2006 an das neue Energiesteuergesetz angepasst werden. Die Energiesteuerstatistik basiert auf den Angaben, die dem Statistischen Bundesamt durch die Finanzbehörden nach § 63 Geschäftsstatistik des EnergieStG übermittelt werden. Änderungen bei der Steueranmeldung und den statistischen Nachweisen ergaben sich aufgrund der Erweiterung des bisherigen Katalogs der Steuergegenstände (Heiz- oder Kraftstoffe aus Mineralöl, Erdgas oder Flüssiggas): Danach sind nun

auch Kohle und Biokraftstoffe (pflanzliche Öle und tierische und pflanzliche Fette, die zur Verwendung als Kraft- oder Heizstoff bestimmt sind) zu erfassen. Mit dem Biokraftstoffquotengesetz (BioKraftQuG) vom 18. Dezember 2006 wurde das Energiesteuergesetz bereits erstmals geändert: Neben den erwähnten zusätzlichen Steuergegenständen waren zahlreiche Regelungen zu Steuerbegünstigungen und Steuerentlastungen zu berücksichtigen, die sich auf den statistischen Nachweis auswirken.

Weitere Auskünfte erteilt
Telefon 0611/75-2380, E-Mail:
steuern@destatis.de.

Zentrale Statistik zum neuen Elterngeld

Am 1. Januar 2007 löste das Elterngeld das bisherige Erziehungsgeld ab. Das Gesetz zur Einführung des Elterngeldes vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748) sieht auch eine amtliche Statistik über diese neue familienpolitische Leistung vor. Artikel 1 Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) § 22 regelt Erhebungsinhalte und Erhebungszeitpunkte der Statistik. Die Erhebung wird als zentrale Statistik beim Statistischen Bundesamt durchgeführt. Gegenüber der „Vorläuferstatistik“ zum Erziehungsgeld, die als Geschäftsstatistik des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beim Statistischen Bundesamt erstellt wurde, hat sich in der neuen Elterngeldstatistik der Erhebungsumfang geändert. Die Angaben zum Elterngeld sind den neuen materiell-rechtlichen Regelungen zum Bundeselterngeld angepasst worden.

Detaillierte Informationen zum Inhalt und Ablauf der neuen Statistik zum Elterngeld erteilt
Telefon 01888/644-8167.

Quelle: (c) Statistisches Bundesamt,
Geschäftsstelle des Statistischen
Beirats, Wiesbaden.
Auszug aus: Informationen aus
der amtlichen Statistik 1/2007.

Veröffentlichungen

Berlin, Mai, Juni und Juli 2007

Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand in Berlin 4. Vierteljahr 2006 vj 4/06 A I 1/A I 2 6,00 EUR	Verarbeitendes Gewerbe in Berlin, Auftragseingangindex, Produktionsindex März 2007 m 03/07 April 2007 m 04/07 Mai 2007 m 05/07 E I 3 6,00 EUR	Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe in Berlin Februar 2007 m 02/07 März 2007 m 03/07 April 2007 m 04/07 G I 1/G IV 3 7,00 EUR	Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege in Berlin 15. März 2006 j 06 KV 7 6,00 EUR
Wanderungen Berlin 4. Vierteljahr 2006 vj 4/06 A III 1 7,00 EUR	Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin Jahr 2006 j 06 E I 5 7,00 EUR	Fremdenverkehr und Beherbergungskapazität in Berlin Januar 2007 m 01/07 Februar 2007 m 02/07 März 2007 m 03/07 April 2007 m 04/07 G IV 1/G IV 2 6,00 EUR	Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen sowie Empfänger von Pflegegeldleistungen in Berlin Jahr 2005 2 j KV III 1 4,00 EUR
Auszubildende und Prüfungen in Berlin Jahr 2006 j 07 B I 5 7,00 EUR	Baugewerbe in Berlin Januar 2007 m 01/07 Februar 2007 m 02/07 März 2007 m 03/07 April 2007 m 04/07 E II 1/ E III 1 7,00 EUR	Straßenverkehrsunfälle in Berlin Januar 2007 m 01/07 Februar 2007 m 02/07 März 2007 m 03/07 April 2007 m 04/07 H I 1 7,00 EUR	Verbraucherpreisindex für Berlin April 2007 m 04/07 Mai 2007 m 05/07 Juni 2007 m 06/07 M I 2 7,00 EUR
Lehrgänge des Zweiten Bildungsweges in Berlin Schuljahr 2006/2007 j 07 B IV 2 7,00 EUR	Baugenehmigungen in Berlin Februar 2007 m 02/07 März 2007 m 03/07 April 2007 m 04/07 Mai 2007 m 05/07 F II 1 6,00 EUR	Berliner Binnenschifffahrt Oktober, November, Dezember 2006 vj 4/06 H II 1 7,00 EUR	Preisindizes für Bauwerke in Berlin Mai 2007 vj 2/07 M I 4 6,00 EUR
Sportvereine im Land Berlin am 1. Januar 2007 j 07 B V 5 7,00 EUR	Baugenehmigungen und Bauüberhang in Berlin Jahr 2006 j 06 F II 1 / F II 3 4,00 EUR	Binnenschifffahrt im Land Berlin Januar 2007 m 1/07 Februar 2007 m 2/07 März 2007 m 3/07 April 2007 m 4/07 Mai 2007 m 5/07 H II 1 6,00 EUR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts im Land Berlin 1991 bis 2006 j 06 P I 3 8,00 EUR
Gewerbeanzeigen im Land Berlin Jahr 2006 j 06 D I 2 4,00 EUR	Baufertigstellungen und Bauabgänge in Berlin Jahr 2006 j 06 F II 2 7,00 EUR		
Insolvenzen im Land Berlin 2006 Jahr 2006 j 06 D III 6,00 EUR	Wohngebäude und Wohnungen in Berlin 31. Dezember 2006 j 06 F II 4 7,00 EUR		
Verarbeitendes Gewerbe in Berlin (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) März 2007 m 03/07 April 2007 m 04/07 Mai 2007 m 05/07 E I 1 7,00 EUR			

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 030 9021 - 3434
030 9021 - 3899
Fax: 030 9021 - 3655

Brandenburg, Mai, Juni und Juli 2007

Bevölkerungsstand	Ausbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens	Insolvenzen	Straßenverkehrsunfälle, Endgültiges Ergebnis
31. 03. 2007 m 03/07	Jahr 2006 j 06	01. 01. bis 31. 03. 2007 vj 1/07	April 2007 m 04/07
A I 1 6,00 EUR	B II 6 5,60 EUR	D III 1 7,00 EUR	H I 1 7,00 EUR
Bevölkerung der Gemeinden	Studierende an Hochschulen	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Vorläufiges Ergebnis
31.12.2006 hj 2/06	Wintersemester 2006/2007 j 06	Mai 2007 m 05/07	Mai 2007 m 05/07
A I 2 6,05 EUR	B III 1/2 7,35 EUR	E I 1 7,00 EUR	H I 1 6,00 EUR
Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise nach Alter und Geschlecht	Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe Anbau auf dem Ackerland	Beschäftigte, Umsatz, Verwaltungsbezirke	Personenverkehr mit Bussen und Bahnen
31.12.2006 j 06	Vorläufiges Ergebnis	April 2007 m 04/07	1. Quartal 2007 vj 1/07
A I 3 7,95 EUR	Jahr 2007 j 07	E I 1 7,00 EUR	H I 4 5,15 EUR
Nichtdeutsche Bevölkerung	Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland	Vorbereitende Baustellenarbeiten Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe)	Binnenschifffahrt
31.12.2006 j 06	April 2007 m 04/07	April 2007 m 04/07	Mai 2007 m 05/07
A I 4 5,15 EUR	C I 1 6,00 EUR	E I 1 7,00 EUR	H II 1 7,00 EUR
Bevölkerung, Privathaushalte und Lebensformen, Ergebnisse des Mikrozensus	Ernteberichterstattung über Gemüse und Erdbeeren	Bauinstallation und Sonstiges Ausbaugewerbe	Kriegsopferfürsorge
Jahr 2005 7-j 05	Juni 2007 m 06/07	1. Quartal 2007 vj 1/07	Jahr 2006 2-j 06
A I 5 8,50 EUR	C II 1 5,30 EUR	E III 1 5,25 EUR	K III 3 6,00 EUR
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene	Ernteberichterstattung über Obst im Marktobstbau	Fortschreibung des Wohnungs- und Wohngebäudebestandes	Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentl. geförderter Kindertagespflege
Dezember 2006 m 12/06	Mai 2007 m 05/07	Jahr 2006 j 06	15. März 2006 j 06
A II 1 5,15 EUR	C II 2 6,00 EUR	F I 1 6,65 EUR	KV 7 6,00 EUR
Gerichtliche Ehelösungen	Viehbestände der landwirtschaftlichen Betriebe	Baugenehmigungen	Gemeindefinanzen
Jahr 2006 j 06	Vorläufiges Ergebnis	Mai 2007 m 05/07	01. 01. bis 31. 12. 2006 hj 2/06
A II 2 6,10 EUR	03. Mai 2007 2-j 07	F II 1 6,00 EUR	L II 2 7,15 EUR
Wanderungen	Schlachtungen, Fleischerzeugung	Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel sowie Kraftfahrzeughandel (Messzahlen), Vorläufiges Ergebnis	Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände
Jahr 2006 j 06	Mai 2007 m 05/07	Mai 2007 m 05/07	Ergebnisse der Jahresrechnung
A III 1 5,55 EUR	C III 1 6,00 EUR	G I 1 6,00 EUR	Jahr 2005 j 05
Sterbefälle nach Todesursachen einschl. vors. Selbstbeschädigung	Milcherzeugung u. -verwendung	Aus- und Einfuhr, Vorläufiges Ergebnis	L II 3 12,90 EUR
Jahr 2006 10-j 06	Februar 2007 m 02/07	Mai 2007 m 05/07	
A IV 3 8,00 EUR	C III 3 6,00 EUR	G III 1 7,00 EUR	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Legehennenhaltg., Eierzeugung und Schlachtungen von Geflügel	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr	
Vorläufiges Ergebnis	01. 01. bis 31. 03. 2007 vj 1/06	Mai 2007 m 05/07	
(Stand: Dezember 2006)	C III 6; 7 5,35 EUR	G IV 1 7,00 EUR	
30.06.2006 vj 2/06	Gewerbeanzeigen	Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe (Messzahlen)	
A IV 5 7,50 EUR	April 2007 m 04/07	Mai 2007 m 05/07	
Erwerbstätigenrechnung	D I 2 7,00 EUR	G IV 3 6,00 EUR	
Kreisfreie Städte und Landkreise			
Jahresergebnisse 1996, 2000 bis 2005 j 05			
A VI 6 7,35 EUR			
Arbeitsmarkt			
Juni 2007 m 06/07			
A VI 7 6,00 EUR			

Die Veröffentlichungen sind auch als CD-ROM erhältlich.
Kostenloser Download unter www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

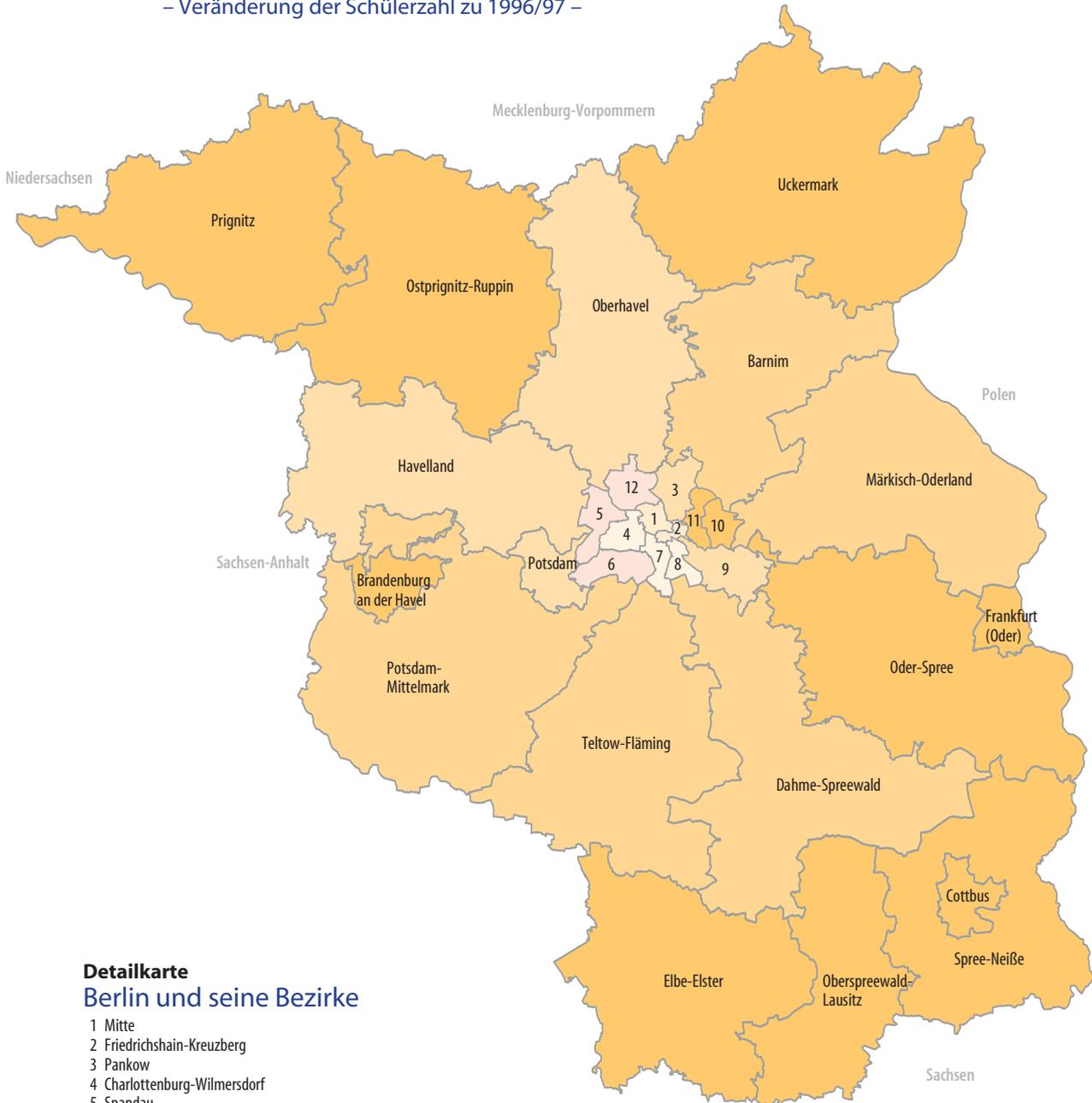
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortustraße 46
14467 Potsdam

E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418

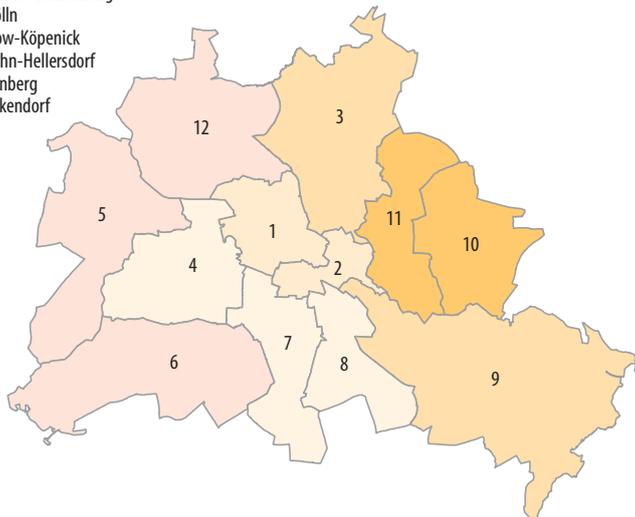


Schüler der allgemeinbildenden Schulen¹ in Berlin und Brandenburg im Schuljahr 2006/07 nach Verwaltungsbezirken – Veränderung der Schülerzahl zu 1996/97 –

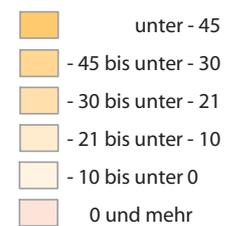


Detailkarte Berlin und seine Bezirke

- 1 Mitte
- 2 Friedrichshain-Kreuzberg
- 3 Pankow
- 4 Charlottenburg-Wilmersdorf
- 5 Spandau
- 6 Steglitz-Zehlendorf
- 7 Tempelhof-Schöneberg
- 8 Neukölln
- 9 Treptow-Köpenick
- 10 Marzahn-Hellersdorf
- 11 Lichtenberg
- 12 Reinickendorf



Veränderung zu 1996/97 in Prozent



¹ ohne Zweiter Bildungsweg

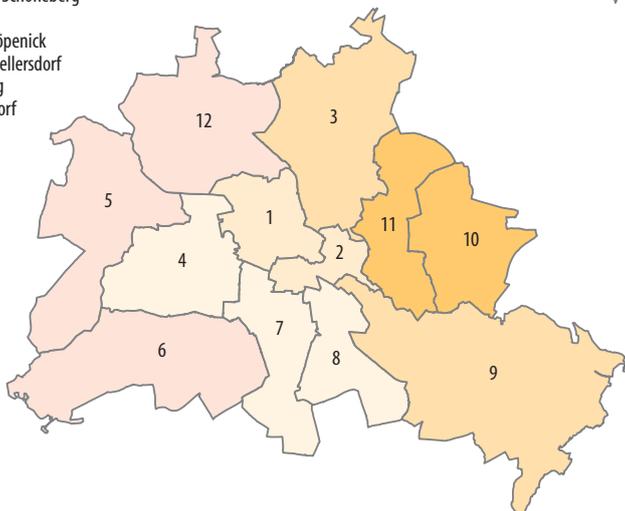
Schüler der allgemeinbildenden Schulen¹ in Brandenburg
im Schuljahr 2006/07 nach Verwaltungsbezirken
sowie nach engerem Verflechtungsraum und äußerem Entwicklungsraum
– Veränderung der Schülerzahl zu 1996/97 –



1 ohne Zweiter Bildungsweg,
ohne Klassen für Geistigbehinderte

Nachrichtlich:
Berlin und seine Bezirke

- 1 Mitte
- 2 Friedrichshain-Kreuzberg
- 3 Pankow
- 4 Charlottenburg-Wilmersdorf
- 5 Spandau
- 6 Steglitz-Zehlendorf
- 7 Tempelhof-Schöneberg
- 8 Neukölln
- 9 Treptow-Köpenick
- 10 Marzahn-Hellersdorf
- 11 Lichtenberg
- 12 Reinickendorf



**Veränderung zu 1996/97
in Prozent**

